

# darmstädter studenten zeitung

DM 0,60

Hochschulangehörige  
DM 0,30

Juni 1971  
19. Jahrgang

## Nr. 120-21





# Inhalt

- 2 **betrifft: dsz**  
Zur Konzeption der Zeitung
- 3 **Türkei: „Bereit zur Kommunisten-jagd!“**  
Die Entwicklung zum offenen Faschismus
- 7 **„Füllet die Erde und machet sie Euch untertan!“**  
Einige Daten zu Umfang und Methode der Ausbeutung der Dritten Welt
- 10 **Pakistan: Die bürgerliche Revolution ist gescheitert**  
Die Interessen der Großmächte verhindern eine revolutionäre Entwicklung
- 13 **BRD-Imperialismus in Südafrika**  
Eine Analyse westeuropäischer und nordamerikanischer Investitionen in den südafrikanischen Rassenstaat und dessen starke Position gegenüber afrikanischer Befreiungsbewegungen
- 29 **Griechenland: Herrschaft in Abwesenheit des Volkes**  
Welche Chance haben die Gegner der Obristen
- 32 **Vietnam: Erdöl entdeckt**  
Ein neuer Grund für die USA in Vietnam zu bleiben
- 33 **Counterinsurgency – Sozialwissenschaften und Imperialismus**  
Subtile Methoden zur Unterdrückung der Dritten Welt
- 38 **Naher Osten: Nationale Bourgeoisie und ausländisches Kapital**  
Wie revolutionär sind die arabischen Regierungen, die den Zionismus bekämpfen?
- 39 **Iran: Ausbeutung mit Familiensinn**  
Die ökonomische Grundlage des iranischen Terrorregimes



Johannesburg: Die moderne Fassade der südafrikanischen Apartheid-Republik

darmstädter  
studenten  
zeitung  
Nr. 120-21

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtsparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

dpa-Bilder auf den Seiten 1, 3, 5, 6, 10, 11, 12, 29, 30, 31, 34 und 35

## **betrifft: dsz**

**„Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen — all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen.“**

**Lenin**

Mit Beginn in diesem Semester soll in der darmstädter studentenzeitung eine neue Konzeption verwirklicht werden. Die Berichterstattung und Kommentierung in einem breiten Themenspektrum, dessen Zusammensetzung meist dem Zufall überlassen wurde, wird künftig aufgegeben zugunsten einer möglichst umfassenden Behandlung von Schwerpunkt-Themen. Ein erster Versuch dazu wurde bereits in der letzten Ausgabe unternommen, die wesentlich befaßt war mit der Neustrukturierung der hessischen Universitäten; ein zweiter Schwerpunkt war Stadt- und Verkehrsplanung.

Je nach Umfang des uns zu verschiedenen Themenbereichen zur Verfügung stehenden Materials werden wir uns entweder auf einen beschränken oder ein, zwei weitere in einem Heft behandeln. Abgesehen von der Erscheinungsweise der dsz, die einer aktuellen Berichterstattung nicht gerecht werden kann, waren es politische Gründe, die uns zu der schwerpunktartigen Behandlung von Themen veranlaßten: Eine partikularistische Betrachtungsweise — etwa die der bürgerlichen Magazin-Presse — ist nicht in der Lage, historische und ökonomische Zusammenhänge politischer Handlungen aufzuzeigen.

Im vorliegenden Heft wird die neue Konzeption auf den Komplex der Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt angewandt. Zwar wurde schon bisher in der dsz hier und da versucht darzustellen, daß Imperialismus ist, was Entwicklungshilfe genannt wird. Ein Anlaß war zum Beispiel das Staudammprojekt Cabora Bassa in der portugiesischen Kolonie Mosambique, über das wir in zwei Artikeln während des letzten Wintersemesters berichteten. Jedoch unterschied sich das nur unwesentlich von der Berichterstattung der Tagespresse, die zu jener Zeit ebenfalls sehr heftig das Staudammprojekt attackierte. Deshalb haben wir in diesem Heft neben Berichten über aktuelle Konflikte — vor allem über die Türkei und über Pakistan — die Situation in Griechenland, in Nah-Ost und im Iran dargestellt und interpretiert. Darüber hinaus werden einige Merkmale und Techniken des Imperialismus anhand westdeutscher und nordamerikanischer Beispiele aufgezeigt. Ausführlicher dargestellt sind die Methoden imperialistischer Ausbeutung — speziell der Süd-Afrikas durch die BRD — in einem Artikel, der im farbigen Mittelteil abgedruckt ist.

Bewußt ausgeklammert wurde eine Darstellung des Indochina-Krieges. Bei der Diskussion eines Artikels über die Geschichte Vietnams stellten wir fest, daß dem Thema nicht genügt wird, bezieht man nicht die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft seit der Weltwirtschaftskrise 1929 mit ein. Deshalb haben wir uns entschlossen, im Laufe des nächsten Wintersemesters diesen ganzen Komplex in einem gesonderten Heft zu behandeln — mit einer Ausnahme: der Bedeutung der Entdeckung neuer Ölfelder in Süd-Ost-Asien.

# Türkei: „Bereit zur Kommunistenjagd!“

*„Meine verehrten Staats- und Regierungsoberhäupter! Ich rufe Euch zu: Bringt diese Leute, die sich Sozialisten nennen, zum Schweigen. Wenn Ihr dazu nicht in der Lage seid, dann gebt Eure Schwäche zu, dann laßt die Nation sie zum Schweigen bringen. Die Zeit, in der Türkei auf Kommunistenjagd zu gehen, ist schon längst da. Es ist fast zu spät. Entweder nehmt Euch dieser Aufgabe an oder erlaubt uns zu handeln.“*  
(Mustafa Ramazanoglu, in Sabah 12. 12. 1967)

Und im Mai 1971 ging der Staat auf Kommunistenjagd...

Was sind die Hintergründe der faschistischen Entwicklung in der Türkei?

## Die Voraussetzung und die Funktion des Faschismus

Im Monopolkapitalismus entsteht in der Großbourgeoisie die Tendenz, die aus der Aufstiegsperiode des liberalen Kapitalismus überkommene Funktion des Staates zu überwinden. Der Staat wird zum Instrument des Großkapitals. Das objektive Moment ist durch die wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Der Machtgleich zwischen mehreren konkurrierenden Wirtschaftseinheiten ist auf die öffentliche Auseinandersetzung angewiesen. Dagegen bedarf es nicht der Öffentlichkeit, wenn Kompromisse unter wenigen Monopolisten hinsichtlich des Einsatzes der Staatsmacht in der Wirtschaft geschlossen werden. Das subjektive Moment ist in der Entwicklung der Arbeiterbewegung zu suchen. Die Großbourgeoisie ist bestrebt, die Grenzen ihrer Konzession an die Arbeiterklasse und die Bauernschaft autonom, das heißt ohne öffentliche Auseinandersetzung zu bestimmen. Ebenfalls im Interesse des Monopolkapitals liegt es, daß die Monopolisten den Ausgleich ihrer Interessen untereinander ohne die Teilnahme der Arbeiterklasse vornehmen. In Krisenzeiten ist dieser Machtgleich auf völlige Abschirmung gegen die Arbeiterklasse angewiesen. Der funktionierende Parlamentarismus und die freie Willensbildung der Arbeiterklasse können in solchen Zeiten schwerwiegende Konsequenzen haben: Die Einsicht der Proletarier in die Notwendigkeit des Übergangs von kapitalistischen zu sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Die fehlende Kompromißfähigkeit mit den unteren Schichten der Bourgeoisie

und die Stärkung der Arbeiterklasse in Krisenzeiten zwingen die Großbourgeoisie, alle Schichten mit kleinbürgerlich-konservativer Ideologie unter dem Vorzeichen des „Antikapitalismus“ und des Antikommunismus gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren.

Die Parole des „Antikapitalismus“ soll den Massen die Illusion geben, sie würden für ihre eigenen materiellen Interessen kämpfen. Eine solche Entwicklung führte 1922 in Italien und 1933 in Deutschland zur Gründung von faschistischen Staaten und Einheitsparteien. Der Ausgleich der Interessen der herrschenden Klassen untereinander wurde von Gruppen in der Partei vorgenommen. Die Werktätigen wurden von der staatlichen

Willensbildung völlig ausgeschlossen und total unterdrückt.

## Der Stand der kapitalistischen Entwicklung in der Türkei

Eine ähnliche Entwicklung, wie sie oben dargelegt wurde, ist heute in der Türkei im Gange.

Der Monopolkapitalismus in der Türkei ist nicht die gesetzmäßige Konsequenz jahrzehntelanger Kapitalakkumulation und Kapitalzentralisation im Konkurrenzkapitalismus. Er ist vielmehr das Ergebnis der seit dem zweiten Weltkrieg verstärkten Politik der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung. Der im zweiten



Weltkrieg durch Rüstungsausgaben hoch verschuldete Staat versuchte, die Rezession durch die Förderung des privaten Sektors zu überwinden.

Der zeitlich geraffte Prozeß der Akkumulation und Zentralisation des Kapitals in den Händen der Großbourgeoisie hatte mehrere Komponenten. Zunächst förderte der Staat die Großbourgeoisie durch Privatisierung von Teilen staatlicher Industrien und durch andere wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie Kreditpolitik, Steuerpolitik usw. Auch die inflationistische Geldpolitik des Staates diente einer Umverteilung der Ressourcen zugunsten der Großbourgeoisie: Es wurde periodisch alle 12 Jahren abgewertet, 1946, 1958 und 1970. Weiter wurden Auslandskredite in verstärktem Maß von der Großbourgeoisie zu Investitionszwecken in Anspruch genommen. Ausländische Firmen ließen an ihren Investitionen zunehmend türkische Finanzkreise sich be-

teiligen, um eventuellen Nationalisierungen vorzubeugen.

Der Widerspruch zwischen dem Monopolkapital und den unteren Schichten der Bourgeoisie verschärfte sich in der Frage der Assoziierung der Türkei an die EWG 1964. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die sich auf den für das Monopolkapital nicht lohnenden Gebieten etabliert hatten und entsprechende Produktionslücken ausfüllten, waren in ihrer Existenz bedroht. Dagegen erwartete das Monopolkapital neue Expansionsmöglichkeiten, nachdem es bisher, geschützt vor ausländischer Konkurrenz, den Binnenmarkt bis zur Grenze der inländischen Kaufkraft durchdrungen hatte. Damit das Monopolkapital auf ausländischen Märkten expandieren konnte, mußte es einmal den Widerstand der mittleren und kleinen Bourgeoisie gegen die Liberalisierung des Außenhandels brechen, zum anderen mußte es die niedrigen Löhne,

seinen einzigen Vorteil im internationalen Wettbewerb, einfrieren lassen. Das heißt, es mußte den Widerstand der organisierten Arbeiterklasse brechen.

### Beispiele faschistischer Ideologie und Praxis in der Türkei

Als erstes versuchte die Großbourgeoisie eine mögliche Solidarität zwischen der Kleinbourgeoisie und der Arbeiterklasse zu verhindern. Das tat sie mit den Parolen des Antikommunismus, Pantürkismus, Panislamismus und des „Antikapitalismus“.

Mit der Unterstützung der Großbourgeoisie organisierten sich die kleine und mittlere Bourgeoisie in 2 Gruppen: In der nationalistisch-rassistischen „Partei der nationalen Bewegung“ (MHP) und in der religiös-konservativen „Partei der nationalen Ordnung“ (MNP). Der „Füh-



rer“, so nennt er sich, der ersteren ist der ehemalige Oberst Türke. Die Partei unterhält bewaffnete Jugendorganisationen, die in 40 von Großgrundbesitzern und Industriellen finanzierten Lagern ausgebildet werden. Diese Kommandos sind verantwortlich für zahllose Überfälle auf Buchläden, Seminare, Arbeiter, Studenten, Assistenten und Professoren. Das Ziel ist die Errichtung eines Großtürkischen Reiches.

Die „Partei der nationalen Ordnung“ hat sich Anfang 1970 von der AP (Gerechtigkeitspartei) abgespalten. Sie stützt sich auf die mittlere Bourgeoisie Anatoliens. Sie arbeitet eng mit den „Vereinen zur Verbreitung von Wissenschaft“ und mit den „Vereinen zur Bekämpfung des Kommunismus“ zusammen, weiter mit den 5 Islam-Instituten, 62 Priesterschulen und Zehntausenden von Koraneminaren. Diese Kreise werden teilweise von der internationalen Organisation der Moslembrüder (Einheit der Islamischen Welt) mit dem Hauptsitz in Mekka finanziert, hinter der wiederum anglo-amerikanische Firmen (ARAMCO...) stehen. Das Ziel dieser Gruppe, die Errichtung eines Islamsstaates auf der Grundlage der Rechtsverfassung des Koran, steht im offenen Widerspruch zum laizistischen Prinzip (Säkularisierung) der Verfassung. Die Hetze ihrer Presseorgane findet ihren Niederschlag in der verstärkten Terrorkampagne gegen Arbeiter, Lehrer, Studenten, gegen die linken und demokratischen Kräfte.

### Einige Strukturdaten

Diese demokratischen Kräfte wollen gegen den aufkommenden Faschismus kämpfen. Sie decken immer wieder auf, was die Regierung versucht zu verheimlichen:

- 35% des Volkseinkommens liegt in den Händen von 1,3% der Bevölkerung (Großgrundbesitzer und Unternehmen). Nur 5% davon wird investiert.
- von 40 000 Dörfern besitzen etwa 15 000 keine Schulen, Wege, Trinkwasser,
- etwa 50% der Erwachsenen und schulpflichtigen Kinder sind noch Analphabeten,
- 1969 konnten 25–30 000 Abiturienten wegen Überfüllung die Universitäten nicht besuchen (nach einer Unter-



Polizei treibt Studenten in Ankara zusammen

suchung des Otto-Suhr-Instituts), – 2 Mill. angemeldete und 3,5 Mill. nicht angemeldete Arbeitslose halten sich im Lande auf (nach Prof. Sadun Aren, Handbuch der Ökonomie).

### Die Faschisten schlagen zu

- Im Februar 1968 werden 6 Abgeordnete der Arbeiterpartei im Parlament während der Etat-Debatten von Abgeordneten der Regierungspartei blutig niedergeschlagen.
- Im Juli 1968 dringt die Polizei während des Besuches der 6. Flotte ins Studentenwohnheim der Technischen Universität ein. Ein Student wird aus dem 2. Stock hinuntergeworfen und erliegt seinen Verletzungen. 40 weitere werden schwer verletzt. Seit diesem Vorfall wurden 11 Studenten bei verschiedenen Anlässen erschossen. Die Mörder blieben bis heute unbekannt.
- Im Juli 1968 demolieren mehrere Tausend Reaktionäre in Konya das Lokal der Arbeiterpartei, das Lokal des Lehrerverbandes, mehrere Verlage, Buchhandlungen, Hotels und Restaurants unter dem Slogan „Tod den Kommunisten!“
- Im Februar 1969 demonstrieren in Istanbul 20 000 Arbeiter und Studenten gegen den US-Imperialismus. 10 000 bewaffnete Reaktionäre überfallen den Demonstrationzug, schneiden 2000 Teilnehmer ab und greifen sie mit Pistolen, Messern und Totschlägern an. 2 Arbeiter werden ermordet, 200 verwundet. Die Polizei sieht zu und schlägt selbst die Überfallenen.
- Im Juli 1969 überfallen Tausende Reaktionäre den Kongreß des Lehrerverbandes und belagern das Haus drei

Stunden. Anschließend demolieren sie das Lokal der Arbeiterpartei, Buchhandlungen, Hotels und Bars. Die eingeschlossenen Lehrer werden von Armeeeinheiten gerettet.

- Im September 1969 fährt eine Theatergruppe in eine osttürkische Provinz (Tunceli), um ein Stück von einem revolutionären Volkssänger zu spielen. Der Gouverneur verbietet die Aufführung. Das Volk versammelt sich und drängt, das Stück zu sehen. Die Polizei schießt in die Menge. 2 Menschen werden getötet, 6 verwundet. Anschließend foltert die Polizei die Theatermitglieder, Schauspielerinnen werden vergewaltigt.
- Im Januar 1970 erschießt die Polizei bei einem Streik wegen Entlassungen in Istanbul einen Arbeiter.
- Bei der Demonstration von über 100 000 Arbeitern im Juni 1970 in Istanbul und Izmit, die zur Verhängung des Kriegsrechts geführt hat, werden nach inoffiziellen Berichten mehr als 10 Arbeiter erschossen.

### Die neuere Entwicklung

Die „Türkische Volksbefreiungs-Armee“ kam zum ersten Mal zum Vorschein mit der Entführung von 4 GIs in Ankara. Damit haben die Linken – obwohl ihre Lösegeldforderung von 400 000 Dollar nicht erfüllt wurde – 2 Feinde zugleich getroffen: Die Regierung Demirel als Symbol des verhaßten Systems und die amerikanischen Militärs und Kaufleute in der Türkei. Das Militär und die Polizei haben darauf hart reagiert. Die Mittel-Ost-Universität in Ankara, Hauptquartier der linken Studenten, wurde belagert und mit schweren



Rechtsradikale: „Bereit zur Kommunistenjagd!“

Waffen beschossen. Tausende wurden festgenommen. Jedoch mußte Demirel gehen, weil er für die Militärs nicht hart genug war.

Die durch die „Türkische Volksbefreiungs-Armee“ unruhig gewordenen Generäle haben nun die Macht an sich gerissen, um „law and order“ im Lande wiederherzustellen.

Nihat Erim, der vom Generalstab zum Premier ernannt wurde, um eine offene Übernahme der Regierungsgewalt durch die Armee zu erübrigen, mußte nun doch die wichtigsten Teile der Türkei den Generälen überantworten. Der vom Militär beherrschte Nationale Sicherheitsrat verhängte über 11 der 67 Provinzen das Kriegsrecht.

In den großen Städten und Industrie-Regionen herrschen seither Militär-Gouverneure mit allen Vollmachten. Sie dürfen ohne richterlichen Beschluß Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Ausweisungen anordnen, Versammlungsverbote erlassen und Ausgangssperren verhängen. In 6 der 11 Provinzen wurden Militärtribunale für staatsgefährdende Delikte gebildet.

In Ankara wurden zuerst 22 Organisationen, vorwiegend Studentengruppen, verboten. Die Regierung kündigte geplante Verfassungsänderungen an, die den Ausnahmezustand verewigen würden: Aufhebung der Grundrechte wie

- Unverletzlichkeit der Wohnung
- Postgeheimnis
- Versammlung- und Demonstrationsrecht
- Streikrecht
- Recht auf Landbesitz
- Autonomie der Universitäten
- Unabsetzbarkeit der Justizbeamten.

Die Volksbefreiungs-Armee schlug zurück. Im Stil der Stadtguerillas wurden Banken ausgeraubt und Vorbereitungen für den kommenden Kampf getroffen. Ende Mai entführten sie den israelischen

Generalkonsul in Istanbul, Elrom.

Elrom hatte der türkischen Regierung die Listen mit den Namen von Jung-Türken, die sich bei El-Fatah ausbilden ließen, zugespielt. Am selben Abend waren bereits 170 Türken verhaftet. Wenige Tage später wuchs die Zahl der politischen Häftlinge auf über tausend an.

Die Ermordung des Diplomaten gab der vom Militär installierten Regierung in Ankara ein Alibi für das Aufräumen unter der liberalen und linken Opposition. Im Gefängnis sitzen seither – unter vielen anderen:

- Der Verfassungsrecht-Experte T. Z. Tunaya, der noch eine Woche zuvor von Regierungschef Erim empfangen und um seine Meinung zu geplanten Verfassungsänderungen gebeten worden war;
- der international renommierte türkische Autor Yaschar Kemal, Verfasser von Romanen über die Unterdrückung der Bauern durch Großgrundbesitzer, 20 Professoren, hauptsächlich Polit- und Sozio-Wissenschaftler, wurden unter Hausarrest gestellt. Die bekanntesten progressiven Zeitungskommentatoren wurden in Gefängnisse gesteckt, sowie viele Regisseure und Künstler.

### Studenten — Sündenbock der Türkei

Um die große Masse gegen einen Gegner zu einen, muß zuerst der Gegner herausgestellt werden. Dieser Gegner war in den bisherigen faschistischen Regimen, zumindest unter anderem, der Kommunismus (siehe Griechenland). Die Türkei kann sich diesen Buhmann nicht mehr leisten, seit die Sowjetunion und Rotchina ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu der Türkei verstärkt und mit dem Aufbau von Fabriken begonnen haben. Ein neuer Sündenbock für die

chaotischen Zustände in der Türkei mußte ausfindig gemacht werden. Da versuchte das Militär, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Progressive Studenten und Intellektuelle hatten mit der Basisarbeit bei Arbeitern und Bauern angefangen. Zum ersten Mal hatten sich Bauern und Studenten in einigen Dörfern zusammengetan und Land besetzt. Auch bei Streiks waren Studenten als Berater beteiligt. Diese Entwicklung beunruhigte das Militär und ausländische imperialistische Kräfte gleichermaßen.

Was war also naheliegender, als die Studentenbewegungen dahingehend zu diffamieren, die Türkei in die Anarchie bringen zu wollen. Damit sollte sowohl die Sympathie und das Verständnis der Bevölkerung von den Studenten abgewendet werden, als auch eine Erklärung für die offenen, antidemokratischen Eingriffe des Militärs gegeben werden. Die türkische Geheimpolizei hatte schon vor einiger Zeit „schwarze Listen“ mit den Namen der revolutionären Studenten angefertigt. Die Jagd auf türkische Studenten begann.

So machte sich Ende Mai eine Stadt von 40 000 Einwohnern (Tekirdag) auf die Jagd nach 2 Studenten. Zwei Bauern, die die Gesuchten fingen, erhielten die ausgesetzte Belohnung 1500 DM.

Als in Istanbul zwei Studenten, auf der Flucht vor dem Militär verzweifelt, die vierzehnjährige Sibel als Geisel in der Wohnung ihrer Eltern festhielten, wurde diese Geschichte in Presse und Rundfunk fünf Tage lang hochgespielt. Der Stadtkommandant von Istanbul rief die Bevölkerung zur Lynchjustiz auf.

Mit diesen beiden Studenten wurde die gesamte türkische Studentenschaft identifiziert.

Diese Aufputschung des Volkes schuf die Basis für das große Aufräumen unter den Studenten.

Dieses Aufräumen gilt aber weder allen Studenten noch nur Studenten allein, sondern allen linken Oppositionellen. Die Ablenkung der Masse der Bevölkerung vom Fortschreiten des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen erfolgt durch die Massenmedien, die die gesamte türkische Studentenschaft als Buhmann darstellen. Dies wird dadurch bewiesen, daß z. B. in den Zeitungen nur über „studentische“ Unruhen berichtet wird, nicht jedoch über Streiks oder Landbesetzungen.

In der Türkei ist die Bahn frei für den offenen Faschismus.



# „Füllet die Erde und machet sie Euch untertan!“

Ergänzend zu einer Reihe von Artikeln in dieser Ausgabe der dsz, die die Verhältnisse in der Dritten Welt aus der Sicht der ausgebeuteten Länder schildern, sollen hier Vorgehensweise und Erfolg der imperialistischen Monopole angerissen werden. Es soll anhand einiger Beispiele deutlich werden, welche Macht sich durch die Konzentration der Konzerne in wenigen Händen zusammenballt und wie wenig die Dritte Welt dem an Macht entgegensetzen kann. Der Artikel stützt sich auf zwei Arbeiten der Darmstädter Basisgruppe Chemie vom 1. letzten Jahres: einmal auf das „Konzentrationsinfo 1“; zum anderen auf einen beim „Imperialismus-Teach-in“ (anlässlich der Rehabilitierung des Darmstädter Kriegsforschers Fischer durch das Hessische Kultusministerium) gehaltenen Vortrag. (Eine ausführliche Darstellung dieses Themas findet sich in dem Artikel „BRD-Imperialismus in Südafrika“ im Mittelteil dieser Ausgabe.)

---

**1. Merkmal für Imperialismus: Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen.**

---

## **Zum Beispiel: Machtkonzentration der Chemie-Industrie in der BRD**

Die IG-Farben-Industrie-AG schloß, bis 1945, fast die gesamte Chemie-Industrie im Deutschen Reich ein. Nach dem Krieg wurden die großen Drei – Bayer, Hoechst, BASF – getrennt („entflochten“), die Wiedervereinigung per Gesetz untersagt. Die beabsichtigte Wirkung – Kleinhalten der westdeutschen Chemie-Industrie auf dem Weltmarkt – hielt jedoch nicht lange vor. Mittlerweile stehen Bayer, Hoechst und BASF an der fünften bis siebten Stelle der größten Chemiekonzerne der Welt; ihr Umsatz liegt in der Größenordnung der US-Konzerne. Folgende Netto-Umsätze wurden 1969 erzielt:

– Bayer	6,54 Mrd DM
– Hoechst	7,76 Mrd DM
– BASF	7,13 Mrd DM
	<hr/>
	21,43 Mrd DM netto

Der nächstgrößte westdeutsche Konzern, Veba-Chemie, folgt bei einem Netto-Umsatz von 2,9 Mrd DM mit einigem Abstand.

Die bereits erreichte Macht der großen Drei wird laufend durch Konzentrationsbewegungen vergrößert, so etwa durch größere Transaktionen um die Jahreswende 1969/70:

Die Farbwerke Cassella (vorherige Beteiligung der großen Drei je 25%) gingen an Hoechst, Hüls an Bayer und Herbol an BASF. Im Geschäftsbericht von Bayer liest sich das so:

„Zum Jahreswechsel 1969/70 erwarben Hibernial/Veba-Chemie und wir je zur Hälfte von Farbwerke Hoechst deren 51,42% Beteiligung an der Chemie Verwaltungs AG, Frankfurt (Main). Dafür erhielt Hoechst vom Kapital der Cassella

Farbwerke Mainkur AG 25,1% aus unserem Eigenbesitz und weitere 25,39%, die wir Hoechst aus dem Besitz der BASF verschafften, dazu eine Barzahlung von 280 Mill., von der wir 80 Mill. erbrachten. Für die Überlassung des vorerwähnten 25,39% Cassella-Anteils veräußerten wir an die BASF unsere 25,6% Beteiligung an der Herbol-Werke Herbig Haarhaus AG, Köln, und zahlen bar DM 46,3 Mill. Zusammen mit Hibernial/Veba-Chemie, mit der wir die 1966 begonnene Zusammenarbeit mit dem Ziel einer gesunden Fortentwicklung der Chem. Werke Hüls AG, Marl, verstärkt fortsetzen werden, . . . Bilanzmäßig berührten diese Transaktionen das abgelaufene Geschäftsjahr noch nicht.“

Allerdings gibt der nominelle Austausch von Aktienpaketen nur ein unvollständiges Bild der tatsächlichen Machtkonzentration wieder. Hand in Hand geht eine Spezialisierung der Konzerne. So hat BASF praktisch das Düngemittelmonopol in der BRD (mit 80% Marktanteil), überläßt dafür jedoch die Arzneimittelproduktion Bayer und Hoechst. Ähnlich sieht es bei der Chemiefaserproduktion aus: Hoechst stellt Polyester her, Bayer Polyacryle (und Glanzstoff Polyamide). Da auf umfangreichen Produktionsgebieten somit keine Konkurrenz mehr stattfindet, erhöhen die großen Drei ihre Preise in schöner Regelmäßigkeit synchron.

Die Aufteilungen und Absprachen der großen Drei binden die vielen kleinen Zuliefer- und Abnehmerfirmen (BASF hat etwa 10 000 Zulieferer) völlig; wegen der meist langfristigen Verträge haben sie keine Möglichkeit, die für sie folgenreichen Entscheidungen der Großkonzerne irgendwie zu beeinflussen. Ein Beispiel dafür ist Merck in Darmstadt, das seine Laborchemikalien weitgehend von den großen Drei bezieht, dann nur noch untersucht, reinigt und anschließend verpackt.

Personelle Verbindungen in den Konzernspitzen der verschiedenen Unternehmen sichern die Unternehmenspolitik der Großkonzerne weiter ab, ohne daß eine Kapitalverflechtung vorliegt: Zum Beispiel befindet sich das Grundkapital der Boehringer Mannheim GmbH zu 100% bei der Familie Engelhorn; Curt Engelhorn, geschäftsführender Gesellschafter der Firma, setzt im Aufsichtsrat von Bayer.

Oder: Die Degussa hat mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Dr. Felix Prentzel und ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Hermann Richter an ihrer Konzernspitze zwei Mitglieder des Aufsichtsrats von Hoechst.

Einfach gesagt: Obwohl keine Kapitalbeteiligung vorliegt, wird die Unternehmenspolitik der Boehringer GmbH von Bayer, die der Degussa von Hoechst bestimmt.

## 2. Merkmal für Imperialismus: Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“.

### Zum Beispiel: Machtkonzentration in den Händen der westdeutschen Banken

Zu den eben beschriebenen Konzentrationsmechanismen der Produktionsbetriebe treten die Machtansammlungen in den Händen des Finanzkapitals, der Banken. Die Banken verkaufen vielen kleineren Aktionären Aktien, für die sie das Stimmrecht ausüben (Depotstimmen). Nach einer Untersuchung von 425 allen notierten Aktiengesellschaften — mit 13,3 Mrd DM Grundkapital entsprechend 75% aller börsennotierten Aktiengesellschaften — verfügten die Banken über 1,2 Mrd DM als Eigenbesitz 8,0 Mrd DM als Depotstimmen 9,2 Mrd DM insgesamt.

Dabei konzentriert sich die Macht wesentlich auf die drei Großbanken Deutsche, Dresdner und Commerzbank. In den übrigen Aktiengesellschaften (die Banken ausgenommen) waren von 3014 Aufsichtsratsmitgliedern 795 (=26%) Bankenvertreter. Die Großbanken stellten etwa ein Fünftel aller Aufsichtsratsvorsitzenden. Die Machtkonzentration der Banken beschreibt Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Dresdner, schlicht so:

„Seit langem sind wir im übrigen erfolgreich bemüht, kooperationswillige Partner gleich

welcher Größenordnung zusammenzufügen. In vielen Fällen lassen sich auf diese Weise ohne jede kapitalmäßige Bindung erstaunliche Rationalisierungserfolge erzielen.“

So einfach ist das Monopolisieren.

### Dritte Welt

Bisher wurde anhand einiger Beispiele dargestellt, wie die Macht konzentriert wird. Diese Machtkonzentration ist die Voraussetzung für die weitere Anhäufung von Macht: durch Kapitalexport in die Dritte Welt.

Die Ausbeutung der Dritten Welt durch den Monopolkapitalismus heißt offiziell „Entwicklungshilfe“. Der Grad der Ausbeutung ist abzulesen am Anteil an der

Entwicklungshilfe durch „private Hand“. Die Auslandsinvestitionen durch die öffentliche Hand sorgen zunächst für infrastrukturelle Verbesserungen: Versorgung der betroffenen Länder mit Verkehrs- und Nachrichtenwegen, Energie, Ausbildungs- und medizinischen Einrichtungen. Bereits bei diesen Investitionen der öffentlichen Hand machen die Auftragnehmer, und das sind bei der Größe der Projekte die internationalen Großkonzerne, ihren Profit. Ist dadurch ein Mindestniveau an infrastrukturellen Bedingungen geschaffen, lohnt es sich für die Großkonzerne, selbst zu investieren, also nicht nur die eigenen Produkte zu verkaufen, sondern in den „anentwickelten“ Ländern Produktionsstätten zu errichten und Rohstoffquellen (oder exklusive Bezugs-

### Die Niederlassungen von Bayer in der Dritten Welt

		%	Grundkapital
Bayer	Türk Kimya Sanayi Ltd. Sti. Istanbul/Türkei. Kap. TL 7,2 Mio	99	3 Mio
Bayer	Tarim Ilaclari Sanayi Ltd. Sti. Istanbul/Türkei. Kap. TL 18,725 Mio	99	8 Mio
Birlesik	Alman Ilac Fabrikalari Türk Ltd. Sti., Istanbul/Türkei. Kap. TL 25 Mio	25	10 Mio
Bayer	(Indiana) Ltd., Bombay/Indien. Kap. iR 30 Mio	57,4	15 Mio
Bayer	International Finance N.V. Willemstad, Curacao/Niedl. Antillen	100	2 Mio
Bayer	Quimisas Unidas SA, Caracas Venezuela, Kap. Bs 3,5 Mio	100	3 Mio
Bayer	do Brasil Industrias Quimicas S.A. Rio de Janeiro/Brasilien Kap. NCr 57,23 Mio	99	49 Mio
Bayer	Argentina S.A., Buenos Aires Argentinien, Pap. Sa 4,4 Mio	99,9	5 Mio
Anilsud	S.A., Buenos Aires/Argentinien Kap. Sa. 4,5 Mio	50	5 Mio
Bayer	de Mexico Industrias Quimicas S.A. Mexico/Mexico, Kap. mex. \$ 11 Mio	99,9	3 Mio
Casa Bayer	S.A. Mexico/Mexico Kap. mex. \$ 11 Mio	99,9	3 Mio
Bayer	Industria S.A., Lima/Peru Kap. S/. 300 Mio	63,3	25 Mio
Chrome	Chemicals (South Africa) Johannesburg/Südafrika, Kap. R. 1 Mio	50	5 Mio
Bayer	Agro-Chem (Pty.) Ltd. Johannesburg/Südafrika, Kap. R. 0,5 Mio	50	3 Mio

außerdem noch 6 Unternehmen im faschistischen Spanien, mit einem Grundkapital von zusammen 42 Mio DM.

rechte daran) zu erwerben. Die Ausbeutung der Dritten Welt wird so verschärft; die Monopole exportieren Kapital, führen die Profite zurück und gewinnen auch in diesen Ländern die Macht. Dazu die Entwicklung der letzten Jahre:

Entwicklungshilfe	%	
	öffentl.	privat
1967	48%	52%
1968	35%	65%
1969	27%	73%

in der Sprache von Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, lautet das so:

„Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Expansion der deutschen Unternehmen in Zukunft verstärkt durch ein direktes Engagement auf den Absatzmärkten jenseits unserer Grenzen ausweisen wird, vor allem dort, wo sich von der Rohstoffbasis und vom Arbeitskräfteangebot her interessante Perspektiven eröffnen“.

Das Kapital wird also zunehmend exportiert und im Ausland investiert. Die Gründe nennt Ponto auch: Sicherung und verstärkte Ausnutzung der Rohstoffbasen, Erschließung von Arbeitskräfte-reservoirs bei niedrigsten Löhnen. Eine Reihe von Entwicklungsländern haben Monopolstellungen für Rohstoffe, zum Beispiel

Zinn (Malaisia, Bolivien), Silber (Peru, Mexiko), Kupfer (Sambia, Chile, Peru, Kongo). Obwohl diese Länder einen ungeheuren Reichtum an Bodenschätzen haben —

### 3. Merkmal für Imperialismus: Der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung.

man mache sich dagegen das Maß an Bodenschätzen in der BRD zum Vergleich deutlich —, können sie nicht darüber verfügen. Sie besitzen weder das Kapital der verarbeitenden Industrie (Fertigprodukte) noch die nötige Technologie.

Zum Beispiel: Obwohl Malaisia und Bolivien die beiden weltgrößten Zinnproduzenten sind, sind beide Länder an die Entscheidung des internationalen

### Die Niederlassungen von BASF in der Dritten Welt

	%	Grundkapital
BASF-Sümerbank Türk Kimya Sanayi AS, Istanbul/Türkei, Kap. 60 Mio TL	60	25 Mio
BASF India Ltd., Bombay/Indien Kap. iR 7 Mio	50	3,5 Mio
BASF Overzee N.V. Willemstad/Niederl. Antillen, Kap. 131751000 Antillen-Gulden	100	282 Mio
BASF Transatlantica S.A., Panama Kap. 14 Mio US Dollar	100	56 Mio
BASF Mexicana S.A. Sta. Clara, Edo. de Mexico Kap. 30 Mio mex \$	100	8,2 Mio
BASF Brasileira S.A. Industrias Quimicas, Sao Paulo, Brasilien, Kap. 26,5 Mio NCr	100	22,8 Mio
BASF Argentina S.A.I.C.I.F.yM., Buenos Aires Kap. 7,4 Mio Sa.	100	8 Mio
Quimica Proco S.A., Medellin, Kolumbien Kap. 6,5 Mio col. Pesos	100	17,3 Mio
Suvinil S.A. Industria e Comercio de Tintas Sao Bernardo do Campo, Brasilien Kap. 3,97 Mio NCr	60	4 Mio
Sulfisug Fabrica Argentina de Hidrosulfito y Afines S.A., Buenos Aires/Brasilien Kap. 100 Mio argent. Pesos	50	111 Mio
Glasurit Combilaca S.A. Industrias de Tintas Sao Bernardo do Campo, Brasilien Kap. 8,16 Mio NCr	60	6,9 Mio

Zinnrates gebunden, der ihnen Produktionsvolumen und Marktpreis fest vorschreibt.

Zum Beispiel: 95% des gesamten Kapitals in Angola befinden sich im Besitz der westlichen Industrienationen; die Firma Krupp hat etwa für 43,4 Mio DM die Rechte zur Ausbeutung aller Bodenschätze mit Ausnahme von Diamanten, Erdöl, Bitumen und anderer Kohlenwasserstoffe erworben. (Verordnung Nr. 42558 vom 21. 10. 1960)

In der Ausbeutung der „Reservearmeen“ an Arbeitskräften bietet sich das gleiche Bild. Zum Beispiel: 37% des Außenhandels von Haiti bestehen aus Importen von Montageteilen aus den USA, die, zu Fertigprodukten zusammengesetzt, wieder in die USA exportiert werden. Auf diese Art läßt sich das Lohnniveau in der Industrienation drücken. Werden im eigenen Land zu hohe Löhne gefordert, wird ein weiterer Teil der Produktion in die Dritte Welt verlagert. Nur wenn aus der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande bedrohliche politische Folgen erwachsen könnten, wird die Produktion wieder ins Heimatland zurückverlegt. Das setzt selbstverständlich voraus, daß die Unternehmen die im ersten Teil dieses

Artikels skizzierte Monopolstellung und -größe und die damit verbundene Flexibilität erreicht haben.

Durch die Investitionen in Ländern der Dritten Welt wird dort ein bestimmtes Maß an Kaufkraft geschaffen — genug, um die durch die ständige Überproduktion in den Industrieländern vorhandenen Überschüsse zum großen Teil abzusetzen. In den meisten Fällen entsprechen diese Überschußprodukte sicherlich nicht den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung in der Dritten Welt.

\*

Das System der Ausbeutung der Dritten Welt durch die Monopole der Kapitalisten scheint lückenlos zu sein. Mit Wohlgefallen und ohne Verschlüsselung drückt es der BASF-Aufsichtsratsvorsitzende Wurster (in „Chemie und Fortschritt“ Nr. 4, 1967) aus, was die imperialistischen Monopole machen: „Füllet die Erde und machet sie Euch untertan!“

Merkmale für Imperialismus: Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Berlin 1967, S. 94f.

# Pakistan: Die bürgerliche Revolution ist gescheitert

Der Bürgerkrieg in Pakistan, oder wie „Die Zeit“ es nennt, „der Bruderkampf der Moslems“ (Zeit Nr. 14) scheint vorbei zu sein. Es muß sehr viele Opfer gegeben haben und noch geben. „Die Zeit“ sprach am 9. April von einem „Biafra in Asien . . . vom Tod unschuldiger Zivilisten und Kinder. Bilder, soweit sie in die Außenwelt gelangen, zeigen Flüchtlinge, die ihre spärliche Habe auf primitiven Karren mit sich führen, ziellos auf der Suche nach einem sicheren Ort.“ Von Millionen Flüchtlingen und Hunderttausenden von Opfern wird gesprochen, von besonderer Brutalität beider Parteien.

Und „Die Zeit“, die „Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur“ hat denn auch schon am 2. April eine Erklärung für die „mörderischen Blutbäder“ parat:

„Wahrscheinlich hätte der Staatspräsident dem westpakistanischen Parteichef Bhutto nicht nachgeben sollen, als der sich weigerte, die zwischen Yayha Khan und Mujib ausgehandelte Übergangslösung zu akzeptieren. Vielleicht nur ein einziger falscher Schritt – aus Verantwortungsgefühl, aus Patriotismus, aus Ratlosigkeit? Es ist wahrhaft schwer und auch gefährlich, Staatsmann zu sein.“

So sehr auch Verantwortung über Verantwortung auf den Schultern der armen Staatsmänner lastet, einen Krieg oder überhaupt geschichtliche Ereignisse mit dem faux-pas einzelner Leute zu erklären, ist etwas sehr vereinfacht. Vielmehr interessieren die ökonomische und politische Herrschaftsstruktur, das Verhältnis und die Unterschiede zwischen West- und Ostpakistan, die wirtschaftliche Situation und nicht zuletzt die Interessen des Auslandes.

Die Existenz Pakistans beruht auf der religiös-politischen Ideologie des islamischen Staates und auf dem Antagonismus zu Indien, die einander historisch bedingen. Ohne die islamische Staatsideologie wäre die Unterteilung des Subkontinentes anders verlaufen, und ohne den Antagonismus zu Indien wäre die Ideologie zu schwach, den Staat zusammenzuhalten. Wie sich jedoch in letzter Zeit zeigte, lassen die sich verschärfenden Widersprüche zwischen beiden Provinzen an einer fortdauernden Einheit Zweifel aufkommen, auch wenn der Zwischenfall Bürgerkrieg wieder bereinigt scheint.

Ökonomische und gesellschaftliche Basis beider Provinzen ist die Landwirtschaft. Über 80% der Bevölkerung sind Bauern.

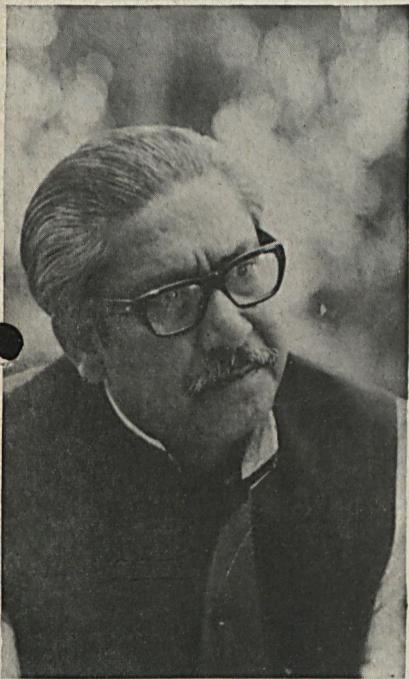
Der Aufbau der pakistanischen Industrie richtet sich nicht nach den Bedürfnissen des Volkes, sondern dient allein der Profitmaximierung einheimischer und fremder Ausbeuter. Der daraus resultierende „Hauptwiderspruch in Pakistan ist der zwischen einer sehr kleinen Oberklasse aus Landherren, Industriellen und Profitmanagern einerseits und der großen Masse der verelendeten Landbevölkerung und der Arbeiter andererseits. Die Kleinbauern und Pächter sind gefangen im täglichen Kampf um ihre Subsistenz, alle Ansätze zur Selbstorganisation und zur gemeinwirtschaftlichen Arbeitsteilung wurden bisher unterdrückt von den Land- und Pachtherren im Verein mit der allgegenwärtigen islamischen Orthodoxie. Ebenso wenig haben die Arbeiter eine Chance, den Wert ihrer Arbeitskraft zu erhöhen und sich dadurch als gesellschaftliche Kraft zu begreifen, denn die Produktionsverhältnisse in den Fabriken werden auf dem niedrigsten Stand der Ausbeutung physischer Kraft gehalten.“ (S.84; Zitatnachweis siehe am Ende des Artikels)

An eine überbetriebliche Arbeiterorganisation ist überhaupt nicht zu denken und die kleinen innerbetrieblichen „Gewerkschaften“ dienen der Kontrolle der Arbeiter und der Durchsetzung der Interessen des Managements. Die in Ostpakistan existierenden landwirtschaftlichen Genossenschaften besitzen nicht die Macht, die Interessen der Bauern und Landarbeiter zu vertreten. Konkrete reformistische Bestrebungen zugunsten der Arbeiter und Bauern wurden spätestens dann unterdrückt, wenn damit die Veränderungen der Besitz-, Verwaltungs- und Ausbeutungsverhältnisse akut wurde.

Dieser Hauptwiderspruch zwischen der sehr kleinen reichen herrschenden Klasse und der Masse der Bevölkerung wird brisanter durch den internen Kolonialismus. In Westpakistan sind die Überbevölkerung, die Lebensmittellnot und die Lebenshaltungskosten weit geringer als in der Ostprovinz, während die Löhne und Gehälter im Durchschnitt höher liegen. Der Finanzverkehr und der Handel laufen fast ausschließlich über Westpakistan, während der Osten ein nach außen vor allem gegen Honkong und Japan geschützter Markt für die im Westen erzeugten Produkte der Chemie-, Metall- und Elektroindustrie ist. Auch die Erschließung und Bewässerung Westpakistans und damit die Entwicklung der



Hauptquartier der Awami-Liga



**Scheik Mujibur Rahman**

Landwirtschaft verläuft erheblich schneller. Diese Ungleichheit fördert die Formierung der Opposition vor allem im benachteiligten Ostpakistan. Die Massenstreiks und die Aufstände 1968 und 69 sowie der jetzt beendete Bürgerkrieg zeigten deutlich sozial- und agrarrevolutionäre Tendenzen (zum Beispiel wurde die Forderung nach Kollektivierung der Landwirtschaft aufgestellt, entsprechend dem chinesischen Vorbild). Es sind tatsächlich „die objektiven Bedingungen einer revolutionären, anti-imperialistischen Entwicklung in Pakistan bereits vorhanden“.

Im Jahre 1969 schlossen sich linke Gruppen und Parteien zu einer Einheitsfront zusammen. Ihre Aktionen gegen Regierungseinrichtungen und deren Übernahme durch Befreiungskomitees fand zwar politischen Widerhall im Volk, doch von einem Klassenbewußtsein zu sprechen wäre erheblich verfrüht. Die allgemeine politische Trägheit, bedingt durch den anti-emanzipatorischen Einfluß der islamischen Ideologie ist noch sehr stark. So kann auch die Opposition nicht als Klassenpartei der Arbeiter und Bauern bezeichnet werden. Der Wahlerfolg von Sheikh Mujibur Rahman hat seine Ursache im emotionalen aber von

den ökonomischen Gegebenheiten beeinflussten Vertrauen der Massen. Die politische Entwicklung Pakistans, die gesellschaftlichen Prozesse, sind im starken Maße beeinflusst durch ausländische Mächte, den USA und ihrer Verbündeten, China und der Sowjetunion. Den westlichen Staaten und der Sowjetunion stellte sich Pakistan bis zum Bürgerkrieg als ein ideales Opfer ihrer „Entwicklungshilfe“ dar. Die herrschende Klasse und die Imperialmächte hatten das gleiche Interesse: Verschleppung und Verhinderung der fortschrittlichen Entwicklung des Landes. Den pakistanischen Machthabern gelang es aufgrund der geschichtlichen Entwicklung des Landes (Befreiung von der kolonialen Fremdherrschaft in den fünfziger Jahren) und der geschickten Ausnutzung des pakistanisch-indischen Streits, sich einen Rückhalt im Volk zu verschaffen. „Solange der Konflikt mit Indien unentschieden von beiden Seiten weitergepflegt wird, entspricht er den Sicherheits- und Einflußinteressen der USA und der Sowjetunion und beläßt den Imperialmächten einen Spielraum mittelbarer Intervention.“ (S. 99) Pakistan galt dabei immer als der sichere Partner, gegen den man auch einmal Stellung beziehen kann; so geschehen im Kaschmirkrieg, als Pakistan China zu Hilfe rief und Peking den Indern bei einem Angriff auf Pakistan mit Intervention drohte. Sofort nahmen die USA Partei für Indien und sperrten die Waffenlieferungen. Diese Handlungsweise beruht auf der Erkenntnis, daß die revolutionären Bewegungen in Indien dem Imperialismus eher schaden können, als in Pakistan. Zumal die Verbindung China-Pakistan ihre Grundlage nur in der gemeinsamen Parteinahme gegen Indien hatte.

Trotz der pro-chinesischen und anti-amerikanischen Propaganda haben die USA eine große Machtposition in Pakistan. Ihre große Truppe von Experten, Beratern und Diplomaten weiß über die „Ernährungslage, die Produktions- und Kapitalverhältnisse und über die politische und soziale Struktur beider Provinzen mehr und genaueres als die pakistanische Regierung und Verwaltung und als die einheimischen Wissenschaftler, die einer strengen Zensur unterliegen und vom Material und den Überlegungen des imperialistischen Kartells im Land ferngehalten werden.“ (S. 99) Die Zusammenarbeit zwischen Indien

und der Sowjetunion einerseits, China und Pakistan andererseits und die guten Beziehungen der USA und ihrer Verbündeten ihren ökonomischen und politischen Interessen gemäß zu beiden Staaten, finden ihren Niederschlag in der Parteinahme im pakistanischen Bürgerkrieg. Während die USA offiziell keine Stellung beziehen, um es mit der herrschenden Klasse in beiden Staaten nicht zu verderben und um keinen Freiraum für China oder die Sowjetunion zu schaffen, versuchen China und die SU durch eindeutiges Parteingreifen für Pakistan bzw. Indien ihre Einflußbereiche zu bewahren.

Was verwirrend anmutet, ist die Außenpolitik Chinas.

Scheinbar hat China die Wege traditioneller Macht- und Bündnispolitik nach außen eingeschlagen. Die jüngste diplomatische Annäherung zum Beispiel an die USA und an Persien, das heißt an ideologisch aus berechtigten Gründen bekämpfte Länder, deutet darauf nicht weniger hin als die Politik gegenüber Pakistan.

China hat in diesem Fall die reaktionäre Partei der Großgrundbesitzer und Generale unterstützt, während Sheikh Mujibur Rahman, der Repräsentant der ostpakistanischen Opposition, die zweifellos progressiver als die Regierung in Westpakistan einzuschätzen ist, sich der verbalen Unterstützung der Sowjetunion erfreut.

Zitate aus: „Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik“, Dankwerts/Pfütze Lechner/Stiebitz; Frankfurt/M. 1970, edition suhrkamp.



KAARTJIES SLEGS BLANKES.  
TICKETS EUROPEANS

KAARTJIES NIE-BLANKES.  
TICKETS NON-EUROPEANS

STASIEVOORMAN  
STATION FOREMAN  
EUROPEANS LADIES ONLY



# BRD-Imperialismus in Südafrika

Die BRD hat sich innerhalb der letzten Jahre zu einer imperialistischen Hauptmacht entwickelt, zur expansivsten in Europa.

Eine Analyse des westdeutschen Imperialismus läßt sich ohne Schwierigkeiten bis in Einzelheiten auf die Kriterien der Imperialismustheorie Lenins zurückführen, d. h., auf die von ihm angeführten fünf wesentlichen Merkmale, die die imperialistische Phase eines kapitalistischen Landes konstituieren:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘;
3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“<sup>1</sup>

Die Globalstrategie des Imperialismus ist heute bestimmt durch den Kampf gegen den Sozialismus sowie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, die beide die ungehemmte Entfaltung des Imperialismus beeinträchtigen. Im hier besonders relevanten Bereich der sogenannten ‚Dritten Welt‘ setzt die Konterrevolution neben militärischen Mitteln auf die ökonomische Vereinnahmung, insbesondere durch modifizierte Formen der ‚Entwicklungshilfe‘ sowie traditionelle und neue Formen des staatlichen und privaten Kapitalexports<sup>2</sup>. Eine führende Macht auf dem Gebiet der Entwicklung „moderner“ imperialistischer Strategien und deren Durchführung ist die BRD. Der unter Führung der SPD-Regierung konzipierte „Übergang von einer vorwiegend taktisch orientierten zu einer strategisch konzipierten Entwicklungspolitik“<sup>3</sup> ist der Hauptbestandteil einer langfristigen Projektion zur Ausbeutung ganzer Kontinente durch Schaffung von finanziellen Abhängigkeiten, Investitionen, Gewinnung von Märkten und deren Beherrschung, Sicherung von Rohstoffressourcen, die Installation einer sog. ‚internationalen Arbeitsteilung‘, die den weniger entwickelten Nationen auf Dauer die Rolle von Produzenten und Lieferanten gewerblicher Waren und von Vorprodukten zuweist (mit dem einzigen Ziel der Hebung der Kaufkraft dieser Länder, damit sie die in den industrialisierten Ländern produzierten Güter abnehmen können), die Verlagerung großer Produktionsbereiche ins Ausland zur Erhöhung der Gewinnspanne, sowie durch ein System von Verträgen, Militärbündnissen, Lieferabkommen, Rüstungslieferungen und -koproduktionen.

Über die Abhängigkeit der BRD von den Rohstoffen anderer Länder schreibt die

„Wehrkunde“: „Läßt man das laufend steigende Inlandsaufkommen an Altmaterial (Schrott usw.) außer Betracht, so erweist sich die BRD bei einer Reihe wichtiger Rohstoffe als vollständig oder nahezu vollständig auf Zufuhren vom Ausland angewiesen“<sup>4</sup>.

Insbesondere bei strategisch wichtigen Rohstoffen ist diese Abhängigkeit übergroß. Die SPD-Bundesregierung zog aus dieser Lage rasche Konsequenzen: Sie „hat festgestellt, daß der störungsfreie Bezug (!) einiger Rohstoffe nicht genügend gesichert ist. Sie will diese Sicherung durch folgende Maßnahmen herbeiführen: ... die Bundesanstalt für Bodenforschung will an der Überprüfung wichtiger Rohstoffvorkommen in der ganzen Welt verstärkt mitarbeiten; deutsche Unternehmen sollen Zuschüsse erhalten, wenn sie erhebliche Mittel in das Auffinden neuer Rohstoffquellen investieren“<sup>5</sup>. Unbeschönigt ist auch die Darstellung der Ziele und Prioritäten des neuen Konzepts:

„... im Interesse der Sicherung unserer Zukunft sowie aus politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt (!) humanitären Gründen ...“<sup>6</sup>; „Nicht allein aus moralischen Gründen, so ernst zu nehmen die moralische Motivierung hier auch ist, sondern um sich selbst zu schützen ...“<sup>7</sup>; „Entwicklungshilfe ist keineswegs eine Mission für Idealisten, sondern ... ein Garant für unser eigenes wirtschaftliches Wachstum ... Mit den Projekten der Kredithilfe haben zahlreiche deutsche Firmen den Grundstein für ihr zukünftiges Wachstum gelegt“<sup>8</sup>. Letzteres war die Motivation seit jeher, sie ist es insbesondere im Bereich der Auslandsinvestitionen. Die Rangfolge der Interessen hat sich von 1910 bis zu den sozialdemokratischen ‚Perspektiven‘ nicht im geringsten verändert.

1910: „Wenn mich jemand fragen würde, welches das Hauptziel aller kolonisatorischen Arbeit ... sei, so würde ich erwidern: ihre Wirtschaftswerte erschließen; und wenn nach der nächstwichtigsten Aufgabe gefragt würde, so würde ich antworten: neue Wirtschaftswerte in ihnen schaffen“<sup>9</sup>. 1941: „Es handelt sich nicht nur um die Erschließung des Landes, die Öffnung seiner Hilfsquellen, die Schaffung neuer Werte, sondern ebenso (sic! vgl. ‚Perspektiven‘!) um die Förderung des Wohles der Eingeborenenbevölkerung ...“<sup>10</sup>.

„Freundschaftliche Beziehungen zu den Entwicklungsländern liegen auch im Interesse unserer eigenen Wirtschaft: In der Dritten Welt liegen die Märkte von morgen, hier fällt auch eine Entscheidung über unsere Arbeitsplätze von heute und morgen“<sup>11</sup>; also: „Wir müssen dafür sorgen, daß uns die Märkte, auf denen wir unsere Erzeugnisse verkaufen wollen, nicht verloren gehen, daß wir uns die Märkte, die morgen Bedeutung erlangen, rechtzeitig sichern“<sup>12</sup>, denn, so der damalige Bundesminister Wischniewski: „In den Entwicklungsländern leben doppelt soviel Menschen wie in den Industriestaaten. Das sind zwei Milliarden Verbraucher. Das sind zwei Milliarden Kunden“<sup>13</sup>.

Damit diese zwei Milliarden auch wirklich in den Genuß des „Verbraucherdaseins“ gelangen, bedarf es freilich der Errichtung entsprechender organisierter Gesellschaften in den Ländern der ‚Dritten Welt‘. Es gilt also, „eine wirksame Methode für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer zu finden, die gleichzeitig die Völker dieser Länder vom Wert der freiheitlich-demokratischen Ordnung (bundesdeutscher Provenienz, versteht sich) überzeugt“<sup>14</sup>. Welchen Rang solches Wirken einnehmen soll, geht aus dem

Satz: „Der (Entwicklungs-)Dienst in Entwicklungsländern soll auch auf den Wehrdienst angerechnet werden können“ in den „Perspektiven“ der SPD hervor<sup>15</sup>.

Da allerdings die Achtung vieler ‚Entwicklungsländer‘ vor dem Privateigentum an Produktionsmitteln gering ist, hat sich die deutsche Industrie der großzügigen Unterstützung durch den Staatshaushalt versichern lassen, um ihre vorgeblichen ‚Risiken‘ abzudecken: „Um das Risiko für das private Kapital tragbarer zu machen, übernimmt die Bundesregierung Bürgschaften und Garantien“<sup>16</sup>. Denn: „Der europäische Wirtschaftspionier ... hat ... in mühsamer Arbeit und unter großen Opfern an Geld und persönlicher Hingabe die Reichtümer des Landes erschlossen, der Industrie Europas neue Rohstoffquellen geöffnet und dem europäischen Handel an Aufnahmefähigkeit stets wachsende Absatzmärkte vermittelt“<sup>17</sup>.

„Kreditfürst Abs“ (Spiegel): „... wir ... haben uns in besonders starkem Maße in den weit risikoreicheren Märkten (überseeischen) und in Entwicklungsländern engagiert. Ich frage mich, ob wir es uns auch in Zukunft leisten können, bei den Auslandsinvestitionen soviel Kühnheit und Idealismus aufzubringen“<sup>18</sup>. Indes: Nach dem „vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen Rundverlaß Außenwirtschaft Nr. 39/69 vom 23. September 1969 ging der größte Teil der deutschen Auslandsinvestitionen nicht zu den Armen an Niger und Ganges. Fast drei Viertel der auswärtigen Kapitalanlagen flossen vielmehr in die industrialisierten Staaten“<sup>19</sup>. Überdies erhalten die westdeutschen Unternehmer reichliche Steuervergünstigungen aufgrund des Zweiten Steueränderungsgesetzes vom Juni 1969: Sie dürfen

„Verluste ihrer Auslandstöchter voll von ihrer Steuerschuld im Inland abziehen;

beim Erwerb von Auslandsbeteiligungen bereits in Deutschland erzielte Gewinne, die in der Bilanz als stille Reserven versteckt waren, steuerfrei transferieren;

zusätzlich steuerfreie Reserven für eventuelle Verluste der Filialen anlegen“<sup>20</sup>.

Mit diesen steuerlichen Erleichterungen sowie den Absicherungen aus Steuermitteln sind Westdeutschlands Unternehmen bestens gerüstet für die etwa 1966 begonnene Offensive des Kapitalexports, deren Zuwachsrate in den sechziger Jahren von durchschnittlich 21 Prozent im Jahr nur von der der Japaner übertroffen wurde<sup>21</sup>. Ende 1969 betrug das Auslandsvermögen deutscher Konzernherren rund 16 Milliarden DM. Damit lag die BRD zwar nur an sechster Stelle hinter den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und Kanada<sup>22</sup>, aber bis etwa 1966/67 legte die deutsche Industrie auch keinen großen Wert auf Auslandsinvestitionen. Erst 1968 übertrafen die Auslandsanlagen deutscher Unternehmen diejenigen ausländischer Unternehmungen in der BRD.

Der Grund für das späte Einsteigen der westdeutschen Unternehmer ins Auslandsinvestitionsgeschäft lag u. a. in den bis dahin in der BRD niedrigsten (neben Japan) Lohnkosten für geschulte Arbeitskräfte unter allen industrialisierten Ländern. Mit der allmählichen Angleichung des westdeutschen Lohnniveaus an das der Nachbarstaaten traten die Unternehmer der BRD prompt die Flucht ins Ausland an:<sup>23</sup>

Ein besondere Rolle spielt im Kalkül der westdeutschen Monopole Afrika. Gerhard Jahn, mit der Anpassungsfähigkeit eines Chamäleons an den neuen Kurs der bundesdeutschen Industrie, 1968 (damals noch als Parl. Staatssekretär im AA): „Afrika ... ist ... das natürlichste Feld deutscher und europäischer Interessen“<sup>24</sup>. Ganz besonderes Interesse gilt innerhalb Afrikas dem südafrikanischen Raum, der sich ungefähr südlich des zehnten Breitengrades bis zur Südspitze des Kontinents ausdehnt.

Es handelt sich bei diesem Gebiet einerseits um das für Europäer klimatisch erträglichste, andererseits um das an Bodenschätzen reichste und am höchsten industrialisierte des gesamten Kontinents. Katanga im Süden der Republik Kongo (Kinshasa), die portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique, Rhodesien und Sambia, Malawi, Botswana sowie die Südafrikanische Republik einschließlich des von ihr faktisch annektierten Südwestafrika gehören dazu. Vom katangesischen Kupferbergbauggebiet über dasjenige Sambias, durch Rhodesien bis in die SAR erstreckt sich ein breiter Gürtel industrialisierten Gebietes.

Heribert Adam führt in seiner Untersuchung über die Apartheid in der Südafrikanischen Republik die Unterscheidung zwischen Kolonien zur reinen Extraktion von Rohstoffen etc. und „Siedlerkolonien“ ein<sup>25</sup>, die eine Besiedlung durch relativ zahlreiche Europäer klimatisch zulassen. Ein großer Teil des südlichen afrikanischen Subkontinents gehört in diese Kategorie, insbesondere das Gebiet der SAR, Rhodesien sowie Teile von Angola, Mozambique, Sambia und Katanga.

Traditionell stand dieser Teil Afrikas im Mittelpunkt kolonialen bzw. imperialistischen Interesses, namentlich jedoch seit Entdeckung der Bodenschätze und ihrer Bedeutung, die sich in diesem Gebiet befanden. So bezog schon NS-Deutschland „mehr als ein Viertel seines Kupferbedarfs aus Rhodesien und dem (damaligen) Belgischen Kongo“<sup>26</sup>. In einer Tabelle „Wichtiger Rohstoffe für den Bau von Düsentrriebwerken“ führt Harry Magdoff als Erzeuger in der nichtkommunistischen Welt gemäß ihrem Anteil an deren Gesamtproduktion an:

Für Niobium: Mozambique (18 %),

Chrom: Südafrika (31 %) und Rhodesien (19 %),

Kobalt: Kongo - Kinshasa (60 %) und Sambia (11 %) <sup>27</sup>.

Nicht umsonst versuchten die imperialistischen Mächte Europas, zumal in der Zeit des kongolesischen Bürgerkrieges durch die Abtrennung Katangas unter ihrem treuen Diener Tschombé dieses wichtige Gebiet unter ihrem Einfluß, konkret dem der belgischen Union Minière, zu halten, während die USA bereits frühzeitig mit Joseph Mobutu sympathisierten, um ihrerseits in den Besitz dieser Rohstoffquellen zu gelangen.

Unter allen Gesichtspunkten stellt die Südafrikanische Republik den mit Abstand wichtigsten Faktor im System der südafrikanischen

Staaten dar, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch. Da die SAR frühzeitig ihre Unabhängigkeit erlangte, d. h., die weiße Herrscherklasse in ihr, wird sie heute von den imperialistischen Mächten, vor allem der BRD, als gleicher unter gleichen betrachtet und hofiert. Sie ist Teil eines Systems von strategisch über die Welt verteilten Bastionen des Kapitalismus innerhalb einer Allianz des Imperialismus, welche die Funktion haben wirtschaftlich wie militärisch den Kampf gegen den Sozialismus und die nationalen Befreiungsbewegungen zu führen, durch ihre regionale Hegemoniestellung die permanente Ausbeutung der sie umgebenden weniger entwickelten Nationen zu sichern (namentlich durch ein Netz wirtschaftlicher Abhängigkeiten), und überdies ihre Position so weit wie möglich auszuweiten.

Neben den imperialistischen Hauptmächten USA, BRD, Japan, Großbritannien und Frankreich sind dies Länder wie Israel, Taiwan, Australien, Kanada und eben die SAR. „So kollaborieren die portugiesischen Kolonialisten und Rassisten Südafrikas und Rhodesiens eng mit den Diktatorencliquen Taipehs, Bangkoks, Saigons und Seouls, der zionistischen Regierung Israels und den lateinamerikanischen Satrapen“<sup>28</sup>.

Die SAR ist in jeder Beziehung hervorragend geeignet als Ordnungsmacht im südafrikanischen Raum, als Lieferant wichtiger Rohstoffe und Produzent billiger Waren, die sich dann auf den teuersten Märkten der Welt mit großen Gewinnspannen verkaufen lassen.

Südafrika steht bezüglich seiner industriellen Expansion hinter Japan an zweiter Stelle in der Welt<sup>29</sup>.

„Von der Weltproduktion entfallen auf Südafrika (jährlich) in bezug auf

<b>Gold</b>	<b>60 %</b>
<b>Platin</b>	<b>48 %</b>
<b>Uran</b>	<b>19 %</b>
<b>Diamanten</b>	<b>18 %</b>

In der Weltreihenfolge steht das Land hinsichtlich der Erzeugung von

<b>Antimon</b>	<b>an 1. Stelle</b>
<b>Vanadium</b>	<b>2. Stelle</b>
<b>Asbest</b>	<b>3. Stelle ...</b>

Von der Produktion Afrikas entfallen auf Südafrika (jährlich) in bezug auf

<b>Kohle</b>	<b>80 %</b>
<b>Stahl</b>	<b>75 %</b>
<b>Elektrizität</b>	<b>57 %</b>
<b>sämtliche Mineralien</b>	<b>43 %</b> <sup>30</sup>

Hinsichtlich ihrer Ideologie muß die Südafrikanische Republik deutschen Investoren als ideal erscheinen: Über die Buren, der nach wie vor größten weißen Bevölkerungsgruppe, äußerte der rassistische damalige Ministerpräsident Malan in den fünfziger Jahren: „Die Geschichte der Buren offenbart eine Bestimmtheit und eine Deutlichkeit des Zweckes, die einen fühlen läßt, daß das Burentum nicht Menschenwerk, sondern eine Schöpfung Gottes ist. Wir haben ein göttliches Recht, Buren zu sein. Unsere Geschichte ist das höchste Kunstwerk des Baumeisters der Jahrhunderte“<sup>31</sup>. Was Wunder, daß Deutsche sich in solcher Nachbarschaft wohlfühlen: „Der in unserem Volk auch heute nicht erloschene Zug in die Ferne hatte endlich ein Ziel gefunden, wo der Deutsche auch in der Fremde



(in SWA nämlich z.B.) mit der Heimat aufs engste verbunden war, ja in der Fremde eine neue deutsche Heimat gründen konnte" <sup>32</sup>.

### III

Trotz seiner Apartheid-Politik, die regelmäßig in der UNO zur Sprache kommt, und zu etlichen Embargoforderungen sowie -Beschlüssen geführt hat, ist der Außenhandel der SAR unbeeinträchtigt geblieben, im Gegenteil, er stieg beständig an. Lediglich das Handelsvolumen Großbritanniens war leicht rückläufig, weil die Labourregierung sich in gewissem Rahmen den Embargobeschlüssen der Vereinten Nationen beugte; die Exporte Großbritanniens nach Südafrika verringerten sich von 1967 auf 1968 von 1,5 Milliarden DM auf 1,36 Milliarden DM. Dagegen stiegen die der USA von 910 auf 986 Millionen DM, womit sie als Lieferland direkt vor der BRD liegen. Die BRD nimmt unter den Handelspartnern nicht nur Südafrikas, sondern des gesamten rassistischen Blocks eine Sonderstellung ein:

„Die Importe aus dem rassistischen Block einschließlich Malawi und Sambia betragen nur 1,9% der Gesamteinfuhren, aber ein Drittel der Importe aus Afrika (ohne Lybien) ... Ähnlich sind die Zahlen bei den Ausfuhren: 1,7% der Gesamtausfuhr, aber 42,9% der Exporte nach Afrika (einschl. Lybien). Die dominierende Stellung der Republik Südafrika zeigt sich, wenn wir ihren Anteil am Handel des gesamten Blocks betrachten: Der Anteil an den Exporten aus der BRD betrug 81,2%, der an den Importen 62,4%. In der Rangliste der wichtigsten Exportländer der BRD in Afrika liegt die Republik Südafrika auf Platz 1, Angola auf Platz 7, Mozambique, Sambia und Malawi sind unwichtig" <sup>33</sup>.

„Die Republik Südafrika liegt unter den Handelspartnern der Bundesrepublik an 15. Stelle und an 13. Stelle unter den Ausfuhrländern" <sup>34</sup>.

1968 erreichte der beiderseitige Güterausch ein Volumen von nahezu 2 Milliarden DM. „Berücksichtigt man auch die beiderseitigen Lieferungen, die über Drittländer das Bestimmungsland erreichen, so erhöht sich das Volumen des deutsch-südafrikanischen Güteraustausches sogar auf 2,5 Milliarden DM.

Damit steht Südafrika unter den deutschen Handelspartnern in Übersee nach den USA und Japan an dritter Stelle" <sup>35</sup>. Aus der Aufschlüsselung des deutsch-südafrikanischen Handels in den Jahren 1965—1969 ergibt sich freilich, daß ein beträchtlicher Teil davon über Drittländer abgewickelt wurde. 1968 „waren es allein 57 Prozent der für die Bundesrepublik bestimmten südafrikanischen Exporte, die den Umweg über Drittländer genommen haben" <sup>36</sup>.

Jahr	nach Herstellung u. nach Einkaufs- u. Verbrauchsländern		Käuferländern	
	Einfuhr der BRD	Ausfuhr der BRD	Einfuhr der BRD	Ausfuhr der BRD
1965	573	1 021	291	967
1966	832	981	460	935
1967	1 045	1 251	490	1 197
1968	982	1 419	570	1 373
1969	1 208	1 633	644	1 585

(in Millionen DM). <sup>37</sup>

In dieser Diskrepanz zeigt sich nach Ansicht des BDI-Präsidenten Berg, „daß Möglichkeiten für eine noch engere Gestaltung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen bestehen" <sup>38</sup>.

Im Rahmen der Internationalisierung des Kapitals und der Ausweitung der Monopolkonzerne bedeutet das insbesondere die Verstärkung der Investitionstätigkeit seitens der imperialistischen Länder. In einem Vortrag des Vorsitzenden der General Mining and Finance Corp. Ltd. (Südafrika) vor dem deutsch-südafrikanischen Industrie- und Handelstag heißt es: „Und nun glaube ich, daß viele meiner Zuhörer gerne erfahren möchten, wie sie und ihre Firmen an der Gewinnung all dieser Reichtümer ... teilhaben können" <sup>39</sup>. „Südafrikanische Wirtschafts- und Finanzkreise verweisen auf folgende Anreize zu Kapitalinvestitionen:

- Einen hohen Gewinn: ... Industrieinvestitionen erbringen durchschnittlich 13%.
- Eine hochentwickelte industrielle Wirtschaft, basierend auf den Prinzipien des freien Unternehmertums. Der kaufkräftigste Markt in Afrika und eine starke Währung sind die Resultate.
- Einen entwickelten Geldmarkt, geringere Besteuerung, eine stabile Regierung und Arbeitsfrieden in der Industrie(!) <sup>40</sup>.

Was unter „Arbeitsfrieden" zu verstehen ist, wird deutlich, wenn man sich näher mit dem brutalen Herrschaftssystem der Apartheid auseinandersetzt, in dem Farbige generell nicht einen Bruchteil der Rechte von Weißen besitzen, gesetzlich festgelegte Löhne erhalten, die um ein Mehrfaches unter denen der Weißen liegen, keine Gewerkschaften bilden dürfen und für jedes noch so geringfügige Vergehen gegen irgendeinen der zahllosen das Apartheid-Regiment sichernden Gesetzesparagrafen schwersten Bestrafungen ausgesetzt sind <sup>41</sup>.

Zu Beginn der südafrikanischen Industrialisierung warb man noch offen mit den Vorteilen, die sich in der Gestaltung der Löhne dadurch boten, daß man es mit einer Masse „auf niedriger Kulturstufe stehender Farbiger, die als Hilfskräfte angestellt werden konnten" <sup>42</sup> zu tun hatte. Nicht minder zynisch äußert sich heute die SAR offiziell: „Im Vergleich zu vielen anderen Ländern sei die Republik seit vielen Jahren frei von Arbeitsunruhen. Das könne man den fortschrittlichen, aber (sic!) realistischen Arbeitsgesetzen des Landes verdanken" <sup>43</sup>.

Obwohl die einheimischen schwarzen Arbeitskräfte nicht ausreichen, kann es sich die SAR leisten, deren Lohnniveau unverändert niedrig zu halten, indem sie sie gegen buchstäblich importierte moderne Sklaven aus den benachbarten Staaten ausspielt. Auch dieses System hat, wie das der gesetzlich fixierten Mindestlöhne für Schwarze <sup>44</sup>, Tradition: „Mit Portugiesisch-Ostafrika besteht ein besonderes Abkommen über Arbeiterlieferungen(!)" <sup>45</sup>. Es besteht noch heute: „Durchschnittlich kommen ein Drittel (der Bantu-Belegschaft) aus Südafrika, ein zweites Drittel aus Portugiesisch-Ostafrika, ein Sechstel aus den ... Gebieten Swazi-, Basuto- oder Be-

tschuanaland ..." <sup>46</sup> erläutert eine Monographie über Südafrika unbefangen.

Innerhalb der SAR erfolgt die ‚Beschaffung von Arbeitskräften' folgendermaßen: viele Bantu leben zusammengepfercht in sog. Bantustans, einer Art von Reservaten, aus denen sie, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, zur Arbeit in die Industriebetriebe der weißen Herren gehen müssen. Da diese Bantu zumeist nur in geringem Maße oder gar nicht ausgebildet sind, stellen sie eine beträchtliche industrielle Reservearmee dar, so daß das Lohnkostenniveau in den Grenzgebieten der Reserven besonders niedrig ist. Die Vorteile dieses Umstandes erkannte denn auch der (FDP-)Wirtschaftsminister von NRW, Kienbaum; indem er „anlässlich eines Besuches in der SAR die Möglichkeiten für den westdeutschen Monopolkapitalismus definierte: ‚Zusammenarbeit (kann auch) darin bestehen, daß Produktionen, die in Deutschland aus Kostengründen einfach nicht mehr rentabel zu gestalten sind, und die an das Können des Arbeiters nicht zu hohe Anforderungen stellen, in das Borderindustriengebiet Südafrikas verlagert werden könnten. Meines Erachtens sind derartige Produkte sogar wieder rentabel nach Europa zu reimportieren. In Deutschland verteuern sich die Arbeitskraft und die Arbeitslosenleistungen pausenlos, und in immer kürzerem Tempo folgen die Tarifsteigerungen und kostensteigernde Sozialgesetze" <sup>47</sup>.

Mit einem ihrer jüngsten Vorhaben freilich stoßen offenbar die reaktionären Gruppen der Afrikaansprechenden Rassisten auf den Widerstand der Industrie: mit dem Plan, nur noch tagsüber Schwarze in die Städte zu lassen, und auch unter diesen nur bestimmte Berufsgruppen wie Haushilfen, Straßenfeger, Müllmänner — „kurz, Leute in Jobs, für die sich Weiße zu schade sind" <sup>48</sup>. Ebenso wie das Problem der weißen Privilegien unter den Minenarbeitern in den Homelands, das sich aus den zunehmenden Beschäftigtenzahlen von Schwarzen und der Schaffung neuer, teils qualifizierter Arbeitsplätze in den Konzernen ergibt, stößt auch diese neue Restriktionsmaßnahme auf den Widerstand gerade des Großkapitals; „Südafrikanische Wirtschaftskreise haben in letzter Zeit mit immer größerer Dringlichkeit darauf hingewiesen, daß die Wachstumsrate nur dann zu erhalten und zu vergrößern sei, wenn die bestehenden Arbeitsplatzprivilegien für Weiße aufgehoben und Mischlinge und Bantus dem in bedenklicher Weise leergefegten Arbeitsmarkt zugeführt würden" <sup>49</sup>. Ohne Zweifel erweist sich der sich kontinuierlich verhärtende Rassismus der burischen Bevölkerungsgruppe, deren Parteien in der SAR in der Regierung sitzen, der Entfaltung aller Produktivkräfte in der SAR als hinderlich. Überdies werden die Rassisten Südafrikas und Rhodesiens „mit ihrer unverhüllten, rassistisch bestimmten Ausbeutung" zu einem „peinlichen Risiko für die neokolonialen Metropolen, die ... mit ihren selbständigen Ablegern assoziiert werden" <sup>50</sup>.

Diesem Dilemma sieht sich auch die BRD mit ihrer offenen Unterstützung der Regime des südafrikanischen Blocks gegenüber; sie versucht daher einerseits ihre ungetrübten Beziehungen zu kaschieren, indem sie einen Teil des Handelsvolumens über Drittländer abwickelt; andererseits sind sich „weitsichtigere Kreise" der westdeutschen Monopole

der Gefahren bewußt, die aus „einer rückwärtslosen Kolonialpolitik für sie erwachsen können... Es ist daher keine Schizophrenie, wenn die Bundesregierung ‚Bürgschaften‘ (im Falle Cabora Bassa) ... gibt, während zur gleichen Zeit die (SPD-geführte) ‚Friedrich-Ebert-Stiftung‘ der ... FRELIMO humanitäre und medizinische Unterstützung zusagt, sondern Vorsorge für den Fall eines Sieges der FRELIMO. Das auf diese Weise gewonnene ‚Vertrauen‘ (durch Stärkung der konservativen Elemente in ihr) kann dann zu politischer Einflußnahme ausgenutzt werden“<sup>51</sup>.

Während also die Kolonialregime und die weißen Rassisten unentwegt einen Kurs steuern, der objektiv ihren eigenen Interessen zuwiderläuft, da er das sorgsam aufgebaute System der imperialistischen Herrschaft zu gefährden droht, sind weite Kreise des Großkapitals wesentlich fortschrittlicher und haben für eine weitere günstige Voraussetzung gesorgt, die ausländischen Kapitalanlegern Investitionen schmackhaft machen kann, eine Form des Staatkapitalismus, „dessen Ausmaß in keiner anderen kapitalistischen Industriemation ein Vorbild hat. Die wirtschaftspolitische Staatsaktivität... besitzt... freilich hauptsächlich strategische und innenpolitische Relevanz“<sup>52</sup>. Südafrikas Wirtschaft wird dadurch in die Lage versetzt, auf Krisenerscheinungen mit allen Vorteilen der Planung und des Dirigismus zu reagieren, während gleichwohl wesentliche Beteiligungen und damit die Gewinnanteile in privater Hand liegen. Sowohl am größten Stahlkonzern, der halbstaatlichen ISCOR, als auch an der

Delegationen von Industriellen und Finanziers nacheinander die Ehre Johannesburg, Kapstadt oder Pretoria zu besuchen, sich lobend über die Apartheid-Republik zu verbreiten („Man beobachte deshalb... mit Interesse und Aufmerksamkeit die raschen Fortschritte Südafrikas auf industriellem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet“<sup>54</sup>, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Südafrika in Joint Ventures<sup>55</sup> zu bekunden und darauf zu verweisen, daß für die meisten Mitglieder einer Industriedelegation, die 1969 Südafrika aufsuchte, die Republik „längst ein altvertrauter Partner, mit dem sie enge Beziehungen“ verbanden<sup>56</sup>, sei.

Die Zusammensetzung dieser Industrie-Delegation kann als repräsentativ für die bundesdeutsche Hochfinanz und das von ihr beherrschte Großkapital gelten:

„Unter Führung des Präsidenten des ... BDI, Fritz Berg, besuchte sie im März und Anfang April ... Südafrika, die erste seit 1938(!). Ihr gehörten u. a. an die Herren Prentzel (DEGUSSA), Beurle (Rheinische Stahlwerke), Hofmeister (Norddeutsche Affinerie), Lotz (Volkswagen), Lübbert (Dyckerhoff & Widmann), Menne, MdB (Hoechst), Prinz Witgenstein (Metallgesellschaft AG), Dörenberg (Edelstahlwerke), Wagner (Henkel), ferner zwei Direktoren der Deutschen und der Dresdner Bank (Christians und Häusgen), Dr. Miksch (Deutsche Afrika-Linien) und zwei weitere Vertreter des Bundes der Deutschen Industrie (Wagner und Kulla)“<sup>57</sup>. „Südafrika ist der südlichste Arm Europas (!). Wir steigen in Südafrika in das direkte Geschäft ein.“

**„Die Delegation brachte von ihrer Informationsreise den Eindruck mit, daß die bisher geleistete deutsche Ausrüstungshilfe positiv zu beurteilen ist. Die Beschränkung der Ausrüstungshilfe für gewisse Staaten auf die Polizei trägt zur Erhaltung der Stabilität in dem ohnehin unruhigen Kontinent Afrika bei. Im Einzelfall (Somalia) kann sie auch ein politisches Gegengewicht gegenüber kommunistischer Bemühungen mit Einflußnahme auf die Streitkräfte darstellen“ ... „Die Präsenz der BRD durch ihre Ausrüstungshilfe ist ein politischer Faktor, der nicht zu unterschätzen ist. Einmal, weil diejenigen Kräfte, die Nutznießer der Ausrüstungshilfe sind, also die für die innere Sicherheit zuständigen politischen Persönlichkeiten, sich in wohl jeder Situation als Freunde der BRD nach innen und nach außen erweisen. Zum anderen trägt auch die Präsenz der deutschen Beratergruppen und ihre fruchtbare, weithin sichtbare Arbeit dazu bei, die BRD dem Bewußtsein der Bevölkerung deutlich zu machen und positiv darzustellen.“ Wehrdienst 94/66 v. 24. 10. 1966**

ESCOM, dem staatlichen Energietrust, sind beispielsweise in irgendeiner Form Privatunternehmen beteiligt: an ersterem die mächtige Anglo-American Corp. (Oppenheimer-Trust), an letzterer die Dresdner Bank AG, Frankfurt<sup>53</sup>. Die Form der Auslandsbeteiligung an einheimischen Konzernen der SAR zählt zu den von südafrikanischer Seite besonders bevorzugten Arten der Auslandsinvestition, die unter dem Namen ‚Joint Venture‘ läuft. Im allgemeinen halten dabei die Südafrikaner die Mehrheitsbeteiligung, bzw. sind bestrebt diese zu erhalten, was die durchaus eigenständige Stellung des südafrikanischen Großkapitals innerhalb des Imperialismus deutlich macht.

Auf die südafrikanischen Offerten reagiert Westdeutschlands Monopolkapital schlechthin begeistert; seit einigen Jahren geben sich

Mit diesen Worten sicherte sich Fritz Berg den Beifall seiner Gastgeber“, kommentierte die Wochenzeitung „Christ und Welt“ den Besuch dieser Delegation<sup>58</sup>. „Die neue Richtung der deutschen Auslandsinteressen kommentierte der südafrikanische Handelsminister J. F. W. Haak wenig später: „Endlich kommen die Deutschen. Sie kommen spät, aber sie kommen“<sup>59</sup>. Die Ähnlichkeit dieses Stoßseufzers zu dem Wellingtons bei der Schlacht von Waterloo ist nicht zufällig: „eine ... wesentliche Überlegung, die deutsche Wirtschaft stärker im Lande zu engagieren, basiert auf dem starken britischen Engagement in Südafrika. In Südafrika macht man sich erhebliche Sorgen über den Tag, da Großbritannien der EWG in irgendeiner Form beitreten wird: 53 Prozent des südafrikanischen Exportes geht nach Westeuropa, davon 35 % nach England.“

Die Lieferungen nach England stehen unter dem Schutz von Präferenzzöllen. Unter diesem Zollschutz hat sich Südafrika eine bestimmte Industrie entwickelt, die bei einem Fortfall der Präferenzen nicht mehr konkurrenzfähig wäre...“<sup>60</sup>. Da kommen westdeutsche Investitionen gerade richtig, die angelegt werden unter dem Motto: „Wer sich jetzt in Südafrika beteiligt, beteiligt sich morgen in anderen Ländern der Welt. Und wer in Südafrika preiswerter ist, setzt sich morgen auch in anderen Ländern durch“<sup>61</sup>. Südafrika als Ausweichstellung für die Produktion, die aus der BRD verlagert wird, um dortigen Lohn- und Sozialausgaben zu entgehen, und als quasi Außenstelle zur Eroberung der umliegenden Märkte, so sieht das Konzept der westdeutschen Imperialisten aus, das sie mit denen Südafrikas einträchtig verbindet. Denn immerhin war Fritz Bergs Delegation nicht der erste Kontakt mit der SAR; zahlreiche Besuche und Besprechungen von Industriellen, Bankiers und Politikern halfen lediglich die Reise der erwähnten Delegation vorbereiten. Die guten Beziehungen zwischen BRD und Südafrika datieren unbeschadet des letzten Krieges weit über diesen zurück, was sich unter anderem darin ausdrückte, daß „außer alten Waffenbrüdern wie den Türken, faschistoiden Diktatoren wie Portugals Salazar und Argentinien Juan Perón“ auch die SAR darauf verzichtete, nach Ende des Zweiten Weltkrieges „alle Firmen und Wertpapiere zu vereinnahmen“<sup>62</sup>. Der auf gegenseitiger Sympathie beruhende Meinungsaustausch und das gemeinsame Interesse lassen sich datieren anhand solcher (eher dem Pathologischen zuzuordnenden) Äußerungen wie der des damaligen Bundespräsidenten Lübke von 1959: „Ich weiß das Rassenproblem hier in guten Händen“<sup>63</sup>; dazwischen liegen Festreden wie die folgende Ansprache des Präsidenten der Deutsch-Südafrikanischen Kammer für Industrie und Handel anlässlich der Jahreshauptversammlung in Johannesburg am 9. 3. 1965: „Erwähnen möchte ich die Besuche von Dr. H. J. Abs; Ministerialdirigenten Dr. Pauls vom Auswärtigen Amt, Bonn, sowie Dr. K. Albrecht, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf“. Und auf der Jahresversammlung am 25. 6. 1968 sagte der Präsident der Kammer: „Gelegentlich der Rand Easter Show wurde der Deutsche Pavillon am 13. März 1967 von Herrn Paul Lücke, Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, eröffnet. Herr Bundesinnenminister Lücke war von Herrn G. Stein vom Bundesverband der Deutschen Industrie begleitet. Herr Minister Lücke hatte bei seinem offiziellen Besuch die Gelegenheit, mit allen Regierungsmitgliedern persönliche Fühlungnahme aufzunehmen und der Besuch von Herrn Minister Franz J. Strauß hat sicherlich dazu beigetragen, das gute Verhältnis der beiden Nationen zu vertiefen...“<sup>64</sup>. 1969 war es der vom „Spiegel“ stets als „Industriefreund“ apostrophierte damalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Walter Scheel, der den deutschen Pavillon auf der Johannesburger Rand Easter Show eröffnete, an der die BRD bereits 1953 als erste Nation mit einem eigenen Pavillon teilgenommen hatte<sup>65</sup>. Kernsätze seiner Ansprache waren Ausführungen über die Notwendigkeit westdeutscher Auslandsinvestitionen sowie über Möglichkeiten ihrer steuerlichen Erleichterung<sup>66</sup>, die dann

auch noch im Sommer 1969 von der Großen Koalition in Gesetzesform beschlossen wurden (s. o.). Der besonderen Rolle gerecht werdend, die die Commerzbank im Südafrika-Geschäft spielt, traf etwa zur gleichen Zeit wie die BDI-Delegation auch Paul Lichtenberg, Vorstandsmitglied der Bank, in Johannesburg ein; er führte aus: „Nachdem schon seit langem die deutsch-südafrikanischen Handelsbeziehungen recht intensiv sind, werden seit einigen Jahren Güterströme auch durch einen wachsenden Kapitalfluß von Deutschland nach Südafrika ergänzt. An diesem Kapitalfluß, der sich in Form von Anleihen und Krediten vollzieht, ist die Commerzbank wesentlich beteiligt“<sup>67</sup>. Neben beiläufigen Pflichtübungen von Wirtschaftlern, Finanziers und Politikern — Lichtenberg: „Er selbst habe schon nach den ersten Tagen seines hiesigen Besuches großen Respekt für die Leistungen empfunden, die hier vollbracht worden“ seien<sup>68</sup> — sorgt ein umfangreicher Propagandaapparat südafrikanischer Institutionen und offiziöser Quellen für das Image der Apartheid-Republik. Nationalistische, chauvinistische Töne mischen sich hier mit blindem Antikommunismus und einem penetranten Messianismus. In der BRD nimmt die wichtigste Funktion als Propagandaorganisation die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft ein, zu deren Initiatoren bezeichnenderweise, etwa im „Kreis Göttingen“ der RCDS zählt<sup>69</sup>. Allen gemeinsam ist zynischer Hohn über die Bemühungen der Vereinten Nationen oder einzelner afrikanischer Staaten oder Organisationen, die offen faschistische Politik der südafrikanischen Regime zu bekämpfen. Unter der Rubrik „Prominente Besucher üben konstruktive Kritik“ berichtet der von der Presse- und Informationsabteilung der Südafrikanischen Botschaft, Köln, herausgegebene „Monatsbericht aus Südafrika“ etwa: „Der Vizepräsident des deutschen Bundestages, Dr. Richard Jäger, erklärte nach seinem Besuch der Transkei: ‚Die Bemühungen, die Transkei zu einem modernen Staat zu entwickeln‘<sup>70</sup>, haben mich sehr beeindruckt.“ Jäger fügte hinzu, die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Länder ließen sich zu stark von dem beeinflussen, was bei den Vereinten Nationen über die Republik Südafrika gesagt werde“<sup>71</sup>. Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 19. 8. 1970: „In der Transkei... sterben nach Schätzungen 40% der Kinder unter zehn Jahren an Unterernährung oder ihren Folgekrankheiten. Diese Angaben werden im offiziellen Methodistenorgan in Südafrika, ‚Dimension‘, gemacht.“ „Ein amerikanischer Publizist, der von vier Journalisten begleitet wurde, schrieb nach seinem Besuch in der Republik, die Vitalität Südafrikas und seiner Bevölkerung habe ihn am meisten beeindruckt“<sup>72</sup>.

Die Aufstellung weiterer solcher Meinungsäußerungen ließe sich fortführen<sup>73</sup> — sie alle kulminieren letztlich zu Feststellungen wie derjenigen Willy Brandts Ende 1968, damals noch Außenminister, „daß die Bundesrepublik als Industrieland ein legitimes Interesse am Handelsverkehr mit Südafrika, Rhodesien und Angola habe. Handel sei keine Schande, und Vorwürfe deswegen müsse die Bundesrepublik eben tragen“<sup>74</sup>. Sie trägt sie mit bewunderungswürdiger Gelassenheit: Bundesminister Ehmke in einem Brief an den BDI-

Präsidenten Berg, in dem er den Bürgerschaftsbeschluß des Bundeskabinetts vom 30. Juni 1970 zu Cabora Bassa bestätigt: „Bei diesem Beschluß hat die Bundesregierung sich nicht zuletzt von der Erfahrung leiten lassen, daß man Handel und Politik nicht ohne Not koppeln soll und daß es im Interesse aller Nationen, auch der Entwicklungsländer liegt, wenn der internationale Handel sich ungehemmt von Schranken und Behinderungen aller Art entfalten kann“<sup>75</sup>.

Bei solcherlei Trennungen verwundert es denn auch nicht, daß — getreu der Devise „der rechte Mann am rechten Ort“ — der im Juli 1968, also unter Außenminister Brandt und AA-Staatssekretär Jahn, „neu ernannte westdeutsche Botschafter für Pretoria, Dr. Sonnenhol, ein früherer SS-Führer ist“<sup>76</sup>. Nach SA-Eintritt 1929 wurde er mit der Nr. 545961 NSDAP-Mitglied, ging später zur SS (wo er von Himmler mit dem ‚Ehrenring der SS‘ dekoriert wurde), und wechselte 1939 ins Ribbentropsche Außenministerium, „hielt aber seine Kontakte zum Reichssicherungshauptamt, der Gestapo-Zentrale, aufrecht“<sup>77</sup>. Über die Verbindungen zwischen RSHA, NSDAP-Kreisen und IG-Farben-Trust braucht hier nichts ausgeführt zu werden<sup>78</sup>; es überrascht freilich auch nicht mehr, daß angesichts zahlreicher weiterer NS-Diplomaten — so in Australien, Spanien, Indonesien, Japan und Argentinien, um nur einige zu nennen<sup>79</sup> — und der Betätigung der unter dem Namen des Vorkriegs-IG-Farben-Bosses 1946 gegründeten Carl-Duisberg-Gesellschaft („Fortbildungsprogramme für Führungskräfte (!) aus den Entwicklungsländern“<sup>80</sup> in weiten Teilen der Welt die IG-Farben-Nachfolger bereits wieder über „Auslandsbesitztümer im Wert von 3,3 Milliarden Mark“ verfügen<sup>81</sup>.

#### Ende 1961 hatten in der SAR investiert (in Millionen Rand<sup>82</sup>)

Großbritannien	1 806
USA	400
Frankreich	160
Schweiz	121
Belgien u. Luxemburg	48
BRD	14
Andere Staaten	551 <sup>83</sup>

Ende 1968 betragen die gesamten ausländischen Investitionen in der SAR 4,3 Milliarden Rand (= 24,1 Mrd. DM).

Den größten Teil davon stellte nach wie vor Großbritannien mit etwa 2 Milliarden. Es folgten:

USA	etwa 450 Mill.
Frankreich	etwa 170 Mill.
Schweiz	etwa 130 Mill.
BRD	etwa 80 Mill. <sup>84</sup>

Dabei steht die SAR den amerikanischen Investitionen wenig geneigt gegenüber: Sie verweist „auf das unbeliebte amerikanische Engagement, das durch den Drang gekennzeichnet wird, ganze Wirtschaftszweige und Firmen aufzukaufen und zu kontrollieren“<sup>85</sup>. Auf Erhaltung ihrer Eigenständigkeit bedacht, ziehen die Südafrikaner Kapitalbeteiligungen in „Joint Ventures“ vor.

In den letzten Jahren hat gerade die BRD stark aufgeholt; lediglich die Amerikaner investierten mehr. Hinter der BRD folgten bereits die Japaner. Ein Hauptgrund: „Dank dem billigen Arbeitskräftepotential garantiert Südafrika gegenwärtig eine doppelt so hohe Profitrate wie die meisten Länder der Erde:

rund 20 Prozent jährlich zwischen 1961 und 1965“<sup>86</sup>. Allein das „amerikanische Kapital verzinst sich in Südafrikas Wirtschaft... mit 27,6 Prozent“<sup>87</sup>.

Die USA stellen etwa 15 Prozent der Auslandsinvestitionen in der SAR, das sind „mehr als 60 Prozent aller amerikanischen Kapitalinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent“<sup>88</sup>. „Charakteristisch für die amerikanischen Investitionen ist, daß sie in der Regel nicht in die verarbeitende Industrie gelenkt werden“<sup>89</sup>, sondern offensichtlich der Sicherung der Rohstoffextraktion dienen sollen. Seit 1961 hat sich die „Zahl der amerikanischen Konzerne, die in Südafrikas Zukunft investieren, nahezu verdreifacht“<sup>90</sup>. Zu ihnen gehören die Automobilkonzerne General Motors, Ford und Chrysler. Ölkonzerne wie Texaco Standard Oil (N. I.) und Standard Oil of California ebenso wie die American Metal Climax (AMC), „der die größte Mine in Südwestafrica (das Südafrika als seine fünfte Provinz betrachtet) gehört. Als wichtigen Abnehmer des südafrikanischen Urans... versorgt die AMC etwa 10% der US-Gesamtproduktion. (Der frühere Vizepräsident der AMC und jetziges Mitglied des Aufsichtsrates, Arthur H. Dean, ist eine führende Persönlichkeit in der amerikanischen Politik zur Kontrolle der nuklearen Waffen.) Ein weiterer Faktor sind die Atomenergie-Kommission, die mit Allis-Chalmers zusammenarbeitet, um auch Südafrika in den Genuß nuklearer Macht zu bringen“<sup>91</sup>. „Die Supergiganten aber sind Harry Oppenheimers Zwillingimperien, die Consolidated Gold Fields of South Africa Limited und die Anglo-American Corporation. ... Diese zwei Konzerne beherrschen das Wirtschaftsleben ganz Afrikas südlich der Sahara“<sup>92</sup>. Zwei der größten südafrikanischen Kupferproduzenten werden ebenfalls von amerikanischem Kapital getragen, die 1940 gegründete O'okiep Copper Co., eine Tochtergesellschaft der Newmont Mining Corp. of America, sowie die Palabora Mining Co. Ltd., eine gemeinsame Tochter der Newmont Corp. und des Rio Tinto Konzerns, London<sup>93</sup>. Die Aluminium- wie die Gummiproduktion der SAR befinden sich überwiegend in amerikanischen Händen<sup>94</sup>. Britisch-amerikanisch ist die Transvaal Vanadium Co., die den größten Teil des südafrikanischen Vanadiums produziert (vgl. S. ...)“<sup>95</sup>.

Nach wie vor größter Investor ist Großbritannien Großkapital. Um nur einige der wichtigsten Beteiligungen bzw. Niederlassungen zu nennen, vor allem in der Chemie, „dem Schiffahrts- und Versicherungsfach sowie in der Textil-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie“<sup>96</sup>: Shell, Courtaulds, Fisons, British Leyland Motors, die bereits genannte Rio Tinto Gruppe und die ICI, die zusammen mit dem größten südafrikanischen Konzern, den de Beers Consolidated Mines, den größten Chemie-Konzern der SAR hält, die African Explosives and Chemical Industries, deren Sprengstofffabrikation an erster Stelle in der Welterzeugung steht<sup>97</sup>.

„Der französische Beitrag beträgt etwa sieben Prozent (der Auslandsinvestitionen)... Französische Interessen liegen in der Metallproduktion, beim Flugzeugbau, in der Rüstungsindustrie, der Kosmetikbranche, bei Versicherungen und den Erdölprodukten“<sup>98</sup>. „In Südafrika gibt es Zweigwerke von Renault, Peugeot, Berliet, Thomson-Houston“<sup>99</sup>;

und — „Franzosen vertrauen auf Südafrikas Zukunft“ überschrieb die Broschüre „Südafrika“ einen Artikel, in dem „General (!) G. Fayet, Präsident der französischen Wirtschaftsmission nach Südafrika (!) und Vorsitzender der französischen Luftverkehrsgesellschaft UTA (!)“ weitere Investitionen etwa des Ölkonzerns CFP ankündigte und die bestehenden Beziehungen rühmte<sup>100</sup>.

„Im zügigen Vormarsch begriffen auf dem südafrikanischen Markt ist Japan. Japanisches Kapital steckt in Firmen, die sich mit der Produktion von Transistor-Radios, elektronischen Geräten und Datsun-Nissan-Motorfahrzeugen befassen“<sup>101</sup>. Die Japaner „sind schon seit Beginn der sechziger Jahre offiziell von der Diskriminierung der Asiaten ausgenommen“<sup>102</sup>. Hauptbestandteil der wirtschaftlichen Verbindungen sind freilich noch Rohstofflieferungen, vor allem von Kohle und Erz an japanische Konzerne; zu diesem Zweck entsteht nördlich von Durban der Großhafen Richards Bay.

Besonders willkommen jedoch sind den Japanern Westdeutschlands zur imperialistischen Expansion entschlossenen Großkonzerne, Handelsunternehmen und Banken. Die BRD steht erst am Anfang ihrer Investitionstätigkeit in der SAR; neben ihr ist noch stark engagiert die Schweiz mit etlichen Pharmazieunternehmen<sup>103</sup>; zunehmende Investitionstätigkeit entwickeln die Niederlande und Schweden<sup>104</sup>. Rund dreißig Prozent aller westdeutschen Privatinvestitionen in Afrika entfallen auf die SAR, rund 12 Prozent auf Liberia, einen weiteren Eckpfeiler des imperialistischen Systems<sup>105</sup>. Zwar betragen die westdeutschen Investitionen nur etwa drei Prozent der Gesamtsumme von 24 Milliarden DM, dafür weisen sie aber auch die größte Wachstumsrate auf<sup>106</sup>. Bislang waren Schwerpunkte der deutschen Investitionen die Automontage (VW z. B. seit 1967), Strumpfwirkereien (ARWA beherrscht den südafrikanischen Markt für Damenstrümpfe souverän<sup>107</sup>, Webereien und Schwerindustrie<sup>108</sup>.

Ist das Ausmaß der bundesdeutschen Investitionen noch relativ bescheiden im Vergleich etwa zu denen Großbritanniens, so haben die gegenseitigen Verflechtungen der westdeutschen Monopole untereinander sowie mit denen der SAR phantastische Ausmaße angenommen. Über (gemeinsame) Tochtergesellschaften, starke Kapitalbeteiligungen, Kredite, Lizenzen, Lieferungsabkommen sowie kommerzielle Kredite bis hin zu Personalverbindungen hat die westdeutsche Industrie Südafrika mit einem System gegenseitiger Abhängigkeiten überzogen, das von einigen wenigen Monopolgruppen beherrscht wird, in deren Hintergrund freilich die Bankenkonzerne dirigieren.

Die hauptsächlichlichen Gruppen sind<sup>109</sup>:

- Metallgesellschaft / DEGUS-SA\*, die über ihre gemeinsame Tochter Norddeutsche Affinerie an dem südafrikanischen Konzern Palabora Mines beteiligt sind, dessen Phalaborwa-Mine die größte Kupfermine der Welt ist; gemeinsam mit der südafrikanischen (früher deutschen!) Otavi-Gruppe gründete die Affinerie noch die South Africa Ore Co. Ltd.; über ihre Beteiligung an der Stolberger Zink AG (Wolff-Gruppe) besitzt die Metallgesell-

schaft zudem die Minex Ltd. Die Rustenberg Platinum Mines, der Welt größten Platinproduzenten, bindet ein langfristiges Lieferabkommen an die DEGUS-SA.

- Die Siemens-Gruppe besitzt eine eigene Tochterfirma in der SAR, ist zudem indirekt an der Metallgesellschaft beteiligt, und hat Verbindungen zum staatlichen Engetrust ESCOM;
- Die ESCOM selbst ist das Zentrum einer ganzen Reihe von Verbindungen: erstens zur AEG, die in Verbindung zur von der Anglo-American Corp. beherrschten Highveld Vanadium Steel Corp. steht, dem größten Vanadium-Produzenten der Welt; die zweite Verbindung ist die zu Krupp über deren südafrikanische Tochter durch die gemeinsame Beteiligung an dem Pelindaba-Reaktorbau-Projekt (s. S...); drittens zum staatlichen ISCOR-Stahlkonzern (ebenfalls über das Reaktorprojekt), der seinerseits mehrere Querverbindungen zur Klöckner-Gruppe aufweist — über deren südafrikanische Niederlassungen sowie über beiderseitige Beteiligungen an der White's Portland Cement Corp.;
- Verbindungen zwischen der ISCOR und der Gutehoffnungshütte (GHH)-Gruppe führen über deren Ableger MAN wieder zur ESCOM, andererseits über die von der GHH und Thyssen beherrschten Hüttenwerke Oberhausen zur Ruhrchemie AG, an der diese mit 33 Prozent beteiligt sind, ebenso wie Mannesmann und die Farbwerke Hoechst; die Ruhrchemie arbeitet zusammen mit dem Frankfurter Unternehmen Lurgi AG (über dessen südafrikanischen Ableger) und einem amerikanischen Unternehmen an der Verwertung von Kohle in der SAR; Hauptabnehmer ihrer Patente ist die staatliche

SASOL, die die größte Kohleverflüssigungsanlage der Welt unterhält; Lurgi wiederum kooperiert auch mit der Highveld Vanadium Steel Corp.;

- die DEMAG hat in der SAR zwei Tochtergesellschaften gegründet, deren eine gleichfalls vertraglich mit der Highveld Vanadium Steel zusammenarbeitet;
- die Gruppe der IG-Farben-Nachfolger, deren Verflechtung in der BRD hier nicht erläutert werden braucht, ist mit mehreren Tochtergesellschaften vertreten; Bayer mit der Bayer Pharmaceutical, BASF ebenfalls mit einer Filiale, Hoechst gleich mit mehreren Beteiligungen und Auslandsgründungen; der Bayer-Konzern ist zugleich alleiniger Abnehmer der Rustenberg Chrome Mines, des größten Chrom-Produzenten der Welt;
- hinzu kommen zahlreiche weitere südafrikanische Niederlassungen und Kapitalbeteiligungen deutscher Firmen, wie Linde AG, Thyssen und Varta AG (Quandt-Gruppe).

Namentlich in den vergangenen zwei Jahren nahmen die Neuinvestitionen der westdeutschen Monopolkonzerne erheblich zu, bzw. sind Erweiterungen verschiedener Art geplant. So berichtete die „FAZ“ im vergangenen Jahr mehrfach über Aktivitäten der Gruppen Metallgesellschaft, Hoechst, Demag, Siemens, AEG und Klöckner; Volkswagen erweiterte seine Produktionsanlagen, um nach anderen Ländern des südlichen Afrika zu exportieren; die Nordde. Affinerie erwarb eine Beteiligung an der deutschen Dependence der Otavi-Gruppe, der bundeseigene Salzgitter-Konzern ist mit zwei Tochtergesellschaften in der SAR vertreten, Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) gründete eigens zwei Tochterunternehmen, um die Produktion in Südafrika aufnehmen zu können<sup>110</sup>. Am größten Bewässerungsprojekt des Kontinents, dessen Kosten sich während eines Zeitraums von 30 Jahren auf 450 Mill. Rand belaufen werden, sind gleich acht westdeutsche Firmen beteiligt, unter anderen Krupp, MAN, Rhein Stahl-Union und die Didier-Werke — an denen mit 25 Prozent die Deutsche Bank beteiligt ist<sup>111</sup>.

Abgesehen von den vielfältigen Verflechtungen der Konzerne untereinander nämlich — so etwa der Gruppe DEGUS-SA/Metallgesellschaft über die Duisburger Kupferhütte mit allen drei IG-Farben-Nachfolgern, oder dieser Gruppe mit den Stahlriesen Mannesmann, GHH und Thyssen über die Ruhrchemie bzw. die Hüttenwerke Oberhausen — sind es die drei Großbanken der BRD, in deren Zentralen die Fäden dieser riesigen Industrieagglomerate zusammenlaufen.

Von ihrem Einfluß auch im Südafrika-Geschäft zeugt ihre regelmäßige Beteiligung an Besprechungen wie derjenigen vom 2. November 1967 im Hotel Petersberg bei Bonn zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen südafrikanischem und westdeutschem Monopolkapital. „An diesem Treffen nahmen von deutscher Seite Minister Stoltenberg, Fritz Berg (BDI), der Vertraute von F. J. Strauß (auf dessen Veranlassung dieses Treffen ge-

#### Literatur:

**Amilcar Cabral: „Die Theorie als Waffe — der revolutionäre Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien Afrikas.“** Oberbaumpresse Berlin, 1968.

**INFL, Berlin (Internationales Nachrichten- und Forschungsinstitut): „Der revolutionäre Befreiungskampf in Angola, Guinea-Bissau und Mocambique.“** Oberbaumpress Berlin, 1969.

**Gerard Chaliand: „Bewaffneter Kampf in Afrika“** Trikont-Verlag München.

**Basil Davidson: „Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung“, Rowohlt-Verlag, Reinbeck 1966.**

**Basil Davidson: „Die Revolte in „Portugiesisch-Guinea“ in Trikontinental Nr. 8 Trikont Verlag, München 1969.**

**Eduardo Mondlane: „Mocambique“** Merz-Verlag, Frankfurt 1970.

heimgehalten wurde), Richard Jäger und die Repräsentanten von Krupp, AEG, Siemens, BASF, Bosch, DEMAG, VW, DEGUSSA, Lurgi, Thyssen, Klöckner, Oetker, der Lufthansa, der Rhein Stahlwerke, der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank teil<sup>122</sup>.

Allein die Einwirkungen der Dresdner und der Deutschen Bank — durch Kredite, Aktienanteile etc. — berühren sämtliche Verzweigungen innerhalb des westdeutschen Auslandsinvestitionssystems:

- die Dresdner Bank hält eine 25prozentige Beteiligung an der Metallgesellschaft und bestimmt damit mit der Konzernpolitik der Gruppe Metallges./DEGUSSA; an der AEG ist sie mit 10 Prozent beteiligt, und zur südafrikanischen ESCOM bestehen finanzielle Verbindungen;

- die Deutsche Bank hält einen Anteil der Siemens-Gruppe, und ist mit der DEGUSSA, der Palabora Mining Corp., der ESCOM, der Otavi-Gruppe sowie der Highveld Vanadium Steel durch Kredite verbunden; ähnliche Verbindungen bestehen zum Krupp-Konzern;<sup>113</sup>.

„Zwischen dem deutschen und dem südafrikanischen Kapitalmarkt bestehen enge Beziehungen“, konstatierte der „Monatsbericht“<sup>114</sup>. Sie drücken sich darin aus, daß die Commerzbank, die an den Industrieinvestitionen in wesentlich geringerem Maße beteiligt ist als die Deutsche und die Dresdner, seit 1958 eine Filiale in der SAR unterhält die mittlerweile nicht mehr die einzige ist, und nahezu bei jedem deutsch-südafrikanischen Emissions- und Anleihengeschäft mitgewirkt hat, wie ihr Vorstandsmitglied Paul Lichtenberg betonte<sup>115</sup>. Erst 1968, im Gefolge also des imperialen Aufbruchs des westdeutschen Großkapitals, folgte die Dresdner Bank, während die Deutsche Bank 1969 zusammen mit einem europäischen Konsortium eine Filiale der „European Banks International“ eröffnete. Seither sind beide Großbanken ‚voll‘ im südafrikanischen Kapitalgeschäft vertreten, das bis dato eine Domäne der englischen Barclay's-Bank gewesen war<sup>116</sup>.

Von besonderem Interesse sind freilich in diesem Zusammenhang die Verbindung der drei deutschen Großbanken zu anderen europäischen Unternehmen dieser Branche, nicht nur, was den südafrikanischen Kapitalmarkt betrifft, sondern auch unter Berücksichtigung der Internationalisierung des Kapitals im europäischen Maßstab — letztlich also unter dem Aspekt der „adäquaten“ Antwort auf Amerikas imperialistische ‚Herausforderung‘.

Das erwähnte Konsortium, dem die Deutsche Bank angehört, spielt hier eine zentrale Rolle. Die „European Banks International“ ist ein Zusammenschluß der britischen Midland-Bank, der niederländischen Amsterdam-Rotterdam-Bank, der Société Générale de Banque (Brüssel) und einer italienischen Großbank, der sich die Wahrung europäischer Kapitalinteressen in allen Teilen der Welt zum Ziel gemacht hat. Er ist identisch mit der European-American Banking Corp., die mit einer zweiten ähnlichen Namens die größte europäische Bank auf dem Territorium der USA darstellt<sup>117</sup>. Die oben genannten drei Banken sind neben der Deutschen Bank gleichzeitig vertreten in der „Europäischen Bank für mittelfristigen Kredit“, der daneben noch

**„Wir kennen keine Rassenschranken. Bei aller Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital werden wir von unserem Stil der Humanität nicht abweichen.“**

**Gaetano, Ministerpräsident von Portugal, in „Der Spiegel“ vom 12. 5. 1969.**

u. a. die Banca Commerciale Italiana und die französische Crédit Lyonnais angehören.

Die Deutsche Bank, die belgische Société Générale de Banque und die Banca Commerciale Italiana finden sich auch wieder im „Eurofinance“-Trust, dem außerdem die Crédit Suisse und eine niederländische Bank angehören.

Nicht in direkter Verbindung mit diesen Monopoltrusts steht die Société Financière Européenne, unter deren Mitgliedern sich befinden die Dresdner Bank, die britische Barclay's Bank D.C.O. sowie die Bank of America.

Nimmt man noch die gegenseitige Beteiligung der Banque de Paris et Pays-Bas mit der Anglo-American Corporation hinzu, sowie die enge Kooperation der Anglo-American mit der Deutschen Bank im südafrikanischen Raum, so verwundert es nicht mehr, im Finanzierungs-konsortium des Cabora-Bassa-Projekts, das unter der obersten Leitung des Oppenheimer-Trusts steht, sowohl die Deutsche Bank als auch die Bank of America, die Banca Commerciale Italiana und die Banque de Paris et Pays-Bas wiederzufinden und davon zu hören, daß die „Barclay's Bank DCO eine Nebenrolle zu spielen gedenkt, die ihr um so akzeptabler erscheint, als die Anglo-American Corp. eine ihrer Hauptkundinnen ist und mit dieser Gesellschaft verschiedene ‚personelle Verpflichtungen‘ in Gestalt gemeinsamer Direktoren bestehen (darunter auch Harry Oppenheimer... )“<sup>118</sup>.

## IV

Die Republik Südafrika als Operationsbasis des Imperialismus ist die Hauptmacht der zumal von der BRD in Kollaboration mit Portugal und Rhodesien verfolgten Strategie „des ganze südliche Afrika in der Hand zu behalten und es als Konspirationsbasis gegen die unabhängigen Staaten des Nordens zu benutzen. Neben den Schritten, Malawi, Lesotho, Botswana und Swaziland zu absorbieren, steht die Bedrohung Tansanias und Sambias, zweier Staaten, die heute besonders gefährdet sind“<sup>119</sup>. „Neben die Faschisierung im Inneren treten als weitere Maßnahmen zur Verteidigung der weißen Vorherrschaft:

- a) die militärische Allianz mit Smith und Gaetano zur Bekämpfung der Guerillas im südlichen Afrika,
- b) der Plan, ein ‚südafrikanisches Commonwealth‘ zu schaffen... ,
- c) die noch stärkere Bindung nordamerikanischer und westeuropäischer Interessen an Südafrika...“<sup>120</sup>.

Dieses Konzept fand bereits im NS-Reich begeisterte Unterstützung: „Die südafrikanische Nation hat den politischen Kampf gegen das imperialistische Engländerium(!) gewonnen, jetzt erhebt sie den Anspruch, Afrika südlich des Äquators sei Interessensphäre der Union“<sup>121</sup>. Feinfühlig registrierte man unter deutschen Imperialisten die Bestrebungen der Südafrikaner nach Eigenständigkeit — die westdeutsche Industrie hat diese Erkenntnis nicht vergessen, und kann durch ihre Investitionspolitik der Beteiligungen einen hohen Sympathiequotienten in der SAR verbuchen, im Gegensatz zu den Amerikanern.

Der bereits einmal erwähnte Widerspruch zwischen der vorbehaltlosen Stützung des südafrikanischen Rassismus (der Buren insbesondere), den zumal die westdeutschen Imperialisten praktizieren, und einer größeren Rationalität der wirtschaftlichen und sozialen Organisation dieses Subkontinents, um seine Bevölkerung zu besseren und zahlungsfähigen Konsumenten zu entwickeln bzw. den ‚Arbeitsmarkt‘ voll ausschöpfen zu können, sieht in relativer Einigkeit auf dieser ‚fortschrittlichen‘ Seite die Monopole der SAR (die weitgehend von angelsächsischen Managern geführt werden) und die in längerfristigen Perspektiven denkenden Planer des State Department, der übrigen imperialistischen Mächte sowie expansiv orientierter Industrien.

Prinzipielle Einigkeit besteht zwischen allen dahingehend, daß die ‚Idealforn‘ der Ausbeutung des südafrikanischen Raumes die Fortsetzung der gegenwärtigen Rassismus-Politik wäre. ‚Einsichtige‘ Vertreter der internationalen Großbourgeoisie jedoch weisen auf die Schwierigkeiten hin, die sich daraus ergäben:

- a) im Verhältnis zu den ‚unabhängigen‘ Nationen der ‚Dritten Welt‘, weil diese sich nicht permanent mit verbalen Regierungsprotesten gegen den Rassismus abfüttern ließen, während kaum weniger offen die wirtschaftlichen Beziehungen verstärkt werden; schließlich will man diese Nationen als zukünftige Märkte erschließen bzw. ihnen im Rahmen der sog. ‚internationalen Arbeitsteilung‘ einen Helotenstatus zuweisen, der sie auf Dauer zu Rohstofflieferanten, Fertigmern von gewerblichen Waren und Vorprodukten verurteilt, um so ihre Kaufkraft gerade so weit zu erhöhen, daß sie als Abnehmer der Industrieprodukte aus den hochindustrialisierten Ländern in Frage kommen;
- b) für die Situation auf dem südafrikanischen ‚Arbeitsmarkt‘ selbst, weil die Verknappung der Arbeitskraft zu ernsthaften Rückschlägen in der Vergrößerung des Produktionsvolumens führen könnte;
- c) für die künftige Entwicklung des Verhältnisses zu den Schwarzen, die durch eine rigide Unterdrückungspolitik in den politischen Radikalismus gezwungen würden, der dazu führen würde, daß die revoltierenden Schwarzen eines halben Kontinents kurzen Prozeß mit ihren weißen Unterdrückern machen würden, was zur Folge hätte, daß es mit billiger Auslandsproduktion, offenen Märkten und Herrschaft über Rohstoffressourcen vorbei wäre.

Der bereits zitierte George Ball analysiert aus der Sicht des weiterdenkenden Imperialisten sehr richtig, wenn er schreibt: „Wollen wir ... ganz oder teilweise eine Wirtschaft zerstören, auf die heute ein hoher Prozentsatz des Gesamtaufkommens Afrikas entfällt? Geben wir es offen zu: Wir müssen diese Wirtschaft weitgehend zerstören, wenn die Zügel der Macht in Südafrika in einer verbitterten, durch auswärtige Kräfte erzeugten (!) Atmosphäre übernommen würden“<sup>122</sup>.

Das darf auf keinen Fall sein. Genausowenig jedoch darf es sein, daß Südafrikas Bevölkerung sich unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen die ihr genehme Regierung wähle, denn: „Großbritannien hat in Südafrika Investitionen in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar, aus denen es ansehnliche Dividende bekommt ... Dies sind die Realitäten der relativen Machtstellung Südafrikas. ... Es wird Zeit, daß wir uns ruhig fragen: Selbst wenn eine mehrklassige Gesellschaft errichtet werden könnte ... läge das wirklich in unserem oder irgendeines anderen Landes Interesse? Würden wir es gern sehen, wenn die weiße Oberschicht Südafrikas aus dem Land vertrieben würde, da es ziemlich sicher ist, daß, wenn das Prinzip ‚ein Mann! — eine Stimme‘ in Südafrika jemals durchgesetzt würde, alle Weißen bis auf die am wenigsten tüchtigen auswandern würden?“<sup>123</sup>.

Balls und aller anderen modernen Imperialisten Rezept ist daher die Lockerung des ohnedies nur verbalen Drucks auf Südafrika, da diese „Briten und Afrikaander angesichts der weltweiten Beschimpfung“<sup>124</sup> lediglich eint. Weiter: „Anstatt einfallslos an der idyllischen Formel einer mehrklassigen Gesellschaft festzuhalten ... sollten wir nach praktikablen Alternativen Ausschau halten ... Angesichts der Realitäten in der südafrikanischen Situation ist die einzige Politik, die friedlich durchgeführt werden könnte, ohne die Wirtschaft zugrunde zu richten und Südafrika in ein wirtschaftliches Elendsgebiet zu verwandeln (sic), irgendeine Form der Teilung.

Zugegebenermaßen wird das schwierig sein, angesichts der Bedeutung der eingeborenen Bevölkerung als Arbeitskraftreserve.“ Aber: „Die südafrikanische Regierung ist durch die Schaffung besonderer Gebiete (Bantustans), in denen die farbige Bevölkerung halbautonom sein soll, vorangegangen. Und wir sollten, während das Schema in seiner gegenwärtigen Form zu halberzig und eng gestaltet ist, es nicht von der Hand weisen, sondern die Regierung in jeder Weise bestärken, ihre einmal erklärten Ziele dadurch zu verwirklichen, daß sie die Bantustans großzügig erweitert und sie wirtschaftlich entwicklungsfähig macht“<sup>125</sup>.

Mit anderen Worten: es würde nicht im geringsten eine Verletzung des Grundprinzips der Südafrikaner bedeuten, daß es zwischen Farbigen und Weißen keine Gleichberechtigung geben könne, wenn man sozusagen als verkleinertes Modell der ‚internationalen Arbeitsteilung‘ (vgl. weiter oben) diese Bantustans bis zu einem gewissen Grade wirtschaftlich entwickelte — und so Konsumenten schaffe, zugleich aber diese Ableger des Systems ebenfalls kapitalistisch organisierte und sie weiterhin als Arbeitskräftereservoir ausnutzte, was kein Problem ist, da allein die territoriale Ausdehnung der Stans es nicht erlaubt, in ihnen etwa Industrien zu entwickeln, die sämtliche Arbeitskräfte aufzunehmen vermöchten.

Daß im übrigen diese Strategie nahezu identisch ist mit segregationistischen Lösungsmodellen für das Problem der Schwarzen in den USA — apartheidliche Entwicklung auf kapitalistischer Basis — spricht nur für den Entwicklungsstand, den die moderne imperialistische Globalstrategie mittlerweile erreicht hat<sup>126</sup>.

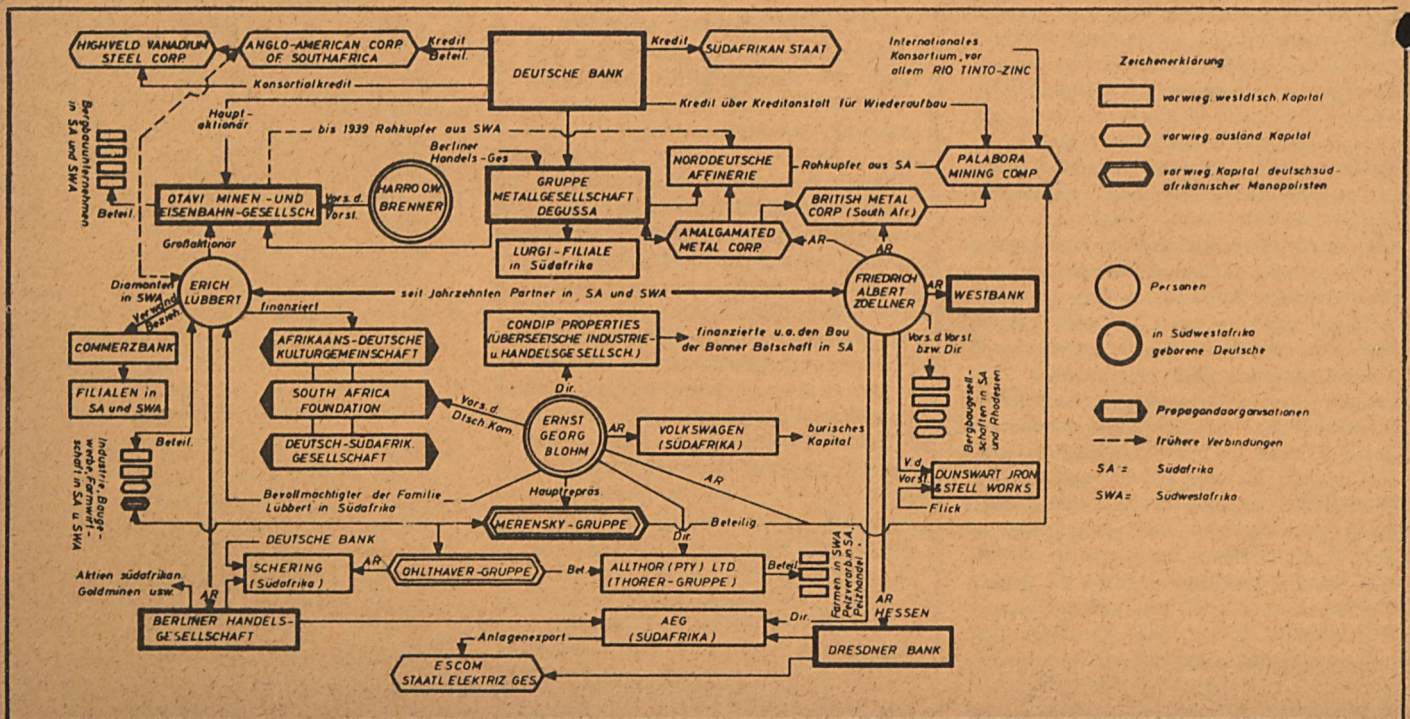
Daß Interessendivergenzen zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Strategen und Lobbyisten des Imperialismus bestehen, wird freilich aus der Methode ersichtlich, die Ball vorschlägt, um

die SAR zu den notwendigen ‚Reformen‘ zu veranlassen: „... die einzige Möglichkeit, sich mit dem Problem Südafrika auseinanderzusetzen, (ist) ... das Land so intensiv wie möglich den sich entfaltenden sozialen Ideen des Westens“ auszusetzen. „Wir sollten mit anderen Worten alle nur möglichen Mittel anwenden, um Südafrika in den Strom westlicher Kultur zu stoßen ... Wir sollten alle nur möglichen Gelegenheiten zur Kommunikation öffnen ... und zwar durch kulturellen Austausch, Geschäftskontakte, wissenschaftliche Zusammenarbeit und ausgedehnten Tourismus. Wir sollten mehr und mehr diplomatische Diskussionen, gegenseitige Besuche auf hoher Ebene, ernste und tiefgehende Gespräche über Südafrikas Probleme herbeiführen ...“<sup>127</sup>.

Während also für Ball sich eine Diskrepanz zwischen den modernen Herrschaftsmechanismen des Großkapitals und der ‚rückständigen‘ Politik der südafrikanischen Herrscherklasse abzeichnet, — und er damit zugleich das weitverbreitete Unbehagen ‚westlicher‘ Imperialisten artikuliert, die auf ein gewisses Maß an Imagepflege bedacht sind — bestrebt sich für den gaullistischen Abgeordneten Roux noch die Identität zwischen der Praxis der südafrikanischen Klassengesellschaft und der westlichen Ideologie: „Diese Republik gehört zur westlichen Kultur“<sup>128</sup>. Seine Naivität verriet zugleich einiges über das Wesen ‚westlicher Kultur‘; nicht weniger offener formuliert freilich auch Ball mit seinen zitierten Vorschlägen die Aufweichungsstrategie des Imperialismus gegenüber den sozialistischen Ländern.

Solcher Überlegungen unbeschadet zielt die Strategie des europäisch-(deutsch-)südafrikanischen Imperialismus auf die Schaffung eines Staatensystems ab, das sich der Einfachheit halber in drei Kategorien einteilen läßt:

a) Die Heloten, also Arbeitskräfte- und Rohstofflieferanten, zugleich eine Art vorgeschobene Sicherheitszone gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen, die sich



in vollständiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Hauptmacht SAR befinden; zu diesen gehören: Lesotho und Swaziland (Ngwane), die sich innerhalb des Territoriums der SAR befinden (1), Botswana, eingeschlossen zwischen SAR, dem von dieser okkupierten Südwestafrika, Angola und Rhodesien, sowie Malawi, das sich dem Druck seiner rassistischen Nachbarn nicht mehr zu entziehen vermag und die Flucht in die bedingungslose Kollaboration antrat;

- b) die Verbündeten, zu denen einmal das wie die SAR als ‚Siedlerkolonie‘ zu bezeichnende Rhodesien des Ian Smith zählt, und zum anderen — getreu dem portugiesischen Anspruch — dessen sog. ‚Überseeprovinzen‘ Angola und Mozambique, deren letztere im Zusammenhang mit dem Cabora-Bassa-Projekt offensichtlich auch zur ‚Siedlerkolonie‘ entwickelt werden soll; daß dahinter nach wie vor Lissabon und die Allianz BRD-Portugal stehen, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden;
- c) Schließlich die unabhängigen Staaten Sambia (mit seinen gewaltigen Kupfervorkommen und weiteren wichtigen Bodenschätzen) und Tansania, das zwar keine bedeutenden Bodenschätze besitzt, aber zusammen mit der Republik Kongo (Kinshasa) diesen Großraum zum Äquator hin abrunden würde; zur Republik Kongo, in der der vom US-Kapital gestützte Mobutu den Sieg über die europäischen Interessen verteidigenden Machtgruppen Tschombes und anderer davontrug, ‚verbessert bezeichnenderweise auch das deutsche Monopolkapital seit einiger Zeit seine Beziehungen: Mobutus Visite in Bonn und eine spürbare Anlagefreudigkeit westdeutscher Unternehmen weisen auf eine zunehmende Flexibilität der weitgehend noch auf imperiale Gloriole bedachten bundesdeutschen Großkapitalisten hin; Sambia und Tansania indessen versuchen beharrlich sich dem Zugriff des Imperialismus zu entziehen und stellen insofern noch ein Problem für den südafrikanischen Expansionismus dar.

Über den Grad der Beziehung westdeutscher Imperialisten und ihrer südafrikanischen Partner zueinander gibt eine dpa-Meldung Auskunft: „Die schwarze Widerstandsorganisation ‚Südwestafrikanische Nationale Vereinigte Front‘ ... erklärte (in einem an UN-Journalisten in New York verteilten Flugblatt), die Deutschen seien heute die ‚unerbittlichsten Blutsauger‘ der afrikanischen Arbeiter in Südwestafrika sowie das Rückgrat der südafrikanischen Apartheidspolitik und ‚aller ihrer Schrecken‘<sup>120</sup>. Namibia, wie SWA von den Befreiungsbewegungen genannt wird, befindet sich vollständig im Griff südafrikanischer und internationaler Konzerne. Der (deutschstämmige) Bürgermeister von Windhuk, der Hauptstadt Namibias, der den Namen eines kaiserlichen Generals trägt, J.B. von Prittwitz und Gaffron, äußerte angesichts der reichen, erst in neuerer Zeit abgebauten Eisen-, Kohle- und Uranvorkommen: „Alle großen internationalen Firmen sitzen hier in Windhoek. Goldmining und DeBeers, Oppenheimer und Anglovaal, Federal Mainbow und Anglo-American, Highfield Steel, Bethlehem Steel, Rio Tinto und viele andere mehr“<sup>120</sup>.

„Vorausmannschaften amerikanischer Konzerne ... suchen nach Öl, Gesellschaften aus dem südafrikanischen Witwatersrandgebiet haben Konzessionen erworben, um nach Kupfer zu suchen<sup>121</sup>. Unter den Firmen aus den USA, Kanada und Großbritannien, die in Namibia investiert haben, ist freilich Harry Oppenheimers Consolidated Diamond Mines of S.W.A. Ltd. die mit Abstand mächtigste Gruppe; sie beutet im Süden Namibias eines der größten Diamantenvorkommen der Welt aus.

Während die SAR Namibia offen als Provinz annektiert hat, genießen Botswana, Lesotho und Swaziland (Ngwane) formell wenigstens den Status unabhängiger Nationen. Alle drei freilich sind durch eine Zollunion

**„Ein positives Deutschlandbild (braucht) in Südafrika gar nicht ‚verkauft‘ zu werden. Es ist seit langem vorhanden und wurde lediglich durch zwei Weltkriege belastet, ohne in dessen an Substanz zu verlieren“ ... Für die Südafrikaner „sind deutsche geschichtliche Perioden wie das Kaiserreich und auch das Dritte Reich in angenehmer Erinnerung“ ... „Heute sind es VW, Mercedes-Stern und Fotoapparate, die das deutsche Image prägen.“**

Aus „Zum Deutschlandbild in Südafrika“ zit. nach „Handelsblatt“ v. 28./29. 8. 1970

an die Republik gebunden, überdies gilt in allen dreien die Währung der SAR.

Der Kapitalverkehr in Swazi wie in Ngwane wickelt sich fast ausschließlich über Fimialen der Barclay's Bank DCO und der Standard Bank of South Afrika Ltd. ab. Weder Bodenschätze noch Industrie sind in nennenswertem Umfang vorhanden, das einzige größere Projekt in Swazi ist die Swaziland Iron Ore Development Co., eine Tochtergesellschaft der Anglo-American Corporation.

Nur geringfügig anders ist die Situation in Botswana. Auch hier beherrschen die vorgenannten zwei Banken den Kapitalverkehr; die Ausbeutung seiner Mineralienvorkommen wird von südafrikanischen und rhodesischen Firmen durchgeführt. Die Abhängigkeit Botswanas von seinen rassistischen Nachbarn geht so weit (trotz der Entdeckung neuer Diamanten-, Kupfer- und Nickelvorkommen),

daß „Staatspräsident Seretse Khama am 28. März (dieses Jahres) erklärte, Botswana sei in seinem Außenhandel so stark von Rhodesien und Südafrika (!) abhängig, daß es sich nicht leisten könne, die UN-Sanktionen (gegen Rhodesien) zu befolgen“<sup>122</sup>. Drei Ereignisse der letzten Monate lassen erkennen, welchen Pressionen Botswana sich seitens Südafrikas und Rhodesiens ausgesetzt sieht:

- Auf die Ankündigung Botswanas, diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnehmen zu wollen, reagierte Pretoria „mit einer handfesten Note“, in der es sich gegen die Einrichtung einer Sowjetbotschaft in Botswana verwahrte;
- „Als Botswana und Zambia ihre gemeinsame, von den USA technisch und finanziell geförderte Absicht bekundeten, eine moderne Fernstraße durch Botswana nach der Sambesi-Fährstelle von Kazungula ... zu bauen, witterte Pretoria einen politischen Ausbruchversuch seines Gefangenen und legte ein unmißverständliches Veto ein. Es gäbe gar keine gemeinsame Grenze zwischen Zambia und Botswana ...
- Als Botswana demonstrativ auf dem ... Projekt bestand, sagte — scheinbar beiläufig — der rhodesische Verkehrsminister ... man sei dabei, eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Rhodesien und Südafrika zu planen. (Bisher läuft die einzige Bahnstrecke nach Südafrika — heute eine lebensnotwendige Verbindung — durch Botswana.) Das war nichts anderes als eine an Botswana gerichtete Drohung mit der Stilllegung der einzigen Bahnstrecke Botswanas, die nämlich den Rhodesiern gehört und von Rhodesiern betrieben wird“<sup>123</sup>.

Malawi schließlich, das zu den ärmsten Staaten Afrikas gehört, begab sich notgedrungen frühzeitig in die Abhängigkeit Südafrikas und Rhodesiens, symbolisiert dadurch, daß es als erster schwarzafrikanischer Staat Beziehungen zur SAR aufnahm und mit dem boykottierten Rhodesien handelt: „90 000 Malawier ernähren sich und ihre daheim gebliebenen Gastarbeiter in Südafrika, 200 000 arbeiten in Rhodesien“<sup>124</sup>. Der Staatshaushalt des Landes wird von Großbritannien subventioniert, weitere Kredite stellen portugiesische Banken zur Verfügung, so für den Bau eines Autobahnteilstückes von Blantyre in Malawi über Mozambique und Rhodesien nach Kapstadt. Es war dies der „erste Kredit, den Portugal an ein unabhängiges afrikanisches Land vergibt“<sup>125</sup>, ebenfalls mit portugiesischer Beteiligung entsteht eine Handelsbank in Malawi. „In Pretoria lieb sich (Staatschef Hastings Banda) Geld für den Bau seiner neuen Hauptstadt Lilongwe und eines modernen Flugplatzes ... Im Mai (1970) empfing er sogar Südafrikas Premier Johannes Vorster in Malawi“<sup>126</sup>.

Ein Finanzierungsprojekt geriet in Dimensionen, die denen des Cabora-Bassa-Staudammes entfernt ähnlich sind: der Bau einer Bahnlinie von Malawi zum Hafen in Mozambique, der ausgebaut werden soll; finanziert von der South African Industrial Development Corp. (IDA) — die auch den Bau von Cabora Bassa betrieb — und von Portugal, wird der Bau durchgeführt von der größten Baufirma des afrikanischen Kontinents, der

Roberts Construction Co., Johannesburg, dem Rüstungskonzern Dorman-Long und einigen weiteren südafrikanischen Firmen<sup>137</sup>.

Letzte Konsequenz solcher Interessenverflechtungen und Abhängigkeiten: Vor dem Parlament erklärte Banda am 23. April dieses Jahres, „die OAU solle aufhören, sich die Ansichten berufsmäßiger Exilpolitiker (über die SAR und Rhodesien) zu eigen zu machen“<sup>138</sup>.

Der natürliche Partner der südafrikanischen Politik — sowie damit der westdeutschen und der portugiesischen — ist das rassistische Regime Smith Rhodesiens, oder, wie es von den Mitgliedern der Widerstandsbewegung genannt wird, Zimbabwes.

Von der Bevölkerungsstruktur her der SAR sehr ähnlich, vom gleichen messianistischen Rassismus geprägt<sup>139</sup>, und als bedeutender Produzent von Kupfer, Gold, Asbest und Zinn, bietet es sich geradezu an als ein Hauptglied der angestrebten südafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft. Welche Rolle es in diesem Konzept spielt, geht aus den engen Handelsbeziehungen hervor, die es mit der BRD zum einen, mit ihrem Verbündeten Südafrika zum anderen (freilich auch untereinander) verbindet.

Trotz des UN-Embargos gegen das Regime in Salisbury erhöhte sich die Ausfuhr der BRD nach Zimbabwe von 1967 auf 1968 von 50,4 auf 52,7 Millionen DM<sup>140</sup>, die Einfuhren aus der Republik sanken dagegen von rund 64 auf 53,2 Millionen. Während sich indessen die Importe der BRD nach Zimbabwe zum größten Teil direkt abwickelten (!), war das Smith-Regime — der Form halber gewissermaßen — gezwungen, den weitaus größten Teil seiner Ausfuhren über Drittländer gehen zu lassen, vornehmlich über die SAR. Ganze 6,4 Millionen DM bezahlten bundesdeutsche Importeure für direkt aus Zimbabwe gelieferte Güter, der ‚Rest‘ ging über Portugal und Südafrika<sup>141</sup>.

Der Handel zwischen BRD und Rhodesien lief so gut, daß einer Dokumentation zufolge die BRD „im Export Rhodesiens von der dritten Stelle im Jahre 1965 auf die erste . . . 1966 und im Import Rhodesiens von der fünften Stelle im Jahre 1965 auf die erste im Jahre 1966“ rückte<sup>142</sup>. Dieser rege Handel spielte sich ab, während die Bundesregierung offiziell sich der Einhaltung der von der UN beschlossenen Sanktionen anschloß.

Wie diese Sanktionen eingehalten wurden, zeigt folgendes Zitat: „Trotz der Sanktionen erlebte Rhodesien im letzten Jahr (1969) den ‚bisher größten Boom seiner Geschichte‘ (U.S. News & World Report)“<sup>143</sup>.

„Die Methode, mit der die Weißen im südlichen Afrika die UNO-Blockade durchbrechen, ist einfach: Tabakballen, Chrom oder Eisenerze aus Rhodesien werden als südafrikanische oder portugiesische Produkte getarnt und via Durban oder Laurencos Marques verschifft. Rund 85 Prozent der rhodesischen Ausfuhren gehen heute in oder über die beiden befreundeten Nachbarländer — 1965 waren es nur 26 Prozent. Auf dem gleichen Wege beschaffen sich die Rhodesier nahezu alles, was sie benötigen. . .

England ist das einzige Land, das die Rhodesien-Sanktionen nahezu lückenlos einhält — zum Schaden der englischen Wirtschaft: Von 1965 bis 1968 sanken die englischen Ex-

porte nach Rhodesien um 98 Prozent. Deutschlands Industrielle hingegen nutzten die Chance: Sie verkauften 1968 in Rhodesien 35 Prozent mehr als 1965“<sup>144</sup>.

Entsprechend der Stellung, die Südafrika im Außenhandel Rhodesiens einnimmt, ist ihre Kooperation auf anderen Gebieten:

Gegenwärtig untersuchen beide Staaten gemeinsam „die Möglichkeiten zur Errichtung eines größeren Staudammes am Limpopopfluß“<sup>145</sup>, ein Projekt mithin ähnlich dem von Cabora Bassa und Kariba, mit dessen Hilfe Rhodesien sogar in die Lage versetzt wurde, Sambia, das von den Elektrizitätslieferungen dieses Kraftwerkes am Sambesi abhängig ist, unter Druck zu setzen: „Die Schalthebel der Kariba-Kraftwerke liegen nämlich alle auf dem rhodesischen Ufer“<sup>146</sup>. Gemäß der Wichtigkeit Zimbabwes mit seiner langen Grenze zum unabhängigen Sambia, hat die SAR ihre militärische ‚Verteidigungslinie‘ gegen die verschiedenen Befreiungsbewegungen bis ins Territorium des von einer weißen Minderheit regierten Rassenstaats verlegt: „Faktisch entsendet die Republik mit Duldung Großbritanniens . . . große Truppenkontingente nach Rhodesien, seit dort Partisanenaktionen begonnen haben. Unlängst gab der südafrikanische Polizeiminister Müller im Parlament, . . . zu, daß die Republik Südafrika neue Verstärkungen nach Zimbabwe geschickt hat, unter anderem Polizeieinheiten mit Spezialausbildung in ein Gebiet, das in unmittelbarer Nähe der Grenze zum freien Sambia liegt“<sup>147</sup>.

Das Engagement der BRD in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique — etwa die Ausbeutung der reichen Erzlager von Cassinga in Angola durch Krupp — soll hier nicht weiter erörtert werden. Einige Angaben sollen vielmehr verdeutlichen, in welchem Maße Südafrika — und damit auch wieder das deutsche Monopolkapital — in den beiden Kolonien investiert hat bzw. zu investieren beabsichtigt. So ist ein südafrikanisches Konsortium unter Führung der General Mining and Finance Corporation mit 25 Prozent an einem Unternehmen in Angola beteiligt, das große Ölkonzessionen zwischen Lobito und Luanda besitzt<sup>148</sup>. Die Diamantenausbeutung liegt bei einem Monopol, der DIAMANG, einer portugiesischen Tochter der Anglo-American Corporation<sup>149</sup>. Mozambique hat für die SAR seit langem große Bedeutung, da über den Hafen Laurencos Marques ein großer Teil der südafrikanischen Ex- und Importe abgewickelt werden. Eine Vereinbarung mit der Regierung von Mozambique besagt, daß rund 47 Prozent der für die Industriezentren Witwatersrand, Vereeniging und Pretoria bestimmten Importe über diesen Hafen geleitet werden müssen<sup>150</sup>. Überdies wurde noch 1939 das Territorium des zweiten großen Hafens der Kolonie, Beira, von der Companhia Mozambique verwaltet, die ihrerseits „wieder finanziell stark von der South Africa Company und damit britischen Hintermännern abhängt“<sup>151</sup>. Von Mozambiques drei Banken „ist nur eine portugiesisch . . . die anderen sind die Barclay Bank und die Standard Bank of South Africa“<sup>152</sup>. Das bei weitem umfangreichste Projekt südafrikanischer Auslandsinteressen ist der Bau des Cabora-Bassa-Staudammes. Idee, Produktion, Regie und Finanzierung liegen sozusagen bei südafrikanischen Großunternehmen.

Treibende Kraft zum Bau war das südafrikanische Bedürfnis nach mehr Elektrizität zum Ausbau des Transvaaler Industriegebietes. Demgemäß gerät Cabora Bassa derart gigantisch, daß allein die südafrikanische Garantie 70 Prozent des Stroms auf viele Jahre abzunehmen es rechtfertigt bzw. ermöglicht. Überdies sind mit dem umfangreichen Vertragswerk zwischen Portugal und der südafrikanischen Regierung bzw. südafrikanischen Konzernen weitreichende Rohstoffausbeutungsinteressen verbunden.

Die Finanzierung des Projekts liegt in großem Ausmaße bei der südafrikanischen Industrial Development Corporation (staatlich) sowie bei der SAR, die mit großzügigen Krediten einspringt.

Die Ausführung wird von der Anglo-American Corp., vertreten durch ihre südafrikanische Tochtergesellschaft ITA Limited, geleitet; an südafrikanischen Unternehmen sind die V.P.C. Ltd., die Powerlines Ltd. und die Shaft Sinkers Ltd. beteiligt; die Konzession für die Stromabnahme erwarb die staatliche ESCOM<sup>153</sup>.

Daß indessen die Interessen sehr viel weiter gehen, wird aus der geplanten Besiedlung der Cabora Bassa umgebenden Gebiete deutlich sowie aus den Konzessionen, die zahlreiche Unternehmen, darunter auch südafrikanische, für die Ausbeutung von Bodenschätzen erwarben. Wichtigster Vertreter ist hier die Johannesburg Consolidated Investment Co. Ltd., die „beispielsweise die Genehmigung (erhielt) für die Errichtung einer Gesellschaft zur Prospektion und Ausbeutung aller Mineralien mit Ausnahme von Öl und Erdgas im Gebiet von Cabora Bassa bis zur rund 250 km entfernten Grenze zu Sambia und Malawi“<sup>154</sup>.

Auch Rhodesiens Regime bekundete Interesse an Stromlieferungen von Cabora Bassa, „was auch den Bau von Überlandleitungen auf rhodesischem Gebiet voraussetzt“. Überdies könne man dann auf die geplanten Investitionen in die Erweiterung von Kariba verzichten — von dem Sambia weitgehend abhängig ist, und der schon mehrfach Objekt von Anschlägen der Widerstandsgruppe war<sup>155</sup>.

Die Bedeutung des gesamten Projekts für den südafrikanischen Traum vom Commonwealth südlich des Äquators veranlaßte die Londoner ‚Financial Times‘ zu der Prognose, „daß die Regierung in Pretoria (sich) bei den geringsten Anzeichen einer Störung wahrscheinlich einschalten werde, um ihre eigenen Interessen und nebenbei auch die Portugals zu wahren“. Und selbst die FAZ meint, daß für den Fall, daß die portugiesischen Streitkräfte allein nicht in der Lage sind, Cabora Bassa und die 1400 Kilometer langen Überlandleitungen gegen die FRELIMO zu schützen, sich eines Tages auch südafrikanische Truppen an der ‚Jagd auf Partisanen‘ beteiligen könnten“<sup>156</sup>.

Zusammen mit den sich anschließenden Projekten — so der Schiffbarmachung des Sambesi bis zur Stadt Tete und dem Bau eines künstlichen Hafens mit dem Namen Cuama an der Mündung, zusammen mit einer Eisenbahnverbindung — ist Cabora Bassa freilich auch geplant als Köder für das sich noch immer nicht geschlagen gebende Sambia: die Eisenbahnverbindung wäre geeignet für dessen Kupfertransporte, die bislang ohnedies über



Beira exportiert wurden, und böte damit „eine Alternative zur geplanten Eisenbahnverbindung zwischen Lusaka (der Hauptstadt Sambias) und Dar-es-Salaam (dem Hafen in Tansania)“<sup>157</sup>. Oder, wie in einem Prospekt der Firma Hochtief — Commerzbank/AEG/RWE-Gruppe —, die am Bau von Cabora Bassa beteiligt ist: „Entscheidend wird letztlich sein, wer hier den Wettlauf gewinnt: die wirtschaftliche Ausstrahlungskraft Cabora Bassas oder die reine politische (!) des Bahnbaues der Chinesen“<sup>158</sup>.

Währenddessen bereiten die SAR und Portugal bereits ein weiteres Projekt vor, das zwar nicht solche Dimensionen annehmen dürfte wie Cabora Bassa, dessen Wichtigkeit aber beträchtlich ist für die wirtschaftliche Ausbeutung sowie für die bevölkerungspolitische und militärische Absicherung Südwestafrikas und Angolas. Im sogenannten Caprivi-Streifen, der sich wie ein Riegel von SWA zwischen Botsana und Sambia legt, soll am Kunene-Grenzfluß nach Angola ein Staudamm-Komplex entstehen, der eines Tages Südwestafrika mit Strom versorgen und die Bewässerung großer Gebiete sicherstellen soll<sup>159</sup>. Damit rückt auch der Norden von SWA in die Kategorie von Siedlerkolonien auf — eine Absicht, die den Neokolonialisten in Pretoria und Lissabon nicht fern gelegen haben dürfte.

Angesichts so gedeihlicher Beziehungen wie denen zu Rhodesien, Malawi und den portugiesischen Kolonien nehmen sich die nördlichen Anliegerstaaten an das südafrikanische Imperium sehr hartnäckig aus.

„So verstaatlichte Tansania ... (im März 1970) fast den gesamten Ein- und Ausfuhrhandel. Sambia ... übernahm innerhalb der letzten zwei Jahre 51 Prozent des Kapitals von Schlüsselunternehmen des Landes, wie Kupferminen, Sägemühlen, Warenhäuser, Brauereien und einen Zeitungsverlag“<sup>160</sup>. Tansania genießt hierbei noch den relativen Schutz seiner Lage fern von den Metropolen des südafrikanischen Großkapitals und seines geographischen Vorzugs, nur im Süden eine gemeinsame Grenze mit den — zudem aufständischen — Provinzen Mozambiques zu haben. Die Lage Sambias als Binnenland ist im Vergleich wesentlich prekärer: Im Westen eine gemeinsame Grenze mit Angola, von Süden her durch Rhodesien bedroht, im Osten vom Südafrika-Vasallen Malawi abgeschirmt, besteht seine einzige Chance im ‚Ausbruchversuch‘ nach Norden, also nach Tansania hin.

Um der Abhängigkeit von Rhodesien und Mozambique zu entgehen, die darin besteht, daß die Kupferlieferungen des Landes über rhodesische und portugiesische Eisenbahnlinien zum Hafen Beira verfrachtet werden müssen, beteiligt sich Sambia am Bau der 1500 km langen ‚Tan-Sam-Bahn‘ von Dar-es-Salaam bis ins sambische Kupfergebiet. Noch 1968 hatte Rhodesien seine Machtstellung ausgespielt und in einem Streit über ausstehende Transitgebühren die Eisenbahnstrecke für Transporte aus Sambia gesperrt: „Sambia mußte das Kupfer, das 95 Prozent seiner Devisen bringt, per Flugzeug exportieren“<sup>161</sup>. Die geplante Bahnlinie wird von Ingenieuren und Arbeitern der VR China gebaut. „Nur die VR China war auch bereit, das von der Welt-

bank als unrentabel abqualifizierte 1,2-Milliarden-Projekt durch einen zinsfreien Kredit zu finanzieren“<sup>162</sup>.

Dem damit verbundenen politischen Einfluß eines sozialistischen Landes sehen Südafrikas und Europas Monopolstrategen mit ungunstigen Gefühlen zu. Im Konzept ihrer Rundumverteidigung und — nach Möglichkeit — Aufweichung des Sozialismus nimmt Südafrika seit jeher freudig die Stellung einer unerschütterlichen Bastion und eines Brückenkopfes ein. Generell gegen jegliche Befreiungsbewegungen gerichtet, zielt die südafrikanische Strategie vor allem auf die ökonomische Vereinnahmung Sambias und danach auch noch Tansanias, während die Republik Kongo bereits als von den Gnaden vor allem amerikanischer Konzerne abhängig betrachtet werden darf.

**„Man stelle sich vor: Bonn soll mit Rebellen verhandeln, deren erklärtes Ziel es ist, das NATO-Mitglied Portugal, mit dem Bonn offizielle diplomatische Beziehungen unterhält, aus Afrika zu vertreiben. Wer solche Argumente gebraucht, sollte schleunigst einen Kursus über die internationalen politischen Gepflogenheiten besuchen. Oder aber er möge sich nicht mehr darüber aufregen, wenn die amerikanische CIA versucht, mit Hilfe der Opposition in fremden Ländern mißliebige Regierungen zu stürzen.“**

CDU-Gazette „Rheinischer Merkur“ vom 31. 7. 1970 zur Forderung progressiver Kräfte nach Verhandlungen zwischen der Nationalen Befreiungsfront Mosambiques (FRELIMO) und Vertretern der BRD in bezug auf Cabora Bassa.

Ihren Einfluß versucht die SAR vornehmlich durch wirtschaftliche Pressionen geltend zu machen (Sambias Bergbaukapital befindet sich teilweise in südafrikanischen Händen; seit dem Boykott Rhodesiens entwickelte sich die SAR zum größten Handelspartner Sambias<sup>163</sup>, aber auch militärische Aktionen interventionistischen oder infiltrationsähnlichen Charakters gehören zum Instrumentarium des Imperialismus Pretorias).

Mit verbindlichen Wendungen wird die Strategie umschrieben: Zur Abwehr des Kommunismus aus dem Norden(!), so Premierminister Vorster, sei es vonnöten, ein umfassendes Konzept für Südafrika zu realisieren. Deshalb bestehe ein Gemeininteresse zwischen Südafrika und seinen Nachbarn. Südafrika habe „das bestmögliche Verhältnis zu Botswana, Lesotho, Swaziland, Rhodesien und Malawi“, während Südafrikaner und Portugiesen „einander verstehen“. Es werde aber auch die Zeit kommen, „da Sambia und Südafrika einander verstehen werden“<sup>164</sup>. Wie derlei „Verständnis“ aussehen wird, vermag man sich angesichts der bislang von den südafrikanischen Imperialisten praktizierten Politik der Erpressung und Zermürbung leicht auszumalen.

Zugleich nämlich betreibt Portugal eine Politik der permanenten Mißachtung der Souve-

ränität Sambias und Tansanias — ohne Zweifel mit Billigung der SAR. Die Grenze Tansanias wurde oftmals von portugiesischen Truppen vorsätzlich überschritten, und am 11. April 1968 protestierte Sambias Präsident Kaunda gegen „den letzten Bombenangriff auf Sambia“<sup>165</sup>.

Südafrika operiert überdies mit Hilfe von geheimdienstlichen Aktivitäten; so wurden südafrikanische Polizeioffiziere in Sambia verhaftet und ausgewiesen; die südafrikanische Luftwaffe führt — nach US-Muster — Spionageflüge über ihren Nachbarländern durch, und die Regierung richtete einen besonderen Sicherheitsfonds ein für Aktionen, „welche die südafrikanische Presse als ‚CIA-mäßig‘ beschreibt. Das neu eingerichtete Bureau of State Security (BOSS genannt), mit dem hohen Budget von fast 3 Millionen Pfund, wird

in einem Rahmen operieren, der seine Aktionen über die Landesgrenzen hinausgehen läßt“<sup>166</sup>.

Nach dem Juni-Krieg im Nahen Osten 1967 kursierten sogar begründete Spekulationen über eine ähnliche Aktion gegen Sambia und Tansania seitens der SAR. In südafrikanischen Kreisen machte man sich durchaus berechnete Hoffnungen auf die Reaktionsfähigkeit etwa der Vereinten Nationen. Bestärkt wurden Mutmaßungen über ein derartiges Vorhaben durch den Besuch des israelischen Luftwaffenbefehlshabers im Junikrieg, General Mordechai Hod, „von dem Südafrikas oberste Armee- und Luftwaffenoffiziere sich aus erster Hand über Israels Taktiken „im Junikrieg informieren ließen“<sup>167</sup>. Ein solcher Schritt hätte durchaus in der Rason der südafrikanischen Imperialisten gelegen, nachdem die herkömmlichen Mittel — ökonomische Erpressung, Infiltration, politischer Druck — sich als unzureichend erwiesen hatten, was freilich nicht bedeutet, daß die SAR damit ihre aggressiven Absichten aufgegeben hätte; nach wie vor dürften Interventionen oder staatsrechtartige Aktionen, denen schon Regierungen wie die Nkrumahs in Ghana zum Opfer fielen, zum Konzept Pretorias gehören, unter allen Umständen eine von ihm beherrschte südafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen.

Die längerfristigen Absichten der SAR und ihrer Verbündeten in Lissabon und Bonn greifen jedoch weit über diese Perspektive hinaus: Ihnen schwebt eine südatlantisch-pazifische Konzeption vor, die Staaten wie Argentinien, Brasilien und Australien einbeziehen würde, sowohl als Wirtschaftsbandnis als auch in Form einer militärischen Allianz — für die man die auf die nördliche Hemisphäre beschränkte NATO als Partner zu gewinnen sucht, wenngleich dieser Absicht bis zu einem gewissen Grade die ‚klein-südhemisphärische‘ Lösung entgegensteht, die SATO (South Atlantic Treaty Organisation) unter Hegemonie der SAR.

Ein südafrikanisches Staatensystem böte „Märkte für (seine) Waren, Investitionsmöglichkeiten für sein Kapital, und, am bedeutendsten, Pufferstaaten für sein heimisches Apartheidsystem“<sup>168</sup>, mit anderen Worten, namentlich das rassistische Südafrika sieht in einem solchen Konzept, einer Art südafrikanischer ‚Monroe-Doktrin‘ (Minty), die Chance zur Aufrechterhaltung seines Herrschaftssystems.

Konsequent versteht sich die SAR als Bollwerk gegen die drohende Welle der Befreiungsbewegungen, nachdem mit „... Nordrhodesien (Sambia) und vor allem mit Katanga ... gleichsam die letzten Pfeiler einer Mauer gesunken (seien), welche das schwarze West-, Zentral- und Ostafrika vom schwarzweißen südlichen Erdteilsdreieck trennte“<sup>169</sup>. Diesen Damm wieder aufzuschütten, ist die SAR mit allen Kräften bemüht, und Rhodesiens Smith-Regierung assistiert ihr dabei: An Südafrikas Grenzen halten Polizei und Armee „Wacht gegen Terroristen“<sup>170</sup>; „Die Tätigkeit sogenannter ‚Befreiungsbewegungen‘, die von Peking wie aus dem Ostblock organisiert, die Nordgrenzen von Angola und Mozambique beunruhigen, legt den Gedanken an eine gemeinsame Verteidigung nahe“<sup>171</sup>, die längst praktiziert wird: „Mitte 1968 kämpften bereits 500 südafrikanische Soldaten in Angola und Mozambique. In Zimbabwe standen sogar 1500 Soldaten aus der SAR“<sup>172</sup>. Und Rhodesiens Ministerpräsident Ian Smith warnte die Regierung Sambias „vor der Duldung der Aktivität afrikanischer Nationalisten gegen Rhodesien ... Wenn die sambischen Politiker nicht in der Lage seien, die Guerilla-Tätigkeit zu sehen, müsse Rhodesien ihnen vielleicht helfen, die Augen aufzumachen“<sup>173</sup>.

Da die SAR den Befreiungskampf der Afrikaner von der VR China und den sozialistischen Ländern Osteuropas organisiert ansieht, vereint sich hier ihr Vernichtungskampf gegen die Widerstandsgruppen mit ihrem militanten Antikommunismus. Sie bezeichnet sich permanent als „Bollwerk des Westens“<sup>174</sup>, als ‚Bastion der freien Welt‘, wird nicht müde, „die freie Welt ... bedroht“ zu sehen<sup>175</sup>, und weiß sich mit dieser Ideologie einig mit den Vertretern der westlichen Monopole.

Dabei weisen die Propagandisten des südafrikanischen Imperialismus stets geschickt auf die strategisch wichtige Position der Republik für die Handelswege einerseits und im Rahmen militärstrategischer Überlegungen andererseits hin, wobei es einerlei ist, ob man das als gegen die Befreiungsfronten gerichtet auslegt oder, wie immer wieder betont wird, als ihre Funktion in dem durch ‚den Rückzug der Briten östlich von Suez verlassenen

Raum‘. Zur Propagierung solcher Thesen scheuen sich die Propagandisten auch nicht einen Kronzeugen zu Wort kommen zu lassen, der statt als „Major Siegfried Müller“ besser unter dem Namen „Kongo-Müller“ bekannt ist<sup>176</sup>.

Die Hinweise darauf, daß man nach der Sperrung des Suez-Kanals nunmehr 90 Prozent des europäischen Ölverbrauchs den Weg über Südafrika nehmen, wirkte sich schon dahin aus, daß mehrere Schifffahrtslinien auch nach einer eventuellen Wiedereröffnung des Kanals diese Route beizubehalten beabsichtigen<sup>177</sup>. Welch vielseitiger Verwendung Südafrikas Häfen zur Verfügung stehen, machen zwei Bildunterschriften aus dem Bilderblatt „Südafrikanisches Panorama“ deutlich: „bei Flottenmanövern der Westmächte im Indischen und Atlantischen Ozean dient Kapstadt den gigantischen Flugzeugträgern als Basis“, und „Ein amerikanisches Containerschiff in Kapstadt. Bestimmungsort: Vietnam“<sup>178</sup>.

**„Es lohnt sich, den schwarzen Arbeiter zu trainieren. Man darf dem Bantu keine allzu große Fülle von Aufgaben stellen. Der Job darf nicht zu kompliziert sein. Hält man diese Grundsätze ein, dann hat man einen zuverlässigen und aufgeschlossenen Mitarbeiter.“**

Direktor eines Elektro-Konzerns in Südafrika, in „Handelsblatt“ v. 6. 5. 1970

Aus seiner exponierten Stellung schließt die SAR auf die Notwendigkeit der Ausrüstung sowie auf die Zweckmäßigkeit des angestrebten Bündnisses zumindest unter den Staaten des Südatlantik und des südlichen Indischen Ozeans. ‚Kongo-Müller‘: „Die Gefahr ist nicht neu und schon seit einiger Zeit erkannt. Australien und Neuseeland haben Gründe, mit Südafrika ein militärisches Abkommen zu treffen ... Dieser Gedankengang wurde demonstriert, als im vergangenen Dezember südafrikanische Kriegsschiffe zu Freundschaftsbesuchen in Australien auftauchten. Demonstrativ wie dieser Flottenbesuch wird auch der Besuch des südafrikanischen Außenministers Dr. Muller in Brasilien sein ... Solche Verbindungen zu Südamerika werden seit einiger Zeit gepflegt und können auch militärisch einst aktiviert werden“<sup>179</sup>. Gegenseitige Staatsbesuche und Kontakte zwischen Militärs verfestigen die bestehenden Beziehungen, so zu Argentinien und anderen Ländern der südlichen Hemisphäre.

„Ein ... Geheimreport ... (einer Gruppe konservativer Parteimitglieder in London) ... verlangt sogar, Großbritannien müsse mit Südafrika, Argentinien und Brasilien einen

„Regionalpakt zur Verteidigung des südlichen Afrika und der Kap-Route“ abschließen“<sup>180</sup>. Von hier ist es nicht mehr weit zu den von einer „hauptsächlich in Kreisen der NATO“ zirkulierenden Genfer Militärzeitschrift, „International Defence Review“<sup>181</sup> aufgestellten Forderungen nach einer Einbeziehung des südatlantischen Raumes in die NATO-Strategie; hierbei würde Portugal, genauer, seinen kolonialen Besitzungen, die sich ausnahmslos in strategisch wichtigen Positionen befinden, eine wichtige Rolle zufallen<sup>182</sup>. Zwecks Aufwertung seiner Bedeutung ist Portugal dann auch eifrigster Verfechter der Verantwortlichkeit der NATO für die südliche Hemisphäre. Wie dem auch sei, ob also SATO oder NATO plus SATO, die Interessen des südafrikanischen Monopolkapitalismus bürgen dafür, daß die SAR „auch zukünftig an der Seite des Westens zu finden sein (wird), (was) bereits durch die Genehmigung zur Errichtung amerikanisch-bemannter Raketenbasen auf südafrikanischem Boden und zur Benutzung des Marinehafens Simons-town durch britische und andere alliierte Kriegsschiffe bewiesen“ ist<sup>183</sup>.

So viel Verantwortung für den Schutz der ‚freien Welt‘ verlangt natürlich nach entsprechender Ausrüstung. Südafrika ist gerüstet: Es „habe ein solches Maß der militärischen Bereitschaft erreicht, daß die Möglichkeit bestehe, den Import von bestimmten Waffen und Munition zu verbieten, erklärte Verteidigungsminister P. W. Botha ... Es sei ein Stadium erreicht worden, in dem ernsthaft zu überlegen sei, ob bestimmte Sorten von Waffen und Munition an befreundete Länder geliefert werden sollten“<sup>184</sup>.

Das ist nicht überraschend, nachdem schon 1939 im Dritten Reich voll Genugtuung festgestellt wurde: „Auf der Basis der vorhandenen Eisenindustrie und der Explosivstoffanlagen entsteht die nationale Kriegsindustrie ... Es geschieht, um der Südafrikanischen Union die erstrebte Vormachtstellung im südlichen Afrika zu sichern“<sup>185</sup>. Die wesentlichsten Rüstungsanstrengungen unternahm die SAR jedoch erst seit Beginn der sechziger Jahre — bezeichnenderweise nach der Beunruhigung durch die schwarze Arbeiterrevolte von Sharpeville und das anschließende Massaker (übrigens nicht das erste) durch Polizeieinheiten: Beginnend mit einem Rüstungsbudget von jährlich 22 Millionen Pfund zu Beginn des Jahrzehnts (etwa 250 Millionen DM), wuchsen die Ausgaben auf schätzungsweise 200 Millionen im Jahre 1969 (etwa 2 Milliarden DM); allein von 1960 bis 1962 stiegen die Ausgaben von 22 auf 60 Millionen Pfund<sup>186</sup>.

Von diesen Geldern profitierte einerseits die südafrikanische Industrie in dem Maße, daß sie selbst zum Großproduzenten werden konnte, andererseits diejenige einiger Staaten, die trotz des Waffenembargos der Vereinten Nationen ihre Waffenlieferungen fortsetzten und sogar zur Koproduktion von Rüstungsmaterial der SAR übergingen.

Ohnehin war das Embargo auch von denjenigen Staaten nicht konsequent befolgt worden, die sich ihm verbal angeschlossen, so von Großbritannien, den USA, Westdeutschland und Belgien: Inoffiziell duldeten sie die „Vermittlung von militärischem Know-how, erlaubten ihren Firmen in südafrikanische

Waffenfirmen zu investieren, und taten nichts dagegen, „daß ihre Bürger übersiedelten, um leitende Posten in diesen Waffenfabriken zu übernehmen“<sup>187</sup>. Gegenüber diesen Tatsachen geraten die Dementis etwa Bonner Regierungsstellen, „die Bundesrepublik habe nicht die Absicht, das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegenüber Südafrika zu umgehen“<sup>188</sup> zu Zynismus.

Als im August 1963 das Waffenembargo gegen die SAR vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen wurde, kommentierte man in Pretoria die Haltung der britischen Regierung — die sich bei der Abstimmung enthalten hatte — beifällig<sup>189</sup>.

Die nachfolgende Labour-Regierung hielt sich wenigstens offiziell an den Embargo-Beschluß — gleichwohl lieferte sie größere Stückzahlen von Kampfflugzeugen verschiedener Art sowie Ersatzteile an die Republik<sup>190</sup>. 1968 erklärte Sir Alec Douglas-Home bereits wieder, daß eine Konservative Regierung die britische Entscheidung für das Embargo revidieren würde; diesen Standpunkt bekräftigte er im Juli 1969 in einem Zeitungsartikel „Warum die Tories Waffen an Südafrika verkaufen werden“<sup>191</sup>. Seine Motivation weicht in keinem Punkt von dem Standpunkt der SAR ab, sie erfülle die Mission einer Schutzmacht über die Seewege um das Kap<sup>192</sup>. Hatte Douglas-Home noch 1963 durchgesetzt, daß ein Passus in die UN-Entschließung aufgenommen wurde, der immerhin zuließ, daß Südafrika „Waffen kaufen (dürfe), die zur Verteidigung gegen äußere Feinde bestimmt sind“<sup>193</sup>, so hatte die im Juni 1970 gewählte konservative Londoner Regierung nichts Eiligeres zu tun als Waffenlieferungen nach der SAR im Werte von „an die zweieinhalb Mio. Mark“ zu beschließen und wieder gemeinsame Flottenmanöver mit der südafrikanischen Kriegsflotte durchzuführen. Bei einer vom Sicherheitsrat am 24. Juli beschlossenen Embargoverschärfung enthielten sich die USA, Frankreich und Großbritannien der Stimme<sup>194</sup>.

Mit gutem Grund, denn erstaunlicherweise liegt die südafrikanische Luftwaffe trotz des Embargos auch amerikanische Maschinen, erhielt sie große Mengen an Munition und zahlreiche Hubschrauber<sup>195</sup>; Frankreich gar kümmerte sich nie um den Sicherheitsratsbeschuß: Es gewann eine fast monopolartige Stellung auf dem südafrikanischen Waffenermarkt; die Republik wurde nach Israel und Belgien zu seinem größten Abnehmer militärischer Güter im Jahre 1968. Die SAR reiht sich damit ein in die Allianz der französischen Kunden wie Spanien, Portugal, Griechenland und Brasilien<sup>196</sup>; für „Kongo-Müller“ ist das Realismus: „Der Stapellauf des südafrikanischen U-Bootes Maria van Riebeck in Nantes dokumentierte General de Gaulles realistisches Denken... Innere Verhältnisse... sollten kein Hinderungsgrund sein, die südliche Flanke der freien Welt zu schützen.“<sup>197</sup>.

Selbstverständlich dienen alle diese Waffenlieferungen lediglich der „äußeren Verteidigung“; durchweg wird behauptet, es handle sich um Waffen, die nicht „zur Verteidigung der Apartheid verwandt werden können“<sup>198</sup>. Angesichts von Hubschraubern und Schützenpanzern, die sowohl die USA wie Frankreich

lieferten, ist das blanker Hohn.

Mit Frankreich gestaltete sich auch die militärische Koproduktion erfolgreich: Gemeinsam entwickelten beide das Crotale-(Kaktus-)Luftabwehrraketensystem; weitere Gebiete der Zusammenarbeit sind Forschungen auf dem Atomwaffenektor. Der Vorsitzende der südafrikanischen Atom-Energie-Behörde, Dr. Roux, eröffnete im Juli 1969, daß „Südafrika auf dem nuklearen Gebiet mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Portugal zusammenarbeite“<sup>199</sup>. Im August 1965, bei der Einweihung des ersten südafrikanischen Atomreaktors hatte der damalige Ministerpräsident Verwoerd geäußert: „Südafrika ist eines der führenden Uran-produzierenden Länder der Welt. Es ist eine Verpflichtung, daß Südafrika nicht nur die militärische Verwendung des Materials bedeckt (!), sondern auch alles in seiner Macht stehende tut, um seinen Gebrauch auf friedliche Vorhaben zu lenken“<sup>200</sup>. Seit 1968 verfügt die SAR auch über ein funktionierendes Raketensystem, für das eine Base im Caprivi-Streifen, der an Sambia grenzt, existiert<sup>201</sup>.

Westdeutschlands Rüstungskonzerne arbeiten zusammen mit südafrikanischen Unternehmen in altbekanntem Metier: „Eine Verlautbarung... der Farbwerke Hoechst AG vom Juli 1969 enthüllte, daß die Firma zusammen mit den SASOL ein gemeinsames Unternehmen in der Nähe von Johannesburg gegründet hat. SASOL arbeitet an der Entwicklung der Giftgase Tabun, Soman und Sarin“<sup>202</sup> — sämtlich Produkte der IG-Farben. 1965 verkündete Verteidigungsminister Fouche, daß Südafrika „von einer westlichen Regierung eine Lizenz erhalten habe in Südafrika eine Bombe des allerneusten Typs zu bauen“ — vermutlich eine Nervengasbombe<sup>203</sup>.

Eine mögliche gegenseitige Ergänzung auf dem Gebiet des Atombombenbaus führte zu ernstzunehmenden Mutmaßungen über deutsch-südafrikanische Kooperationen, bei denen die BRD das Know-how und das Kapital, die SAR das Material lieferte<sup>204</sup>. Lieferabkommen für Uran bestehen zwischen der Nuclear Fuels Corp. und der BRD, der Schweiz und Japan<sup>205</sup>.

Durch eine internationale Kontroverse wurde überdies aufgedeckt, daß der Rio Tinto Konzern, der mit der südafrikanischen Industrial Development Corporation ein Abkommen geschlossen hatte, in Südwestafrika Uranvorkommen auszubeuten, außerdem einen „langfristigen Vertrag mit dem euro-

... Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe soll in erster Linie dem Aufbau einer gesunden Infrastruktur in den Empfängerländern dienen, die auch den zivilen Bedürfnissen entgegenkommen. Daher soll auch fortan das Wort ‚militärisch‘ nicht mehr im Zusammenhang mit der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe gebraucht werden.“

Bericht des Auswärtigen Ausschusses des Westdeutschen Bundestages zu Verschleierungsbegriffen für Militärhilfe in FAZ v. 22. 6. 1968.

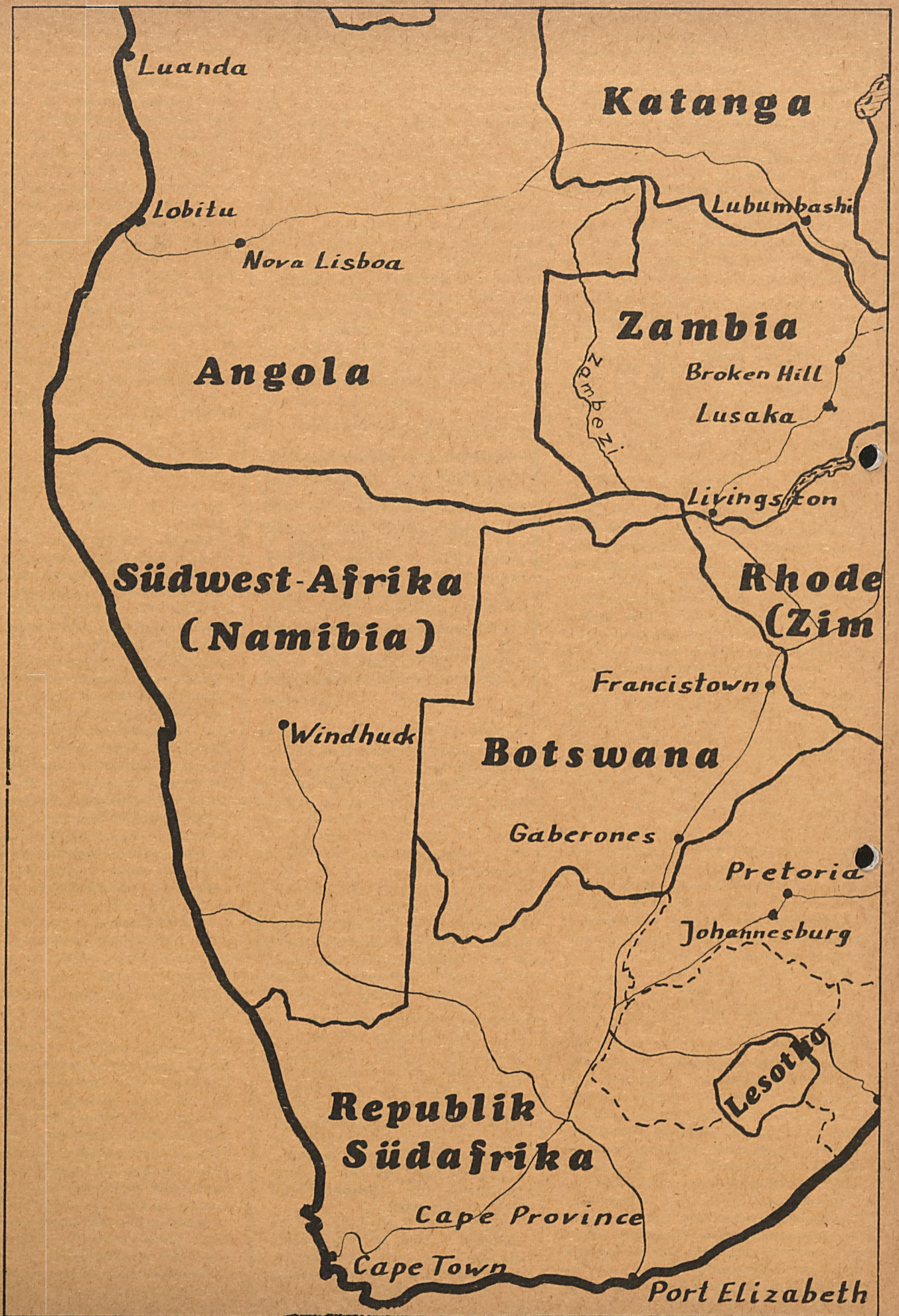
päischen Konsortium Urangesellschaft über Lieferungen an die europäische Atomenergiebehörde abgeschlossen (hat). Die Urangesellschaft wird laut „Observer“ zum Teil von der deutschen Bundesregierung finanziert“<sup>206</sup>. Eine weitere Meldung der „Frankfurter Rundschau“ sprach bereits von der anlaufenden Diskussion über Bundeskredite für den Abbau von Uran in Südafrika, Angola und Mozambique<sup>207</sup>. Offensichtlich ist zumindest der Versuch der BRD und ihrer Großkonzerne sich von der Vormundschaft der USA freizumachen und sich aus eigenen Quellen mit Uran zu versorgen — Bestandteil der vom BMWI propagierten Strategie der Rohstoffquellensicherung. Daß im Hintergrund nach wie vor der Großmachttraum von der deutschen Atomwaffe steht, die auf bundesdeutschem Gebiet nicht produziert werden darf, macht auch die Meldung glaubwürdig, daß Bonn und Pretoria sich „in einem Geheimabkommen über atomare und militärische Zusammenarbeit“ geeinigt haben sollen<sup>208</sup>.

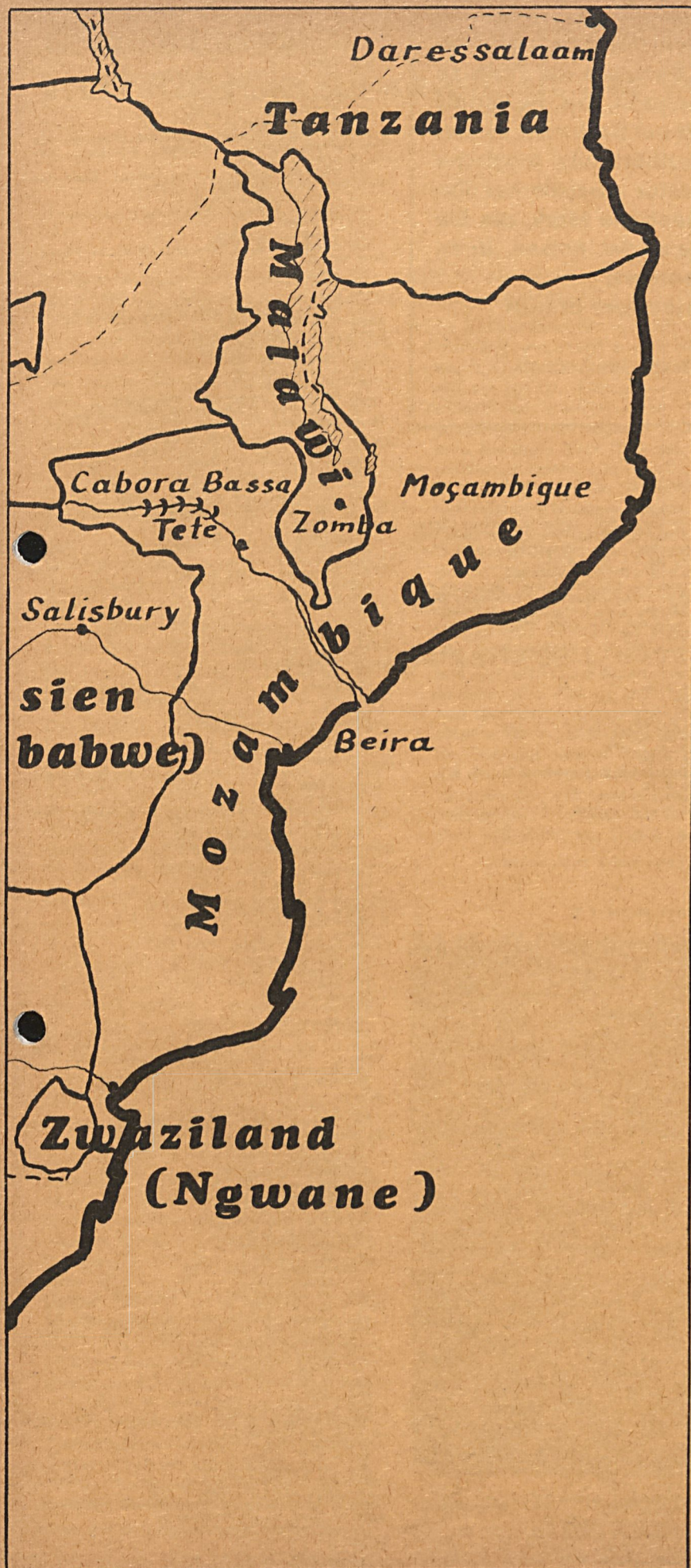
## V

Südafrika ist das Herzstück der europäischen imperialistischen Strategie im süd-atlantischen Raum. Sowohl militärisch als auch wirtschaftlich ist es der mächtigste Staat in diesem Teil der Welt und daher prädestiniert als eine Art Gendarm über die Stabilität des politischen Verhältnisses dort zu wachen sowie als Operationsbasis zu dienen für die Expansion der internationalen Monopole. Hinzu kommt seine Funktion als wichtiger Rohstofflieferant und billiges Produktionsland. Das Konzept der südafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie das Militärbündnis entweder allein auf der Basis der südlichen Staaten Australien, Neuseeland, Argentinien, Brasilien und Rhodesien oder zusammen mit der NATO soll der Konsolidierung des durch Kapitalinvestitionen und Marktinteressen geschaffenen Systems dienen. Dabei nimmt die SAR seine durchaus eigenständige Rolle ein, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß sie sich von einem Kapitalimportland zu einem Kapitalexportland entwickelt hat<sup>209</sup>.

Die europäischen Machtgruppen unter Führung der BRD vertreten Interessen in der südlichen Hemisphäre, namentlich in Südafrika, die nicht ohne Konflikte bleiben können.

Ein von der offiziellen Politik und weitgehenden gemeinsamen Interessen kaschierter Gegensatz existiert zwischen Portugal und der SAR. Portugal ist auf Gedeih und Verderb von seinen Kolonien abhängig, also bestrebt, diese mit allen Mitteln zu erhalten. Dem gegenüber steht der südafrikanische Hegemonialanspruch über Südafrika, manifestiert in seinen von den westeuropäischen Kapitalgruppen gebilligten Plänen eines südafrikanischen Commonwealth sowie einer südatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Der südafrikanische Einfluß auf die portugiesischen Kolonien ist ebenfalls bereits übermächtig — Folge seiner wirtschaftlichen Machtstellung und der Abhängigkeit auch





Portugals von der SAR in dieser Region. Die SAR droht nun die portugiesischen Kolonien völlig zu vereinnahmen — wirtschaftlich durch Investitionen usw. — darüber hinaus eventuell sogar sie aus dem portugiesischen Staatsverband zu lösen, was unabsehbare Folgen für Portugal hätte. Daher versucht Portugal sich der Hilfe der USA zu versichern, indem es sie wenigstens in die konzipierte Verteidigungsgemeinschaft einzubringen anstrebt, d. h., über eine Beteiligung der NATO; Portugal ist der eifrigste Propagandist dieser Militärstrategie. Dagegen zielt die SAR auf die Erhaltung ihrer Vormachtstellung, der am besten mit einem SATO-Bündnis gedient wäre, geht freilich nicht so weit eine Beteiligung der USA offen abzulehnen. Als wenigstens sehr selbständiger Partner und eine Art von Mittler des Imperialismus in diesem Raum — des amerikanischen wie des westeuropäischen — vermag es auch keine eindeutige Parteinahme zu bekunden. Damit verbleibt als wichtigster Faktor die Rivalität zwischen US-Kapital und westeuropäischem Kapital.

Der Konsolidierung des westeuropäischen Kapitalismus auf supranationaler Ebene liegt zugrunde „das Programm einflußreicher Gruppen in Westdeutschland, einen eigenen politischen Block in Westeuropa zu bilden, der ... wirksamer die Konkurrenz der USA bekämpfen, andererseits dazu benutzt werden soll, einige sozialistische osteuropäische Staaten in ein eigenes imperialistisches ‚Vertragsnetz‘ zurückzuholen“<sup>210</sup>. Die BRD steht an der Spitze dieser Formation, zum einen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stellung noch vor Großbritannien und Frankreich, zum anderen aufgrund des zumal in der BRD verhärteten Widerstandes gegen den wachsenden Einfluß amerikanischen Kapitals auf die westdeutsche Industrie. Unter der Parole, der ‚amerikanischen Herausforderung‘ wirksam zu begegnen, waren es bezeichnenderweise diejenigen Konzerngruppen der BRD, welche das US-Kapital nicht in den Griff bekommen konnte, weil sie zu groß waren, die zur Konsolidierung des europäischen Kapitals — unter westdeutscher Führung selbstverständlich — aufforderten aus der Erkenntnis heraus, daß eine wirksame imperialistische Politik nach größeren Agglomerationen verlangte, um sich mit den USA messen zu können. Diese Gruppen formieren sich in den beschriebenen europäischen Finanzoligopolen, die nunmehr den Kapitalmarkt Europas weitgehend und damit auch den Südafrikas beherrschen. Die Einbeziehung Südafrikas in dieses europäische System, das sich ein Netz „maßgeschneiderter Präferenzen“ (Ball) geschaffen hat, in dem sich auch etliche assoziierte Staaten Afrikas befinden, vor allem nach einem Beitritt Großbritanniens zur EWG, würde die USA empfindlich treffen, da ihr Expansionismus wesentlich auf den Prinzipien des Freihandels basiert und von der Existenz von Freihandelsbeziehungen abhängt<sup>211</sup>.

Mehr soll hier nicht erörtert werden; als sicher kann jedoch mit Magdoff gelten, daß unter der gegenüber dem Sozialismus für einige Zeit einenden Ideologie die prinzipiellen Rivalitäten der imperialistischen Mächte

**„Es ist längst an der Zeit, dem Einverständnis zwischen Ihrem Land und dem faschistischen Portugal ein Ende zu machen, ein Einverständnis, das begann, als Portugals Regierung ihre Fahnen bei Hitlers Tod auf Halbmast setzte. Es ist an der Zeit, daß Ihr Land aufhört, die tragische Schande zu tragen, Helfer und Investor rassistischer Regime zu sein. Es wird Zeit, daß die deutsche Mark, die Sie auf dem Finanzmarkt gerade aufgewertet haben, ihren Beigeschmack von Blut und Leiden verliert.“**

**Offener Brief der FRELIMO an Bundeskanzler Brandt vom 19. 3. 1970**

**Offener Brief der FRELIMO an Bundeskanzler Brandt vom 19. 3. 1970**

untereinander bestehen bleiben und mit dem allmählichen Nachlassen der Wirkung dieser Ideologie verschärft hervortreten werden. Die Reorganisation des westdeutschen Imperialismus und sein Bündnis mit der SAR machen diese Tendenz im Zusammenhang mit den strategischen Konzeptionen der südafrikanisch-westdeutschen Imperialisten deutlich.

- 36) ebda.
- 37) Commerzbank — Außenhandelsblätter Nr. 12/1970.
- 38) Afrika Post 4/5 — 1969, S. 28.
- 39) Perspektiven des südafrikanischen Bergbaus, in: Südafrika (Hrsg. von der Presse- und Informationsabtlg. der südafrikanischen Botschaft, Köln) Nr. 2 — 1970, S. 16.
- 40) Christ und Welt v. 25. April 1969.
- 41) zum Thema Apartheid vgl. Adam (s. o.); Freimut Duve (Hrsg.), Kap ohne Hoffnung Reinbek 1965; Franz Lee, Anatomy of Apartheid in Southern Africa, New York 1966.
- 42) Schmidt, S. 162.
- 43) Monatsbericht aus Südafrika (Hrsg. von der Presse- und Informationsabtlg. der südafrikanischen Botschaft) Nr. 53 — 1969, S. 3.
- 44) Adam, S. 31.
- 45) Europa . . . , S. 235.
- 46) Schmidt, S. 137.
- 47) Nach: Kursbuch, S. 142.
- 48) SPIEGEL 17/1970, S. 150.
- 49) FAZ v. 26. 8. 1970.
- 50) Adam, S. 34.
- 51) Sozialistische Korrespondenz 18/1970, S. 5.
- 52) Adam, S. 32.
- 53) Spartakus, S. 70/71.
- 54) Afrika Post 4/5 — 1969, S. 27.
- 55) ebda.
- 56) a. a. O., S. 25.
- 57) ebda.
- 58) Christ und Welt v. 25. April 1969.
- 59) ebda.
- 60) ebda.
- 61) ebda.
- 62) SPIEGEL 51/1969, S. 55.
- 63) Duve, S. 91.
- 64) ESG-Nachrichten Nr. 45/31. März 1969, S. 30.
- 65) Afrika Post 4/5 — 1969, S. 17.
- 66) a. a. O., S. 19/20.
- 67) ebda.
- 68) ebda.
- 69) a. a. O., S. 51.
- 70) Die Transkei ist eines der größten Eingeborenenreservate.
- 71) Monatsbericht 49/1969, S. 12.
- 72) a. a. O., S. 13.
- 73) ebda.
- 74) Spartakus, S. 68.
- 75) Frankfurter Rundschau v. 11. 9. 1970.
- 76) Spartakus, S. 69.
- 77) ebda.; vgl. hierzu auch Braunbuch.
- 78) vgl. hierzu Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967.
- 79) Graubuch, S. 114/115.
- 80) Intercop, S. 51.
- 81) SPIEGEL 51/1969, S. 57.
- 82) 1 Rand = 5,60 DM.
- 83) Schmidt, S. 158.
- 84) Monatsbericht 46/1969, S. 8.
- 85) ebda.
- 86) Adam, S. 35.
- 87) Monatsbericht 46/1969, S. 8.
- 88) ebda.
- 89) All Yata, Der Neokolonialismus in Afrika, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1967, Nr. 1, S. 4.
- 90) Carl Oglesby, Amerikanische Ideologie, Frankfurt 1969, S. 125; vgl. hierzu auch Kwam Nkrumah, Neo-Colonialism. New York 1965.
- 91) ebda.
- 92) a. a. O., S. 126.
- 93) Schmidt, S. 141.
- 94) a. a. O., S. 149/152.
- 95) a. a. O., S. 144.
- 96) Spartakus, S. 52; vgl. hierzu: Gerhard Reintanz, Apartheid in Südafrika, Berlin (DDR) 1969.
- 97) Schmidt, S. 150.
- 98) Monatsbericht 46/1969, S. 8.
- 99) ESG-Nachrichten, S. 7.
- 100) Südafrika 2/1970, S. 7.
- 101) Monatsbericht 46/1969, S. 8.
- 102) Spartakus, S. 52.
- 103) Monatsbericht 53/1969, S. 5.
- 104) Monatsbericht 46/1969, S. 8.
- 105) Spartakus, S. 6.
- 106) SPIEGEL 51/1969, S. 54.
- 107) Monatsbericht 46, S. 8.

**Anmerkungen:**

- 1) W. I. Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Ges. Werke, Berlin (DDR) 1960, Bd. 22, S. 270/271.
- 2) Gertraud Liebscher, „Zur neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Imperialismus“, in: „Marxismus Digest“, Nr. 2/1970, S. 229.
- 3) ebda.
- 4) „Wehrkunde“ 9/1969, S. 470.
- 5) „BMWI — Wirtschaft '70“ (Kurzfassung des Jahreswirtschaftsberichtes der Bundesregierung), Hrsg. vom Referat Presse und Information des Bundesministeriums für Wirtschaft, Bonn 1970.
- 6) Kundgebungen und Entschlüsse des a. o. Parteitages der SPD in Bad Godesberg 1969.
- 7) „Perspektiven — Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren“, Hrsg. v. Horst Ehmke, Reinbek 1969 (rororo-aktuell 1205), S. 5.
- 8) a. a. O., S. 56.
- 9) „Deutsches Kolonialblatt“, Hrsg. im Reichskolonialamt 21. Jgg., Berlin, zit. nach: „links“ Nr. 12/Juni 1970, S. 11.
- 10) Dietrich Westermann, „Afrika als europäische Aufgabe“, Berlin 1941, S. 263.
- 11) „Perspektiven“, S. 52.
- 12) „Intercop '60“, Hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1968, S. 19.
- 13) a. a. O., S. 20.
- 14) Liebscher, S. 243.
- 15) „Perspektiven“, S. 52.
- 16) „Intercop“, S. 43.
- 17) Westermann, S. 180.
- 18) SPIEGEL 51/1969, S. 62.
- 19) ebda.
- 20) a. a. O., S. 58.
- 21) a. a. O., S. 55.
- 22) a. a. O., S. 57.
- 23) vgl. dazu SPIEGEL 51/1969, S. 55 ff.
- 24) Liebscher, S. 246.
- 25) Heribert Adam, Südafrika — Soziologie einer Rassengesellschaft, Frankfurt 1969, S. 33.
- 26) Europa blickt nach Afrika, Hrsg. von Erwin Barth von Wehrenalp, Berlin 1939, S. 225.
- 27) Harry Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, Hrsg. vom Arbeitskoll. Dritte Welt, Tübingen 1970, S. 22.
- 28) Tricontinental Nr. 8/München 1968, S. 140.
- 29) Afrika Post Nr. 8/1969, S. 7.
- 30) Werner Schmidt, Südafrika, Bonn 1963, S. 250.
- 31) Spartakus International 1, Hrsg. von Spartakus — AMS, Bonn o. D., S. 48.
- 32) Westermann, S. 190.
- 33) Barbara Schilling/Karl Unger, Die Bundesrepublik und das südliche Afrika — Ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus, in: Kursbuch 21, Berlin 1970, S. 130/131.
- 34) Afrika Post Nr. 4/5/1969, S. 18.
- 35) a. a. O., S. 28.

- 110) FAZ (Beilagen Blick durch die Wirtschaft) v. 12. April 1969 u. 18. August 1969.
- 111) Kursbuch, S. 143.
- 112) ebda.
- 113) vgl. Kursbuch, S. 148 u. Neue Züricher Zeitung v. 30. August 1969.
- 114) Monatsbericht 45, S. 3.
- 115) Afrika Post 4—5, S. 20.
- 116) Monatsbericht 45, S. 3.
- 117) vgl. hierzu Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa — Amerika, Frankfurt 1968, insbesondere S. 37 ff.
- 118) SK-extra 3 1970, Ernest Gliné, Über das kolonialistische Geschäft in Afrika.
- 119) Tricontinental 8/S. 78.
- 120) Helmut Barsnick, Südafrika ignorieren? in: links Nr. 3/1969, S. 15.
- 121) Europa . . . , S. 303.
- 122) George W. Ball, Disziplin der Macht, Frankfurt 1968, S. 269.
- 123) ebda.
- 124) ebda.
- 125) ebda.
- 126) vgl. hierzu Gerhard Amendt, Black Power, Frankfurt 1969.
- 127) Ball, S. 266/267.
- 128) ESG-Nachrichten, S. 8.
- 129) FR v. 28. Mai 1970.
- 130) Südafrika 2/1970, S. 19.
- 131) Schmidt, S. 205.
- 132) Südafrika heute Nr. 8/1970, S. 128.
- 133) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 30. August 1970.
- 134) SPIEGEL 29/1970, S. 99.
- 135) Afrika heute Nr. 9/1970, S. 140.
- 136) SPIEGEL 29/1970, S. 99.
- 137) Portugal in Afrika, S. 5.
- 138) Afrika Post 4—5, S. 64.
- 139) vgl. hierzu E. S. Sachs, Rhodesien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6/1969, S. 646 ff.
- 140) Afrika Post 4—5, S. 15.
- 141) a. a. O., S. 16.
- 142) Kursbuch, S. 132.
- 143) SPIEGEL 11/1970, S. 139.
- 144) ebda.
- 145) Südafrika 3/1970, S. 16.
- 146) FR v. 27. Juli 1970.
- 147) Spartakus, S. 54.
- 148) Afrika Post 4—5, S. 8.
- 149) Portugal in Afrika, S. 7.
- 150) Schmidt, S. 104.
- 151) Europa . . . , S. 343.
- 152) Portugal in Afrika, S. 8.
- 153) vgl. hierzu: SK-extra 3/1970; Monatsbericht 52/1969; FR v. 18. August 1970.
- 154) FR v. 19. August 1970.
- 155) SK-extra, S. 3.
- 156) FR v. 19. August 1970.
- 157) Abdul S. Minty, South Africa's Defence Strategy, Hrsg. vom Anti-Apartheid Movement, London 1970, S. 13.
- 158) FR v. 27. Juli 1970.
- 159) Monatsbericht 53/1969, S. 11 u. Afrika Post 4—5, S. 34/36.
- 160) SPIEGEL 20/1970, S. 154.
- 161) SPIEGEL 16/1970, S. 162.
- 162) ebda.
- 163) Minty, S. 13.
- 164) a. a. O., S. 12/13.
- 165) a. a. O., S. 10.
- 166) a. a. O., S. 11/12.
- 167) ebda.
- 168) a. a. O., S. 27.
- 169) Schmidt, S. 245.
- 170) Monatsbericht 47/1969, S. 4.
- 171) Kursbuch, S. 151.
- 172) ebda.
- 173) ebda.
- 174) Monatsbericht 53, S. 4.
- 175) Monatsbericht 46, S. 5.
- 177) vgl. Südafrika 2/1970, S. 21; Monatsbericht 45, S. 11; Südafrikanisches Panorama 28/1969, S. 33 u. 37.
- 178) Panorama 28, S. 35.
- 179) Afrika Post 4—5, 50; vgl. hierzu: Minty, S. 19 ff.
- 180) SPIEGEL 27/1970, S. 84.
- 181) Monatsbericht 53, S. 4; vgl. hierzu: Monatsbericht 50/51, S. 13 f.
- 182) Kursbuch, S. 147 f.
- 183) Schmidt, S. 96.
- 184) Monatsbericht 46, S. 4.
- 185) Europa . . . , S. 319.
- 186) Minty, S. 1 u. 26.
- 187) a. a. O., S. 3.
- 188) FR v. 28. August 1970.
- 189) Schmidt, S. 97.
- 190) Oglesby, S. 128.
- 191) Minty, S. 23.
- 192) SPIEGEL 27/1970, S. 84.
- 193) ebda.
- 194) vgl. hierzu: FR v. 24. Juni 1970, v. 21. Juli 1970, v. 25. Juli 1970.
- 195) Oglesby, S. 128 u. FR v. 8. August 1970.
- 196) vgl. hierzu: FR v. 8. August 1970; Oglesby, S. 128; SPIEGEL 6/1970, S. 92.
- 197) Afrika Post 4—5, S. 50.
- 198) Oglesby, S. 128.
- 199) Minty, S. 8.
- 200) ebda.
- 201) a. a. O., S. 7.
- 202) Spartakus, S. 72; vgl. hierzu: Oglesby, S. 128 f. u. Minty, S. 5.
- 203) Minty, S. 5.
- 204) a. a. O., S. 8.
- 205) Afrika Post 4—5, S. 6.
- 206) FR v. 3. August 1970.
- 207) FR v. 4. August 1970.
- 208) William Mugadi, West German Collaboration, in: Sechaba Nr. 5/1970, S. 20.
- 209) vgl. hierzu: Monatsbericht 47, S. 10 u. Minty, S. 14.
- 210) Magdoff, S. 13.
- 211) Ball, S. 251.

# Griechenland: Herrschaft in Abwesenheit des Volkes

In Griechenland herrscht seit dem 21. April 1967 ein diktatorisches Regime. Die politischen Entscheidungen werden seitdem auch formal in Abwesenheit des Volkes beziehungsweise seiner Repräsentanten gefällt. Der am Tage des Staatsstreiches verhängte Ausnahmezustand wird heute noch aufrechterhalten — der Ausnahme- ist zum Regelzustand geworden. Und dies, weil die Militärdiktatur alles andere als Zustimmung seitens der Bevölkerung erwarten kann. Das Regime stabilisierte im Laufe der Zeit seine Machtposition, vor allem durch den Einsatz eines Terrorapparates, der auf umfassende Unterdrückung abzielt. Dazu wurden lediglich die bereits in der vordiktatorischen, formaldemokratischen Zeit streng antidemokratisch eingestellten Angehörigen von Armee, Gendamerie und Polizei herangezogen.

Die Militärregierung ist Exekutive und Legislative zugleich. Gesetze werden auf dem Verordnungswege erlassen (Zwangsgesetze). Die Justiz ist nach eingehender Säuberung gleichgeschaltet worden. Parallel zur zivilen funktioniert die militärische Gerichtsbarkeit, die vorwiegend für politisch relevante Fälle zuständig ist.

Das Militärregime „herkömmlicher“ Art eignete sich mit der Zeit faschistische Qualitäten an. Dies kam nach der Ausschaltung des Königs verstärkt zum Vorschein. Der König verfolgte die gleichen Ziele wie die Militärjunta, wurde aber von ihr überspielt und ins Ausland verjagt.

Charakteristisch für die Absicht der Militärjunta, ihr Regime in eine klerikal-faschistische Diktatur zu transformieren, ist unter anderem der Versuch, Massenorganisationen für die Jugend, die Frauen sowie für verschiedene Berufsgruppen aufzubauen, um dadurch die Mobilisierung und gleichzeitig die Kontrolle der Massen zu ermöglichen. Ein weiterer Hinweis für die erwähnte Absicht der Militärjunta ist der Versuch, eine konservativ-religiöse, mit faschistischen Elementen angereicherte Ideologie zu verkünden. Die in einem bisher siebenbändigen Werk enthaltene Ideologie des Militärregimes ist jedoch in ihren Aussagen so widersprüchlich und zusammenhanglos, daß man eher von einer paranoiden Verwirrung, als von einer bewußt faschistischen Einstellung der Verkünder dieser Ideologie sprechen kann. Welche innen- und außenpolitischen „Notwendigkeiten“ bestanden am 21. April

1967 für die Machtergreifung seitens der griechischen Armee?

- Im außenpolitischen Bereich ist Griechenland wirtschaftlich sehr eng mit den USA und militärisch vollkommen mit der NATO verbunden: Die unmittelbaren amerikanischen Investitionen der Nachkriegszeit in Griechenland betragen über 35% der Gesamtinvestitionen auf griechischem Boden. Die griechischen Streitkräfte unterstehen der Befehlsgewalt der NATO und operieren nach Plänen, die von den nordatlantischen Strategen aufgestellt werden. Wichtig ist auch die geographische Lage von Griechenland im östlichen Mittelmeer. Wegen des verstärkten Auftretens der sowjetischen Flotte im Mittelmeer und der wichtigen ökonomischen Interessen der USA im Nahen Osten und Nordafrika, bietet sich der griechische Boden als Ausgangspunkt für mögliche Interventionen geradezu an. (Im Jahre 1965 betrug das Einkommen der amerikanischen Ölgesellschaften aus Investitionen im Ausland 1,79 Milliarden Mark, davon 813

Millionen (=45%) aus dem vom östlichen Mittelmeer aus kontrollierten Raum).

- Innenpolitisch herrschten in Griechenland nach dem 2. Weltkrieg die konservativen Kräfte, die sich durch geschickte Beeinflussung und mehr oder weniger offene Unterdrückung der Bevölkerung an der Macht hielten: Heraufbeschwören einer kommunistischen Gefahr, willkürliche Verhaftungen, Manipulierung des Wahlverfahrens und Wahlfälschungen, wobei man keine Skrupel zeigte, sich zu diesem Zweck der Armee und der Gendamerie zu bedienen. Im Jahr 1963 gewann die Partei der Zentrumsunion im Zuge einer zunehmenden Politisierung der Bevölkerung die Wahlen. Die Regierung von G. Papandreu führte keine grundlegenden Neuerungen in das gesellschaftliche Leben ein. Die Demokratisierung im Bereich der politischen Willensbildung konnte jedoch nicht mehr aufgehalten oder umgelenkt werden — eine Voraussetzung für die Verwirklichung von Forderungen im sozialen und



Heilige Allianz der Unterdrücker: Patriarch Benedictus zeichnet Militärdiktatoren aus



**Militärtribunal: Der Herr in Zivil ist Oberst**

ökonomischen Bereich und darüber hinaus für die Erkämpfung der verweigerten Demokratie in den Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Emanzipationsbewegung der Bevölkerung wurde vom griechischen Establishment mißtrauisch beobachtet, da, obwohl seine formale politische Herrschaft kaum beeinträchtigt, gleichzeitig dessen gesellschaftliche Grundlage unterhöhlt wurde.

Als der mit absoluter Mehrheit gewählte Ministerpräsident Änderungen in der Militärhierarchie vorzunehmen wagte, wurde er auf eine umstrittene Art und Weise vom König entlassen. Sowohl die Bevölkerung, wie auch die progressiven politischen Kräfte erkannten nun, daß vor der Verwirklichung des Wählerwillens für politische Freiheit, wirtschaftlicher Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, das engverflochtene wirtschaftlich-militärische Establishment entweder zur Einsicht gebracht oder zerschlagen werden mußte. Für die für den 28. Mai 1967 ausgeschriebenen Neuwahlen wurde ein Sieg der Zentrumsunion erwartet. Die Absichten und Möglichkeiten des wirtschaftlich-militärischen Establishments wurden allerdings falsch eingeschätzt. Am 21. April 1967 übernahm die Militärjunta der Obristen durch einen Putsch die Macht.

**Die Militärdiktatur wurde also in Griechenland errichtet, als die Interessen der USA und zugleich der griechischen Oberschichten durch die Demokratisierung des Landes in Gefahr gerieten.**

Diese Feststellung dient dem Verständnis der bisherigen politischen Entwicklung in Griechenland, bildet aber zugleich die Grundüberlegung aller Politiker der vordiktatorischen Zeit für ihre Aktionen zum Sturz der Militärregierung. Die „demokratische“ Rechte versucht den

Amerikanern glaubhaft zu machen, daß sie eher in der Lage ist, deren Interessen in und um Griechenland zu schützen, als die extreme Rechte – die Militärjunta. Von aktivem Widerstand gegen die Diktatur ist hier kaum die Rede, denn aktiver Widerstand setzt die Mobilisierung zumindest von Teilen des Volkes voraus; das Volk hat allerdings bis heute in den Plänen der Rechten niemals eine Rolle gespielt!

Die linksliberalen und sozialdemokratischen Kräfte haben bisher den aktiven Widerstand als Druckmittel gegen die Amerikaner einzusetzen versucht: Man bereitet den Einsatz von Widerstandsgruppen vor, um den wirtschaftlichen und militärischen Aufwand seitens der USA zur Unterstützung des Militärregimes in die Höhe zu treiben und somit die Amerikaner zur Änderung ihrer Politik zu zwingen. Gleichzeitig appelliert man an das demokratische Alibi der USA, mancher Senatoren und potentiellen Präsidentschaftskandidaten, oder an in Westeuropa Regierende, die allerdings wegen ihrer starken Abhängigkeit von den USA machtlos sind, sich für die „Wieder“-Herstellung der Demokratie in Griechenland ernsthaft einzusetzen. Die Hoffnung auf ein Umdenken der Amerikaner scheint alles in allem bis heute lebendiger geblieben zu sein, als jede Initiative zum Aufbau einer schlagkräftigen Widerstandsorganisation in Griechenland.

Eine weitere politische Kraft ist die in Moskau ansässige griechische KP-Führung. Gemäß der stillschweigenden Übereinkunft zwischen den Großmächten über die Nichteinmischung der einen in die Einflußsphäre der anderen und angesichts der immer enger werdenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ostblockstaaten und dem griechischen Militärregime verhält sich die KP passiv. Daraus wird theoretisierend eine

Tugend gemacht, indem an den Tag der kommunistischen Revolution erinnert wird, auf den sich die alternde Exil-KP von Griechenland sowieso seit 20 Jahren vorbereitet.

Zwischen diesen grob skizzierten politischen Kräften, die jeweils nicht unbedingt einen einheitlichen Block bilden, haben sich mehrere kleinere Gruppen mit bisher nicht völlig geklärtem politischen Standort eingenistet, die meist von Studenten gebildet werden und für die Bombenexplosionen der letzten Zeit in Athen verantwortlich zeichnen. Hier vertraut man weniger darauf, daß sich die Militärjunta freiwillig oder durch „sanften Druck“ in die Kaserne zurückziehen könnte; man schreitet zur Aktion! Da sich diese Widerstandsgruppen (aus dem bisher Bekannten) aus jeweils wenigen, unbekanntem, zum Kampf entschlossenen Personen zusammensetzen, können sie in der 2,4 Millionen Einwohner zählenden Stadt Groß-Athen flexibel operieren, Zeit und Ort des Zuschlagens bestimmen, ohne von der an sich allgegenwärtigen Polizei gestört zu werden.

Eine Voraussage für die politische Entwicklung in Griechenland nach der Ausschaltung dieser Militärregierung ist nicht leicht, vor allem dann nicht, wenn man von einem gewaltsamen Sturz ausgeht. Ein Aufstand der Bevölkerung ist zwar für die absehbare Zukunft nicht zu erwarten, umso möglicher erscheint aber

*Men like its  
flavor Women  
love its aroma*

**RUM**  
*and*  
**MAPLE**  
PIPE  
MIXTURE

**2.50**

Gratismuster \* PLANTA \* Berlin 61



ein Staatsstreich seitens der aktiven Offiziere der griechischen Armee. Interne Streitigkeiten sowie die Verlockung zur Nachahmung dessen, was am 21. April 1967 geschah, nämlich daß Offiziere nicht mehr auf Anweisung der Politiker, sondern auf „eigene Rechnung“ in das politische Leben eingreifen, sind nicht zu unterschätzen. Aus einer solchen Entwicklung kann entweder eine Reihe von sich ablösenden Militärregierungen — wie es etwa in Südamerika oder in Syrien praktiziert wird — oder aber ein sogenanntes „neutralistisches“ Regime mit all den Merkmalen, die man mit diesem Begriff verbindet, herauskommen.

Ein anderes Modell für die politische Entwicklung der nachdiktatorischen Zeit ist das der (von den Amerikanern propagierten) „Liberalisierung“ des Militärregimes: Die Diktatur bereitet die Demokratie vor! Die Verwirklichung dieses Modells setzt die Anerkennung der Militärjunta und deren Verfassung von allen in Frage kommenden politischen Kräften als legitim voraus. Nur so werde die „Wieder“-Einführung des parlamentarischen Systems möglich. Unter Parlament versteht man dabei allerdings lediglich ein Gebilde, dessen Mitglieder zum Beispiel kein Recht haben werden, Angelegenheiten der griechischen Außen- und Militärpolitik zu kontrollieren — so in der von der Militärregierung ausgearbeiteten Verfassung. Daß sich für dieses Modell bis heute nur die US-Regierung und manche Mitglieder der griechischen Militärjunta einsetzen, ist verständlich.

Es ist nun nicht schwer vorauszusehen, daß jede Initiative zur „friedlichen“ Umwandlung der Militärdiktatur das Ziel hat, ein Regime entstehen zu lassen, das die Interessen der USA und der griechischen Oberschichten durch mehrere Kontrollmechanismen gegen die griechische Bevölkerung beziehungsweise gegen deren Repräsentanten auf lange Zeit absichert. Es ist auch keine neue Erkenntnis, daß sich politische Veränderungen auf lange Sicht nur zum Nachteil des Volkes auswirken, wenn sie in dessen Abwesenheit durchgeführt werden.

Angesichts der sich bietenden Alternativen für die nachdiktatorische Zeit in Griechenland stellt sich die Frage nach der **Wirksamkeit** des antifaschistischen Kampfes, nicht nach seiner **Notwendigkeit**. Und dieser Kampf wird umso wirksamer werden, je mehr sich jeder einzel-

ne Bürger über die eigenen, unmittelbaren Probleme hinaus engagiert, und je mehr das griechische Volk insgesamt davon überzeugt wird, daß es in seinem Interesse nur eine politische Entwicklung im nachdiktatorischen Griechenland annehmbar ist: Die Einleitung des Demokratisierungsprozesses im Bereich der politischen Willensbildung, sowie in den übrigen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Das setzt allerdings den Sturz der Militärjunta durch das Volk selbst voraus!

Die Organisationsformen des aktiven Widerstandes sind vielfältig. Eine Möglichkeit für die erste Phase des Kampfes wäre, möglichst viele organisatorisch voneinander unabhängige, jedoch auf gemeinsamer ideologischen Grundlage arbeitende Gruppen als Avantgarde des Widerstandes in Griechenland zu bilden. In einem späteren Stadium wären diese Gruppen in der Lage, durch ihren verstärkten und gleichzeitig (allerdings von allen Seiten) unkontrollierbaren Einsatz die Militärjunta herauszufordern. Man würde so die bislang ohnmächtig zuschauende Bevölkerung zur Eigeninitiative (Bildung von Bürgerausschüssen,

Streiks usw.) ermuntern und somit die Bedingungen für eine demokratische Entwicklung für die nachdiktatorische Zeit schaffen.

#### Literatur:

- M. Nikolinakos, K. Nikolaou: **Die verhinderte Demokratie — Modell Griechenland**, edition suhrkamp.
- J. Meynaud, C. T. Aris: **Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland**, Wagenbach Rotbuch 1.
- R. Kühnl: **Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus — Faschismus**, rororo-aktuell.
- B. Schütze: **Rekonstruktion der Freiheit**, edition suhrkamp.



Angeklagte: Warten auf das Urteil

# Vietnam: Erdöl entdeckt

Seit rund zwanzig Jahren vermuteten die Fachleute große Erdölvorkommen in Südostasien und im Südchinesischen Meer. Aber den Ölgesellschaften schien die politische Lage zu unsicher, um große Investitionen zu riskieren. Dies scheint sich jetzt geändert zu haben. Die amerikanische Zeitschrift „Forzune“ berichtete bereits im März 1970, daß die Tenneco, Standard Oil of California, Gulf, Continental, Union Oil of California und British Petroleum (BP) je zwei Millionen Dollar für Erdölrecherchen in diesem Gebiet investiert hätten. Die Züricher Weltwoche vom 22. Mai 1970 zitiert einen Vertreter der beteiligten Ölgesellschaften über das Ergebnis der Recherchen: „Im Vergleich zu den Ölvorkommen an den Küsten Südostasiens nehmen sich die Louisianas aus wie eine Briefmarke auf dem Rücken eines Elefanten.“ Und ein amerikanischer Geologe drückt es in Zahlen aus: „In fünf Jahren können die Erdölgebiete an den Küsten Thailands, Kambodschas, Malaysias, Südvietsams und Indonesiens täglich 400 Millionen Barrel (etwa 70 Millionen Tonnen) Erdöl produzieren.“

Nach Meinung bestimmter Kreise in Moskau, so A.F.P., sind diese Vorkommen, die mit denen im Nahen Osten vergleichbar seien, unter der alluvialen Ebene von Basse-Menam entdeckt worden, in deren Zentrum Bangkok liegt, ebenso im Mekong Delta und an den Küsten. Diese Vorkommen, heißt es, seien nach einer langen Periode vergeblicher Versuche gefunden worden, die man nicht in der erforderlichen Tiefe vorgenommen habe. Die Entdeckung habe die Amerikaner veranlaßt, ihren Truppenabzug aus Indochina zu verlangen. Washington könne diese endgültigen Informationen im vergangenen Frühjahr erhalten haben – vor der Ankurbelung der Krise in Kambodscha. Dazu bemerkt die Weltwoche: „Unter diesem Gesichtspunkt werden die amerikanischen Anstrengungen in Indochina, die in der Welt, sogar in den Vereinigten Staaten selbst, so übelgenommen werden, allmählich begreiflich. . .“ Begreiflich wird unter diesem Aspekt auch der Putsch gegen den kambodschanischen Staatsschef Prinz Sihanouk im März 1970, denn für die Ausbeutung der Ölquellen in den Gebieten Kambodschas bedurfte es eines Parteigängers amerikanischer Politik, nicht aber eines selbständigen Politikers. Inzwischen hat die Regierung Lon Nol den Groß-



**Südostasien: Herrschaftszonen der Ölkonzerne**

teil der Konzessionen an amerikanische Ölgesellschaften vergeben. Auch in Südvietsam bemühten sich die Manager der großen Ölgesellschaften um die Zuteilung von Erdöl-Konzessionen; und Präsident Thieu beilte sich, ihnen günstige Bedingungen zu gewähren; im Dezember unterzeichnete er nach der Annahme durch die Nationalversammlung das Gesetz Nr. 011-70 über die Erforschung und Ausbeutung von Erdölvorkommen, das liberaler ist als alle früheren Gesetze, Steuerermäßigung für Gewinne vorsieht, die Ausfuhr von allen Abgaben befreit und den Gesellschaften garantiert, daß ihr Besitz und ihre Rechte nicht verstaatlicht werden. Nach Angabe der amerikanischen Frauenbewegung „Another Mother for Peace“ sollten bereits im Februar dieses Jahres 17 Konzessionen von Saigon vergeben werden, die meisten wiederum natürlich an amerikanische Konzerne.

Diese amerikanische Frauenbewegung verlangt nun von dem außenpolitischen Senatsausschuß Antwort auf die Frage „Sterben unsere Söhne für Öl in Vietnam?“ Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Senator Fulbright, hat die Frage an die Regierung in Washington weitergeleitet und inzwischen eine Antwort erhalten: „Die amerikanische Regierung hat noch keinen Beweis für die Existenz von Erdölvorkommen und weiß

nicht, ob die Regierung von Saigon die Absicht hat, demnächst Konzessionen an ausländische Gesellschaften zu vergeben.“ (Le Monde vom 5. März 1971) Zwei amerikanische Journalisten berichteten jedoch am 25. Februar 1971 in „The Village Voice“, der Firmensprecher einer großen Ölgesellschaft habe – allerdings mündliche – Zusicherungen von Regierungsvertretern in Washington, daß die „amerikanische Armee in Südvietsam präsent bleiben“ werde. Eine andere Firma habe Zusicherungen ‚politischer Art‘ erhalten. Während Nixon in seinen Erklärungen die Ölvorkommen und Ölkonzessionen mit keinem Wort erwähnt, heißt es in einer Erklärung des nordvietnamischen Außenministeriums in bezug auf die Unterzeichnung des Erdölgesetzes von Saigon: „Diese Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Südvietsam, ebenso die fieberhaften Anstrengungen, die sie in letzter Zeit unternommen haben, um sich der Erdölvorkommen und anderer Bodenschätze in den Küstengebieten von Kambodscha, China und Korea zu bemächtigen, haben das neokolonialistische Gesicht der Imperialisten in Asien stärker enthüllt. Die angebliche Nixon-Doktrin ist nur darauf aus, eine Politik zu verwirklichen, die darin besteht, Asiaten gegen Asiaten aufzuhetzen, um die Bodenschätze der Völker dieses Gebiets mit Beschlag belegen zu können.“

# Counterinsurgency – Sozialwissenschaften und Imperialismus

„Sozialwissenschaftliche Forschung stellt der Gemeinschaft der Nachrichtendienste (Intelligence Community) sowohl wichtige Eingabedaten (inputs) als auch wichtige Informationen über analytische Methoden zur Verfügung. Der CIA (Central Intelligence Agency; die Redaktion) sollte, wie sein Name sagt, die zentrale sozialwissenschaftliche Forschungsorganisation sein, um der Bundesregierung das Verstehen der Kultur und Gesellschaften der Welt zu ermöglichen. Ist man der Ansicht, daß Washington besser handeln könne, wenn es ein tieferes Verständnis der auf der Welt stattfindenden Prozesse hat, dann sollte man verlangen, daß der CIA unsere besten Sozialwissenschaftler anwirbt und mit ihnen Verträge schließt.“

(Ithiel de Sola Pool, Sozialwissenschaftler am M.I.T., der Technischen Universität in Massachusetts [1])

„Ein tieferes Verständnis der auf der Welt stattfindenden Prozesse“ hat zweifellos der U.S.-amerikanischen Regierung, den führenden Wirtschaftskreisen und den Militärs gefehlt, als sie sich in das „Abenteuer“ des Vietnamkrieges stürzten. Noch vor wenigen Jahren sagte U.S.-General Le May, „... entweder ziehen die Vietnamesen die Hörner ein und hören mit der Aggression auf, oder wir werden sie in die Steinzeit zurückbomben...“, was denn auch in den Jahren nach 1965 tatkräftig versucht wurde.

Das Ergebnis dieser Politik ist für die U.S.A. und auch für deren Freunde in der „freien Welt“ denkbar schlecht:

- Das vietnamesische Volk wußte der Materialschlacht ein hohes Maß an Zähigkeit und Geschicklichkeit entgegenzusetzen.
- Die U.S.A. sind auf dem besten Wege, ihre erste militärische Niederlage einzustecken.
- Auf dem Hintergrund der Einsicht in die verfehlte Vietnampolitik sind die latenten Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft hervorgetreten (vor allem die Rassenfrage) und haben eine Krise ausgelöst, deren Auswirkungen noch nicht abzuschätzen sind.
- Ausgehend von der amerikanischen Krise, insbesondere von den ersten Studentenbewegungen in Berkeley, entstand in den westeuropäischen Zentren eine antikapitalistische Bewegung, die beispielsweise nicht zuletzt Initiator des Pariser Mai von 1968 war.

## Abkehr von der traditionellen Kanonenboot- und Kolonialpolitik

Die traditionelle Kanonenbootpolitik der U.S.A., für die die Indochina-Intervention, das Schweinebucht-Unternehmen und der Einfall in die Dominikanische Republik letzte Beispiele waren, ist bis auf die bereits gescheiterte, aber aus Prestige-Gründen aufrecht erhaltene Vietnam-Aggression ebenso tot wie die Kolonialpolitik der westeuropäischen Großmächte im vorigen und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Die einzige Ausnahme stellt das faschistische Regime Portugals dar. Die gleichermaßen wie zu Zeiten der

traditionellen imperialistischen Politik zu vertretenden wirtschaftlichen Interessen der großen Trusts und Banken können nicht mehr wahrgenommen werden durch einfachen Einsatz militärischer Potentials. Selbst wenn militärische Eingriffe bestmöglichen Erfolg zu garantieren scheinen, erfolgen diese nunmehr mittelbar (Beispiel: Waffenlieferungen an reaktionäre Regime in Ländern der sogenannten Dritten Welt zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen). Jeder direkte, massive Eingriff in die Belange der unterentwickelt gehaltenen Gesellschaften läßt die Widersprüche der parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Demokratie aufbrechen: Die Parolen von Menschlichkeit, humanitärer Hilfe, Fortschritt und Wohlstand für alle erweisen sich als bloße Verschleierungsvokabeln für ein Wirtschaftssystem, das sich konstituiert auf der Grundlage des Profitstrebens einer kleinen Minderheit.

**An die Stelle der unmittelbaren Eingriffe, die zum einen militärisch, wegen der mittlerweile existierenden wirksamen Guerilla-Strategie fraglich geworden und nur dazu geeignet sind, die ganze Fragwürdigkeit bürgerlicher Ideologie bloßzustellen, tritt ein komplexes System sogenannter Entwicklungshilfe und umfangreichen Krisenmanagements.**

## Vermeidungsstrategie

Das neue System imperialistischer Ausbeutung hat eines mit dem alten gemein: Sinn und Zweck ist die Machterweiterung der nordamerikanischen, westeuropäischen und auch japanischen Monopolkonzerne und Banken zur Sicherung und Steigerung des Profits, der wiederum die Grundlage für weitere Herrschaftsausweitung darstellt. Das ist in einer Reihe von anderen Artikeln in dieser Ausgabe der dsz belegt, weshalb hier nicht weiter darauf eingegangen werden soll (insbesondere sei auf den Artikel „BRD-Imperialismus in Südafrika“ im Mittelteil dieser Ausgabe verwiesen). Neu ist das System der Sicherung einer reibungslosen Ausbeutung. Es gilt, eine „Strategie zur Vermeidung ökonomischer Alternativen“ (2) zu entwickeln, eine Notwendigkeit nach der Ausweitung des sozialistischen Blocks, insbesondere eine Notwendigkeit nach den offensichtlichen sozialistischen Erfolgen in der Volksrepublik China.

Aus der Sicht der Propagandisten kapitalistischer Interessenpolitik — hier ein Beispiel von CDU-MdB Birrenbach — hört sich das dann so an:

*„In weiten Gebieten der Erde, wo der kolonialisatorische Einfluß Europas nicht bestanden hat, müssen die Grundstrukturen erst aufgebaut werden. Unsere Kapital- und Wirtschaftshilfe kann nur die gewünschte Wirkung haben, wenn wir gleichzeitig den Entwicklungsländern helfen, ein Erziehungssystem auf allen Gebieten aufzubauen, um auf diese Weise die Cadres heranzubilden, die für den Aufbau einer gesunden Gesellschaft notwendig sind“ (3).*

Marx und Engels beschrieben sehr treffend das Bestreben der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Staaten, nämlich der Bourgeoisie, in anderen Nationen eine „gesunde Gesellschaft“ aufzubauen:

*„Sie (die Bourgeoisie; die Redaktion) zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen, das heißt bourgeois zu werden. Mit anderen Worten, sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde“ (4).*

Der Einsatz der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere der sozialwissenschaftlichen, erfolgt zur Erreichung dieser Ziele wesentlich auf zweierlei Weise:

Zum einen in der „counterinsurgency“ (etwa: Aufstandsverhinderung), also technologische und sozialwissenschaftliche Forschung zur Früherkennung von sozialen Konflikten und einer sich daraus möglicherweise ergebenden politischen Umwälzung. Es ist dies Bestandteil einer Defensivstrategie, die offen ausgelegene Konflikte vermeiden soll (daher auch: Vermeidungsstrategie), um somit eine ökonomische Kontinuität zu gewährleisten. Für diese Form der Indienstudie wissenschaftlicher Forschung zur Unterdrückung der sogenannten Dritten Welt sollen hier das Projekt „Camelot“ des „Special Operations Research Office“ (SORO) der U.S.-Armee, das gleichzeitig unter der Organisation der American University in Washington steht, und das Projekt „AGILE“ der „Advanced Research Project Agency“ (ARPA) des Pentagon angeführt werden.

Zum anderen wird sozialwissenschaftliche Forschung zur direkten Unter-

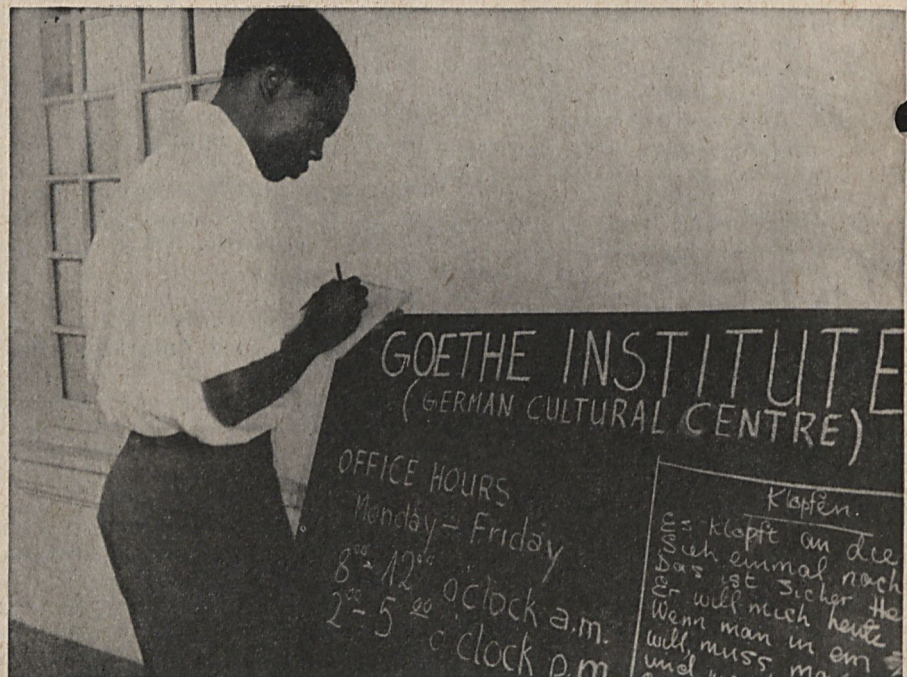
stützung von Entwicklungshilfe angewandt. Es soll dabei herausgefunden werden, welche sozio-ökonomischen Gruppen in einem Land, in dem Kapital investiert werden soll, tendenziell dazu geeignet sind, eine politische Kraft zur Unterstützung der dort herrschenden Klasse abzugeben, und sich damit als konfliktdämpfend erweisen könnten. Sind solche Gruppen ausgemacht, wird in ihren Kreisen eine massive Bildungshilfe (streng im Sinne Birrenbachs) einsetzen, die im wesentlichen dann von routinierten Organisationen wie — soweit es sich um bundesdeutsche handelt — Deutscher Entwicklungsdienst, Carl-Duisberg-Gesellschaft, Goethe-Institute und die SPD-nahe Ebert-, die FDP-nahe Naumann- und die CDU-nahe Adenauer-Stiftung getragen wird. Soweit es um die Ausbildung von „geeigneten“ Journalisten geht, wird sie vom Axel-Springer-Verlag wahrgenommen. Als Beispiel für die Erforschung solch integrierbarer Gruppen solle hier die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1967 in Auftrag gegebenen „Trägergruppen-Forschungen“ angeführt werden: für Pakistan (Sozialforschungsstelle der Universität Münster

in Dortmund); für Peru (Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg) und für Thailand (Institut für Sozialpsychologie an der Universität Saarbrücken (5). Auch diese Form der Indienstudie sozialwissenschaftlicher Forschung gehört in das Konzept der allgemeinen Vermeidungsstrategie.

„Die Vermeidungsstrategie unterscheidet sich von der Vernichtungsstrategie nur durch die Mittel. Die Landwirtschaft wird nicht mehr durch Napalm vernichtet, sondern durch die Spekulationen der Großagrarier und durch die Verelendungspolitik der städtischen Industriebourgeoisie; die Soldatenbar-, Konservendosen- und Number-one-Girl-Kultur wird abgelöst durch die Praktiken der Bildungshilfe, durch Sprach- und Ideologieexport; anstelle der Militärberater kommen die Sozialwissenschaftler (6)“.

### Das Projekt „Camelot“

Das Projekt „Camelot“ begann im Jahre 1964. Es sollte die größte und teuerste sozialwissenschaftliche Studie der Welt werden; an ihm sollten Wissenschaftler der ganzen (westlichen) Welt beteiligt



Goethe-Institute in Accra: Deutschland überall...

werden. Bereits im Juni 1965 scheiterte das Projekt an der Vernunft des norwegischen Soziologen Johan Galtung, der zur Mitarbeit im ersten Testland Chile aufgefordert worden war. Nachdem er die Pläne in Santiago de Chile offengelegt hatte, wurde das Projekt abgebrochen – und durch ein anderes ersetzt.

Die Motivation der U.S.-Regierung für derartige Programme läßt sich etwa an folgendem Zitat aus dem „Army Magazine“ ablesen:

*„... denn die Geschichte dieses Jahrhunderts lehrt uns, daß der Kommunismus nicht das Fernziel ist, auf das die menschliche Gesellschaft sich naturgemäß hinentwickelt. Im Gegenteil. Er ist jedoch eine besondere Form der modernen Gesellschaft, der eine Nation während ihrer Übergangsperiode zum Opfer fallen kann. Den Kommunismus versteht man am besten als eine Krankheit in der Übergangszeit zur modernen Welt“ (7).*

Daß es bei einem derartigen Selbstverständnis für die imperialistischen Mächte unerquicklich sein muß, durch Störung

**REISEBÜRO DARMSTADT**  
SULZMANN + MÜLLER  
*Luisenplatz 1*  
Telefon: 7 03 21 u. 77 282

IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 · TEL. 06251/2291

der inneren Verhältnisse in einem „Entwicklungsland“, die Kontinuität der Ausbeutung gefährdet zu sehen, liegt auf der Hand. So stellte denn auch Rex Hopper, der Direktor des Projektes „Camelot“, sein Vorhaben am 4. Dezember 1964 folgendermaßen vor:

*„Erstens, eine Methode zu entwickeln, die es erlaubt, das Potential für innere Kriege in nationalen Gesellschaften zu bestimmen.*

*Zweitens, mit zunehmendem Wahrscheinlichkeitsgrad die Maßnahmen zu bestimmen, die eine Regierung ergreifen könnte, um Verhältnisse zu beseitigen, von denen angenommen werden kann, daß sie die Wahrscheinlichkeit eines inneren Krieges vergrößern,*

*und drittens, zu klären, ob es möglich ist, die charakteristischen Merkmale eines Erhebungs- und Bewertungssystems vorzuschreiben, um die für die Durchführung*



### „Aufstandsverhinderung“ in der Sprache der Nachrichtenagenturen (dpa-Bildtext):

#### US-Friedenskorps will in den brasilianischen Favelas leben

Das amerikanische „Friedenskorps“ will die brasilianischen Favelas, die Elendshütten am Rande der Städte, erforschen. Dazu sind dieser Tage 22 weibliche und 24 männliche Angehörige des Friedenskorps im Durchschnittsalter von 24 Jahren in Rio des Janeiro eingetroffen, darunter Ärzte, Pharmazeuten und andere, die einfach nur helfen möchten. Alle haben akademische Bildung.

Die Friedenskämpfer wollen mehrere Monate inmitten der „Favelados“ verbringen. Sie wollen dort essen und schlafen und wie jene Ärmsten der Armen für einen monatlichen Mindestlohn von nur 42 000 Cruzeiros (gegenwärtig rund 10 Mark) tagsüber in der Stadt eine Stellung annehmen.

*der beiden genannten Punkte wichtigen Informationen zu beschaffen und abzuwenden.*

*Das Projekt ist als eine drei- bis vierjährige Arbeit angelegt und soll mit jährlich eineinhalb Millionen Dollar finanziert werden. Es wird von der Armee und dem Verteidigungsministerium unterstützt und in Zusammenarbeit mit anderen Regierungsstellen durchgeführt werden“ (8).*

#### Das Projekt „AGILE“ und andere

Nach dem unvorhersehbaren Scheitern von „Camelot“ wurde das Projekt „AGILE“ unter der Leitung der ARPA gestartet. Es handelt sich dabei um ein weltweites Anti-Guerilla-Programm, das sich sowohl aus technologischen und naturwissenschaftlichen als auch aus

sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten zusammensetzt. Das Schwerkraft des „AGILE“-Projektes lag zunächst auf Thailand. Daß es bei diesem Projekt – wie auch bei „Camelot“ – den amerikanischen Imperialisten völlig egal ist, ob sie sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen, geht aus den Hearings des Haushaltsausschusses hervor. So erklärte der Direktor der ARPA, Charles M. Herzfeld, (Hearing on the Department of Defense Appropriations for 1968, Vol. III, p. 1967), daß

*„... von Anfang an die am ARPA-Projekt Beteiligten der Meinung waren, daß wir unsere Aufmerksamkeit auch auf andere Gebiete außerhalb Süd-Ost-Asiens richten sollten. . . Das wurde auch in der Gründungsakte der AGILE vorgeschlagen. Diese Gründungsakte besagt, daß wir auf mög-*

liche revolutionäre Situationen achten sollten, wo immer sie auftreten mögen.“ (9)

„ . . . wo immer sie auftreten“, damit dürften etwa all diejenigen Länder gemeint sein, die schon „Camelot“ zum Gegenstand seiner Forschungsspionage hatte:

**Lateinamerika:** Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Mexico, Paraguay, Peru, Venezuela, Ekuador, Chile

**Mittlerer Osten:** Ägypten, Iran, Türkei

**Ferner Osten:** Korea, Indonesien, Malaysia, Thailand

**Andere Länder:** Frankreich, Griechenland, Nigeria.

Die Hauptaufgabe der ARPA lag zunächst in der Unterstützung der thailändischen Regierung bei Antiguerilla-Aktionen in den nordöstlichen Grenzgebieten. Dazu wurden verschiedene amerikanische Institute und Universitäten eingeschaltet.

So baute das „Cornelle Aeronautical Laboratory“ (CAL) einen Forschungs- und Planungsstab in Bangkok auf. Aufgabe: „ . . . sowohl technologische als auch sozio-ökonomische Untersuchungen vorzunehmen, um die Effektivität verschiedener Alternativen für Antiguerilla-Methoden zu bewerten und entsprechende Empfehlungen zu geben.“ Weitere Mitarbeiter im Rahmen von AGILE sind unter anderem Stanford University Research Institute und die Northern Illinois University. Letztere soll eine Studie über den Erfolg der Bemühungen der thailändischen Regierung durchführen, die malaische Minderheit in die Thai-Nation zu integrieren.

Die im Rahmen dieses Projekts zentrale amerikanische Organisation in Thailand ist das „Thai-US Research & Development Center“ in Bangkok. Dort arbeiten 157 Anthropologen, Ingenieure, Spezialisten für Waffen- und Aufklärungstechnik und andere Forscher. Nach einem Bericht in der NEW YORK TIMES vom 20. 3. 1967 lebt ein Anthropologenteam im Rahmen dieses Programms mit dem Yao-Akha- und Miao-Mill-Stämmen in Nordthailand zusammen. Eine andere Gruppe beschäftigt sich mit dem Wasser- und Lebensweise in Dörfern an der Grenze zu Laos, der angeblich ein wichtiger Infiltrationsweg sein soll. Außerhalb von „AGILE“ wird auf Grund-

lage eines Vertrages mit dem Office of Naval Research von der University of Michigan – die außerdem auf technologischem Gebiet direkt mit „AGILE“ verbunden ist – eine Studie über den Flußverkehr in Thailand durchgeführt. Sie schließt ein eine Klassifizierung der Wasserfahrzeuge, ihre Frachten, ihres Personals. So harmlos auch immer dieses Projekt erscheinen mag, vergegenwärtigt man sich die Bedeutung von militärischen Transporten zu Wasser als Ziele für die U.S.-Air Force, dann wird deutlich, welche wichtige Informationen die für diese Studie arbeitenden Sozialwissenschaftler liefern können. Mittlerweile ist „AGILE“ ausgewachsen zu einem Forschungsprogramm über Aufstandsbekämpfung jeglicher Art, auch und gerade innerhalb der U.S.-amerikanischen Großstädte. So beschäftigt sich die „Defense Analyses Corporation of Santa Barbara, Cali-

Neben „AGILE“ laufen eine Reihe anderer Projekte in lateinamerikanischen Städten. In Peru und Honduras werden seit 1966 unter der Bezeichnung COINPERU und COINHONDURAS Untersuchungen zur Einrichtung von U.S.-Militärbasen, die der Unterstützung von Antiguerilla-Operationen dienen sollen, durchgeführt. Beauftragt ist das „Stanford Research Institute“ in Menlo Park, California, eine Unterabteilung der Stanford University. Ähnliche Projekte gibt es in Venezuela, Kolumbien und Panama unter der Leitung der „Defense Research Corporation of Santa Barbara, California“ und in Ecuador und Bolivien unter der der „Atlantic Research Corporation“ in Washington D.C. (10).

### Trägergruppen-Forschungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)

„Im eigenen und im Interesse der Entwicklungsländer müssen die Industrienationen Teile ihrer weniger komplizierten industriellen Fertigungen in die Entwicklungsländer verlagern und verstärkt in Entwicklungsländern investieren. Dies bedeutet gleichzeitig den Abbau bestimmter Industrien, die für den technologischen Stand der Industrieländer weniger rentabel sind oder bei denen die Entwicklungsländer Standortvorteile aufweisen.“

(Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit [11]).

Diese Äußerung Epplers kennzeichnet die grundlegende Seite der imperialistischen Interessen. Die genannten „Standortvorteile“ bedeuten nichts anderes als billigere (=mehr ausgebeutete) Arbeitskräfte, wodurch die hier in den Metropolen weniger rentablen Industrien wieder rentabel gemacht werden (Beispiel innerhalb Europas: verstärkte Verlagerung der Textilindustrie (Müller-Wipperfuhr) nach Italien). Soll nun auf längere Frist eine befriedigende Lösung erreicht werden, so kann ebenso, wie direkte militärische Eingriffe nicht mehr oportun, das heißt, wegen der starken Gegenreaktion, nicht mehr praktikabel sind, keine einseitige wirtschaftliche Intervention in den Ländern der Dritten Welt durch die imperialistischen Metropolen erfolgen. Das Ergebnis ist zum Beispiel in Pakistan, daß 50% des Kapi-



**Einladung zum kostenlosen Proberauchen!**  
Probieren Sie zungenmilden Pipe Tobacco! 6 Probchen gratis. Postkarte genügt.  
**EXCLUSIV Tobacco**  
83 Landshut, Postfach 568

fornia“ mit Techniken zur Niederschlagung städtischen Aufruhrs. Und der eingangs zitierte Lehrstuhlverbrecher Ithiel de Sola Pool arbeitet an einer Zusammenfassung historischer Fallstudien über die Aufstände in Städten während der letzten Zeit mit.

tals in pakistanischer Hand bei ausländischen Industrie- und Finanzunternehmen bleiben soll; dazu kommt: 75% des Personals pakistanisch, Limit für den Gewinntransfer sowie striktes Kapitalausfuhrverbot für Pakistanis (12). Das Schlagwort heißt dort „Pakistanisierung“.

Das ist die andere Seite der imperialistischen Interessen, welche die grundlegenden Interessen langfristig absichern soll, der sogenannte Überbau-Imperialismus. Die imperialistischen Großmächte müssen sich den herrschenden Klassen der Entwicklungsländer positiv auf Dauer einprägen. Dazu kommt die Notwendigkeit, auf Kreise Einfluß zu nehmen, die möglicherweise späterhin an der Herrschaft partizipieren oder sie gar übernehmen werden. Dies geschieht in Form der Bildungshilfe, die diesen Kreisen ein von vornherein aufgeschlossenes Verhältnis zur westdeutschen Industrie und Wirtschaft verschaffen soll.

Dafür ist es wichtig, rechtzeitig die künftig tragenden Kräfte („Trägergruppen“ der Modernisierung und des Fortschritts) auszumachen. Hierzu wurden im Rahmen der „Trägergruppen-Forschung“ des BMZ in Pakistan jeweils im Ost- und im Westteil des Landes je ein (für pakistanische Verhältnisse) fortgeschrittenes Landwirtschaftsgebiet und ein ebensolcher Industriebetrieb untersucht. Dadurch sollen genau diejenigen Bevölkerungskreise qualitativ ausgemacht werden, die, da mit besonderen Fähigkeiten versehen, als integrierte Bestandteile des herrschenden Systems sich als dessen tragende Säulen erweisen können. Andererseits sind sie, sollten sie nicht integriert werden, gerade wegen ihrer Fähigkeiten die Kräfte, die am ehesten einen revolutionären Umsturz anstreben werden.

Bei diesem Stand der Entwicklung wird „counterinsurgency“ in all ihren Spielarten geradezu perfekt. Damit ist nämlich Aufstandsverhinderung, Vermeidungsstrategie keine Vorbedingung – unkostenverursachende Extraausgaben – für Entwicklungshilfe (sprich: Ausbeutung) mehr. Sondern damit wird Entwicklungshilfe zur Vermeidungsstrategie selbst.

„Voraussetzung und Zweck der zivilen Strategie der Konterrevolution sind mithin identisch“ (13).

- (1) Ithiel de Sola Pool, „The Necessity for Social Scientists Doing Research for Government“ – zitiert nach: Auftragsforschungs-Kontroll-Komitee, „Materialien zu Rüstungsforschung, -produktion und Imperialismus (RESEARCH – The Key to Aerospace Superiority . . . oder gut geforscht ist halb gebombt)“, Hrsg. Projektgruppe Technologie Darmstadt, 1970, S. 1.
- (2) Norbert Lechner, „Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Lateinamerika“; in: Dankwerts/Pfütze/Lechner/Stiebitz, „Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik“, Frankfurt/M., 1970, S. 115.
- (3) Birrenbach, „Kulturpolitik im Rahmen der deutschen Außenpolitik“; in: B. Martin (Hrsg.), „Auswärtige Kulturbeziehungen“, Neuwied – Berlin 1967, S. 21 – zitiert nach: Lechner a.a.O. 137, FN 66.
- (4) Marx/Engels, „Manifest der kommunistischen Partei“; in: MEW, Bd. 4, Berlin 1969, S. 466.
- (5) Hermann Pfütze, „Die nicht-militärische Konterrevolution und die westdeutsche Entwicklungspolitik“; in: Dankwerts u. a., a.a.O. 60ff.
- (6) Pfütze a.a.O. S. 73.
- (7) Walt Rostow, „Army Magazine“, September 1961 – zitiert nach: Projektgruppe Verwertung Tübingen, „Counterinsurgency oder die Wissenschaft als Antiguerrilla-Kriegsmaschine“; in: Technologie Korrespondenz 5, Projektgruppe Technologie Darmstadt, August 1969, S. 4.
- (8) Zitiert nach: Stephan Leibfried, „Amerikanische Sozialwissenschaft und Konterrevolution“; in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Dezember 1968, S. 4.

- (9) Zitiert nach: Projektgruppe Verwertung Tübingen a.a.O. S. 6.
- (10) Quelle für den Abschnitt „AGILE“: Projektgruppe Verwertung Tübingen, ebenda.
- (11) Erhard Eppler, „Die Bedeutung der Industrialisierung in der Dritten Welt“; in: Industriekurier, Sonderbeilage 1969 – zitiert nach: Dankwart Danckwerts, „Revision der Entwicklungspolitik: Der Staat als Superstruktur im Spätkapitalismus“; in: Dankwerts u. a. a.a.O. S. 31.
- (12) Pfütze a.a.O. S. 100.
- (13) Pfütze a.a.O. S. 101.

#### Literatur:

- Auftragsforschungs-Kontroll-Komitee: „Materialien zu Rüstungsforschung, -produktion und Imperialismus (RESEARCH – The Key to Aerospace Superiority . . . oder gut geforscht ist halb gebombt)“, Hrsg. Projektgruppe Technologie Darmstadt, 1970; 320 Seiten. Erhältlich im AStA der THD für DM 5,-.
- Dankwerts/Pfütze/Lechner/Stiebitz: „Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik“, Frankfurt/M. 1970, edition suhrkamp 411.

**allelekttrisch**

**hessische** Darmstadt  
Elektrizitäts-AG HEAG-Haus  
am Luisenplatz  
Telefon 191-283

strom

# Naher Osten: Nationale Bourgeoisie und ausländisches Kapital

## Die Interessen Westeuropas und Nordamerikas im Nahen Osten

Bis zum 2. Weltkrieg war der Nahe Osten Bestandteil der britischen und französischen Kolonialreiche. Im Verlauf und nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde das britisch-französische Herrschaftssystem aufgelöst. An seine Stelle trat ein neues Bündnis zwischen den großen amerikanischen Ölkonzernen und den arabischen Herrschaftskreisen, den Oligarchien.

Für das Funktionieren ihres imperialistischen Weltsystems sind die westeuropäischen und nordamerikanischen Industriestaaten auf die soziale Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung im Nahen Osten angewiesen: Denn bis zum Ende dieses Jahrhunderts stellt das Erdöl die wichtigste Energiequelle dar.

Im Nahen Osten liegen 70% der gesamten Erdölreserven der Welt. 40% der Gesamtnachfrage nach Erdöl im Welthandel werden durch die arabischen Länder gedeckt. Darüber hinaus ist die Extraktion des arabischen Erdöls besonders billig und profitabel: sechs Cents pro barrel in Kuwait, acht bis neun Cents in Saudi-Arabien im Gegensatz zu 62 Cents in Venezuela und 161 Cents in den USA. Nicht umsonst haben die fünf größten US-amerikanischen Ölkonzerne 20 Milliarden Dollar im Buchwert im Nahen Osten investiert.

Schließlich ist das Erdöl das Rohmaterial für eine Reihe von Wachstumsindustrien in den imperialistischen Metropolen. Der Gegenwert der Produkte auf Roherdölbasis macht zum Beispiel in den USA 60% des Gesamtwertes der Industrieproduktion aus. Ähnlich entwickeln sich die Verhältnisse in Westeuropa, wo unter anderem die Bundesrepublik mehr als 80% ihres Erdöls aus arabischen Staaten bezieht. In diesem Zusammenhang sei nur auf das außerordentliche Wachstum der westdeutschen Chemiekonzerne verwiesen.

Das Erdöl bestimmt die Wirtschaft des gesamten Nahen Ostens. Entweder sind die arabischen Staaten Produzenten- oder Transitländer. Gegenüber dem Erdöl treten die übrigen Momente imperialistischer Ausbeutung relativ zurück. 75% des Handels (dessen Struktur typisch ist für die Dritte Welt) wird mit den imperialistischen Staaten abgewickelt:

**exportiert** werden landwirtschaftliche

Produkte, Erdöl und sonstige Rohstoffe (vor allem Phosphate und einige seltene Metalle);

**importiert** werden industriell verarbeitete Produkte.

Dahinter steht folgendes System: Da dieser ganze Ablauf von wenigen Monopolen beherrscht wird, werden Rohstoffe und Vorfabrikat **unter Wert** exportiert und Industrieprodukte **über Wert** importiert. Was übrig bleibt sind fette **Extra-profite** der Monopole.

Der Nahe Osten ist die Brücke zwischen den Kontinenten Asien, Europa und Afrika; hier verläuft die Verbindung zwischen Mittelmeer und Rotem Meer bzw. Persischem Golf. Und hier treffen die weltimperialistischen Interessen der USA auf die Herrschaftsinteressen der Sowjetunion im Mittleren Osten (Persien und Afghanistan) und in Süd- und Südosteuropa. Mißlingt die Unterdrückung der Befreiungskämpfe im Nahen Osten, so wird die westliche Herrschaft in Griechenland, der Türkei und Persien nicht mehr von langer Dauer sein. Damit gerieten auch die derzeit noch zweitrangigen Mächte in West- und Mitteleuropa mit ihren Bündnissen EWG und NATO in Gefahr.

Gestützt werden die imperialistischen Interessen im Nahen Osten wesentlich durch die Finanz- und Handelsbourgeoisie in Jordanien, das Feudalregime in Saudi-Arabien, die Golfemirate und die jordanische Monarchie.

## Die „besondere“ Rolle des Staates Israel

Im Jahre 1948 hat Israel, die Niederlage der arabischen Staaten im ersten zionistisch-arabischen Krieg nutzend, seine staatliche Existenz aufgebaut. Dieser Staat hat eine besondere Form kolonialer Ausbeutung entwickelt, indem er nämlich nicht die einheimischen Massen – wie es etwa Portugal noch macht – in den Kolonisationsprozeß einbezogen, sondern vertrieben hat. Auf diese Weise wurde der palästinensische Agrarfeudalismus beseitigt; es wurden ihm die Menschen ausgetrieben.

1948 wurde Palästina unter der Jewish Agency und der arabischen Bourgeoisie in Israel und Jordanien aufgeteilt. Bis 1964 verdreifachte sich mit Unterstützung des politischen Zionismus das Netto-sozialprodukt Israels. Die materielle Grundlage war der hohe technische Entwicklungsstand des Produktionspoten-

tials, die Verfügung über hochqualifizierte Kräfte und die spezifische staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik, die unter Einbeziehung der Gewerkschaften einen militärisch straffen sozio-ökonomischen Integrationsprozeß einleitete.

Seit 1964/65 begann die Entwicklung jedoch zu stagnieren. Die Investitionswelle flaute ab, die westdeutschen Wiedergutmachungsleistungen liefen aus und die Auslandsverschuldungen des zionistischen Kapitals stiegen progressiv, was – neben vielen anderen Faktoren – einen Rückgang der jüdischen Einwanderung zur Folge hatte.

Die israelistische Herrschaftsschicht, das zionistische Kapital, sah sich gezwungen, die heraufziehende Krise durch neuerliche militärische Expansion gegen die arabischen Nachbarn zu kompensieren. Stillschweigend wurde ökonomisch, militärisch und politisch ein Blitzkriegsunternehmen vorbereitet. Es galt, die Sinai-Halbinsel, das fruchtbare Jordanwestufer und die syrischen Golanhöhen (Kontrolle des gesamten Jordanwassers) zu erlangen. Der Juni-krieg 1967 hat dem politischen Zionismus tatsächlich vorübergehend die vor-ausberechneten Erfolge erbracht.

## Die arabischen Staatsparteien und Militärregimes

Wie fast überall in der Dritten Welt, so nimmt auch im Nahen Osten das Kleinbürgertum eine wichtige Rolle ein. Es fürchtet aufgrund seiner Interessenlage sowohl die feudalistisch-kapitalistische Allianz mit den westeuropäischen und nordamerikanischen Imperialisten als auch den klassenkämpferischen Standpunkt des städtischen Proletariats und der armen Bauern. Historisch gesehen hat die Kleinbourgeoisie stets nur ihre eigenen Klasseninteressen vertreten.

Politischer Ausdruck der kleinbürgerlichen Interessen ist der militärische Staatsstreich. Mit dessen Hilfe sollen die Widersprüche zwischen der Feudalherrschaft und den Bauern beziehungsweise zwischen den von den U.S.A. und Westeuropa abhängigen Kapitalisten und den Arbeitermassen bonapartistisch verneint werden.

Die Theorie der Kleinbourgeoisie ist der kleinbürgerliche „arabische Sozialismus“, der gleichermaßen antikommunistisch wie partiell – wenn auch historisch



# Iran: Ausbeutung mit Familiensinn

rückschrittlich – antiimperialistisch ist. Bekanntestes Beispiel ist die Organisation der ägyptischen Gesellschaft durch die Staatspartei (Nasserismus), die die kommunistische Partei verboten hat, dennoch mit Moskau buhlt, während sie gleichzeitig gedämpfte Schläge Richtung Washington austellt, aber dabei wiederum hinterm Rücken die Hand aufhält. . .

Angesichts des derart desolaten Zustandes der arabischen Militär- und Staatsparteieregimes, die sich mehr und mehr auf die Seite des imperialistischen Interessenverbandes schlagen (Beispiel: Anerkennung des Roger-Plans durch Ägypten), wird die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses des städtischen Proletariats, der armen Bauern und der Partisanenverbände mit einer revolutionären Avantgarde an der Spitze deutlich. Umso mehr, als der Verschleierung der offiziellen Politik ein neuer Mantel dient: die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz. Die Sowjetunion wird zunehmend zum Nebenbuhler der westlichen Imperialisten um die Gunst der arabischen kleinbürgerlichen Regimes. Sie macht diese im begrenzten Maße fähig, sozial-ökonomische Prozesse einzuleiten. Freilich nur, um sie auf einem höheren Entwicklungsniveau als dem imperialistischen in ihre eigene Weltstrategie einzubeziehen. Diese Tendenz gilt auch für die traditionellen kommunistischen Parteien des Nahen Ostens.

Gleichzeitig werden hierdurch die arabischen Regierungen befähigt, sie gegen gefährdende revolutionäre Bewegungen reformistisch zu unterdrücken, um somit weiterhin ihre eigennützigen Interessen wahrnehmen zu können. Außerdem werden die Regimes militärisch durch Waffenlieferungen aus der Sowjetunion stabilisiert. Damit wird nicht etwa den arabischen Völkern geholfen, sich vom Joch der Ausbeutung zu befreien. Vielmehr zwingen die Regimes die Bevölkerung durch die allgemeine Wehrpflicht in die militärische Auseinandersetzung zweier sich entwickelnder kapitalistisch-militärischer Gesellschaftssysteme – in die Auseinandersetzung zwischen Zionismus und kleinbürgerlicher arabischer Reaktion, dem sogenannten „arabischen Sozialismus“.

Nach Beendigung der sowjetisch-britischen Besetzung des Irans (1941-46) wurde die Wirtschaft des Landes im wesentlichen durch die britische Anglo-Iranian Oil Company kontrolliert. Während des Ölkonfliktes von 1951/54 und durch die Verstaatlichung der Erdölindustrie durch die Regierung Mossadegh versuchte das iranische Volk, diese wichtige Quelle volkswirtschaftlichen Reichtums sich selbst zunutze zu machen. Doch nach der Verstaatlichung des bis dahin britischen Erdöls im Jahre 1952 sahen die USA die Chance für sich gekommen, den Platz der Engländer einzunehmen. Sie beendeten den Ölkonflikt durch einen vom CIA inszenierten Staatsstreich und brachten damit das bereits vor der sowjetisch-britischen Besetzung seit 1925 regierende Haus Pahlevi, das Regime des Schahs, wieder an die Macht. Regierungschef Mossadegh wurde ermordet, seine Regierung gestürzt.

In der ersten Periode nach dem Putsch bis 1961 begnügte sich das Regime mit einigen infrastrukturellen Maßnahmen, die – angesichts der Existenzgrundlage des Regimes – sich selbstverständlich auf die Forcierung der Ausbeutung der Rohstoffquellen konzentrierte. So wurden einige kleinere Staudämme gebaut, das vorhandene Straßen- und Eisenbahnnetz unterhalten und das Telefon- und Elektrizitätsnetz geringfügig erweitert.

## „Weiße Revolution“

Seit den Jahren 1961/62 steigen die Anforderungen des ausländischen Großkapitals an das Schah-Regime. Zum einen werden größere Mengen an Rohstoffen, zum anderen erweiterte Absatzmärkte für die gestiegene Produktion benötigt. Daraufhin wurde im Iran die Politik der offenen Tür eingeleitet, die Investitionen gesteigert. Die Parole von der „Weißen Revolution“ wurde ausgegeben; die für den Profit der ausländischen Unternehmer erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen wurden gegenüber der Bevölkerung umformuliert in „soziale Maßnahmen“, die Fortschritt für alle bringen – eben die „Weiße Revolution“ im Gegensatz zur „Roten“, die das Haus Pahlevi wohl kaum überleben dürfte.

Was „Weiße Revolution“ heißt, dazu ein Beispiel:

Das Regime gab bei der Vorbereitung

der Kupferlagerstätten in Kerman zum Abbau (Aufsuchkosten, Projektierung und Infrastruktur) eine Summe von 800 Mill. Mark aus, und als alles vorbereitet war, erklärte es seine Bereitschaft, für den Abbau dieser Erzlagerstätten den Imperialisten die nötigen Konzessionen zu vergeben.

Die britische Gesellschaft CAST hat errechnet, daß ihr bei einer eigenen Kapitalinvestition von 112,5 Mill. Dollar ein Jahresprofit von circa 35 Mill. Dollar zufließen würde, das heißt, daß der Reingewinn bei bloßem Erzabbau, und nicht nach weiterer Verarbeitung, so hoch sein wird, daß das investierte Kapital in fast drei Jahren abgeschrieben werden kann.

Außer solchen Vorteilen, wie Erschließung von Rohstofflagern, Bau von Staudämmen und Energieversorgungsanlagen für Montagefabriken, werden ausländischen Investoren fiskalische Vorteile gewährt:

1. Fünf- bis zehnjährige Steuer- und völlige kommunale Gebührenfreiheit
2. Garantie der freien Rückführung des investierten Kapitals mit dem Gesamtgewinn nach fünf Jahren
3. Ermäßigung von Transport- und Hafengebühren
4. Gewährung von Krediten zu niedrigen Zinsen
5. Rückerstattung von Zollgebühren für Halbfabrikate, die nach der Montage zu Fertigfabrikaten wieder ausgeführt werden.

**Dissertationen**  
Broschüren-Nachdrucke  
aller Art von A 4 auf A 5 **druckt**

**B Ö N E C K E**

3392 Clausthal-Zellerfeld  
Fach 29 Ruf 05323/525

bei Expl.	DMpro S.	bei Expl.	DMpro S.
10	2,20	200	3,15
50	2,40	300	3,35
100	2,75	500	5,10

● Raster billigst! ● Angebot anford.

Diese letzte Konzession, die das Regime den ausländischen Konzernen gewährte, hat zur Folge, daß eine nationale Industrialisierung des Landes verhindert wird und die persische Wirtschaft vom ausländischen Großkapital abhängig bleibt.

**Fortsetzung S. 40**

## Feudalistische Herrschercliquen

Die wirtschaftlichen Interessen des internationalen Kapitals sind mit denen der persischen Herrscherclique eng verbunden. In der Tat haben vier große Familien das Land gemeinsam mit den ausländischen Konzernen in der Hand:

### 1. Die kaiserliche Familie

mit dem Schah an der Spitze ist die größte Kapitalbesitzerin und -investorin Persiens.

Der Schah persönlich hat in folgenden Firmen größere Kapitalanteile: Bank für die Entwicklung der Dörfer, Gesellschaft für Öltransport Iran, Zementfabrik Khusestan, Gesellschaft für Stahlbauerzeugung, Englisch-Iranische Bank AG, B. F. Goodrich Iran und in 25 weiteren Firmen sowie in über 30 großen Hotels.

Es gibt keine profitbringende Institution, in der kein Mitglied der kaiserlichen Familie Teilhaber ist. Die Zwillingsschwester des Schah – die im übrigen der UN-Menschenrechtskommission vorsitzt – steht nach diesem an zweiter Stelle in der Familie. Hier einige der ihr und ihrem Sohn gehörenden Firmen: Die Navy Iran AG für Seetransport, die Schahran Gesellschaft AG für Handel, die Schahpour Gesellschaft AG und 15 weitere Firmen.

Es ist heute im Iran zur Regel geworden, daß beachtliche Aktienanteile jeder Gesellschaft an die kaiserliche Familie vergeben werden, damit man für die Ausbeutung freie Hand erhält.

### 2. Die Familie Farmanfarmaian

ist Großaktionärin bei: Zuckerfabrik Kermanschah AG, AEG-Iran AG, MWN-Iran AG, Gesellschaft für Ölraffinerien AG, Zementfabrik Khusestan und weiteren 33 Firmen.

### 3. Die Familie Khosroschahi

Auch diese Familie ist Großaktionär in mehr als 30 Firmen. Darunter: Amerikanisch-Iranische Pharmazie-Gesellschaft, Bank für Erweiterung von Industrie und Bergbau, Eloxal Gesellschaft AG usw.

### 4. Die Familie Sabet

Diese Familie hat Anteile an mehr als 50 Handelsgesellschaften, darunter: Radio- und Fernsehen-Gesellschaft AG, Englisch-Iranische Bank AG,

Volkswagen Iran AG, General Tayer Iran AG usw.

## Verstärkung der Ausbeutung

Als am 19. Mai 1970 die Konferenz der Vertreter von 35 der größten US-Trusts in Teheran stattfand, um die weiteren Möglichkeiten für die Ausbeutung des Irans ausfindig zu machen, begrüßte der Ministerpräsident des Schahs seine Gäste mit folgenden Worten:

*„Sie haben Kapital und wir haben viele Möglichkeiten. Wir möchten, daß Sie sich hier wie zu Hause fühlen und daß sie alle unsere Möglichkeiten unter die Lupe nehmen und dann selbst entscheiden.“*

Die imperialistischen Monopole sollen sich also nach den Worten des Schah-Regimes im Iran wie zu Hause fühlen und selbst entscheiden, wie sie das iranische Volk ausbeuten wollen.

In diesem Land arbeiten die amerikanischen, englischen, japanischen und westdeutschen Monopole mit der sowjetischen Regierung Hand in Hand. Bei der Projektierung der Erdgas-Pipeline, die Erdgas vom Süden des Landes in die Sowjetunion transportiert, arbeiteten Firmen aus den oben genannten Ländern friedlich nebeneinander.

Seit langem wird das Terror-Regime seitens der Sowjet-Regierung militärisch, wirtschaftlich und politisch unterstützt. Die sowjetischen Waffen, die an das Regime geliefert wurden und noch weiter geliefert werden, werden nur dazu benützt, das iranische Volk weiter zu unterdrücken. Die sowjetische Regierung zieht von Tag zu Tag mehr Nutzen aus der Wirtschaft des Iran. Das Erdölmonopol im Norden des Landes wurde an die UdSSR vergeben. So kauft sie 1000 cbm iranisches Erdgas für 6,65 Dollar und verkauft es an Österreich für 15 Dollar.

## Westdeutsche Kapitalinteressen im Iran

Das „Handelsblatt“ schreibt im Januar 1971: „Knapp 90 Delegierte und Vertreter deutscher Firmen in Teheran zählt ein von der Botschaft der BRD zusammengestelltes Verzeichnis. ... In den Auftragslisten der letzten Zeit hatten deutsche Unternehmen durchaus ihren Rang. Das Dampfkraftwerk Manji wird

im Wege der Misch-Finanzierung über Kapitalhilfe und Firmenkredite errichtet. Richtfunkssysteme, elektronische Anlagen, Pharmazeutika, Kunststoffe und Walzwerkerzeugnisse tragen deutsche Lieferetikette.“

Weiter schreibt das Blatt: „Eine Reihe deutscher Firmen hat inzwischen die Zeichen der Zeit erkannt und sich durch Investitionsvorhaben stärker mit der Wirtschaft des Landes verbunden.“ Offensichtlich zeichnen sich rosige Zeiten für die westdeutschen Monopole Iran ab. Und so wird es verständlich, warum man in der BRD um jeden Preis die iranische Regierung für sich gewinnen will.

Die in Teheran erscheinende deutschsprachige Zeitung „Die Post“ schreibt am 7. 12. 1970:

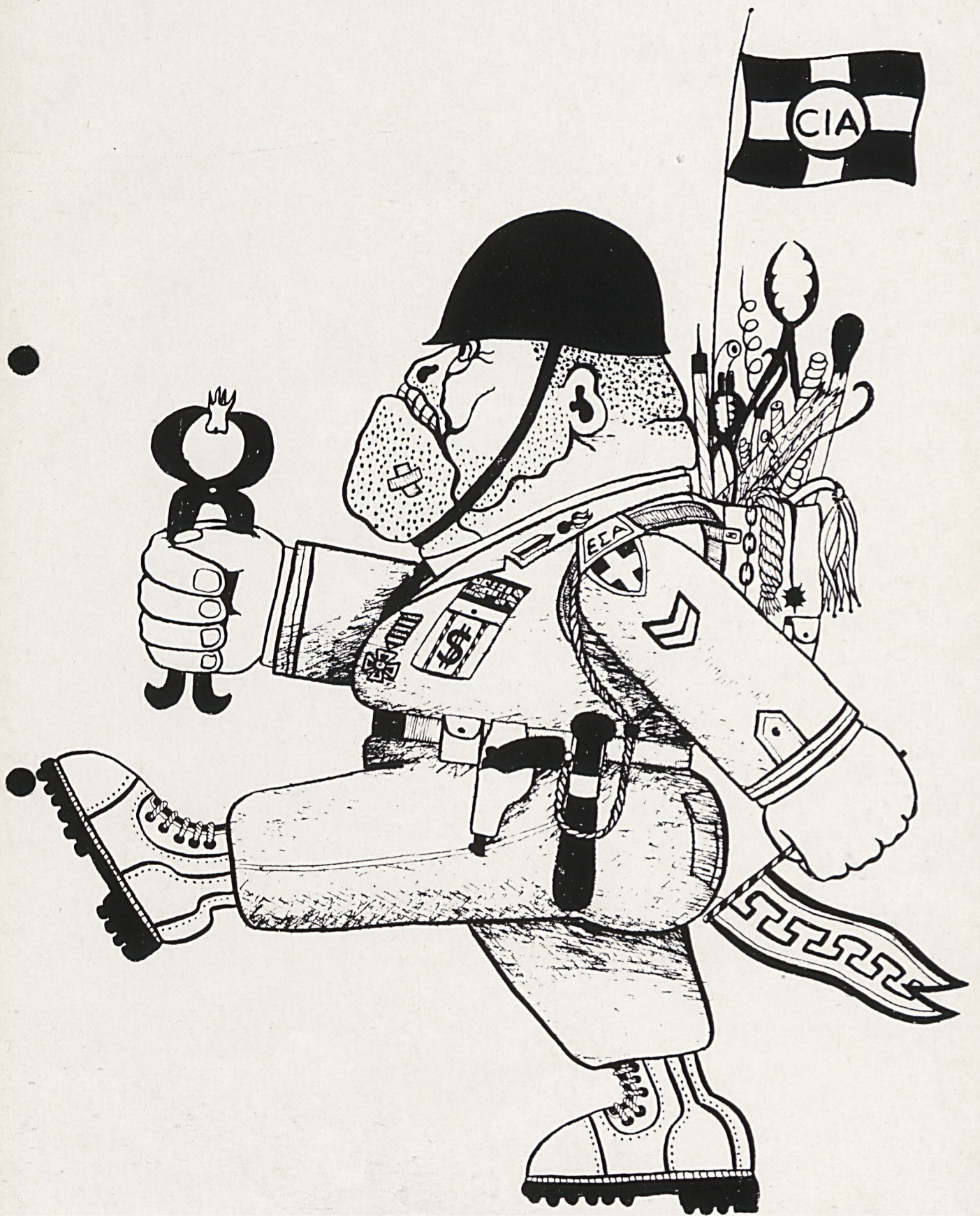
„Der Kanzler der BRD, Willy Brandt, erklärte bei einem Mittagessen für Auslandskorrespondenten, daß seine Regierung sich intensiv bemühe, die Beziehungen zum Iran zu verbessern und zu erweitern und alle noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit Teheran zu beseitigen.“

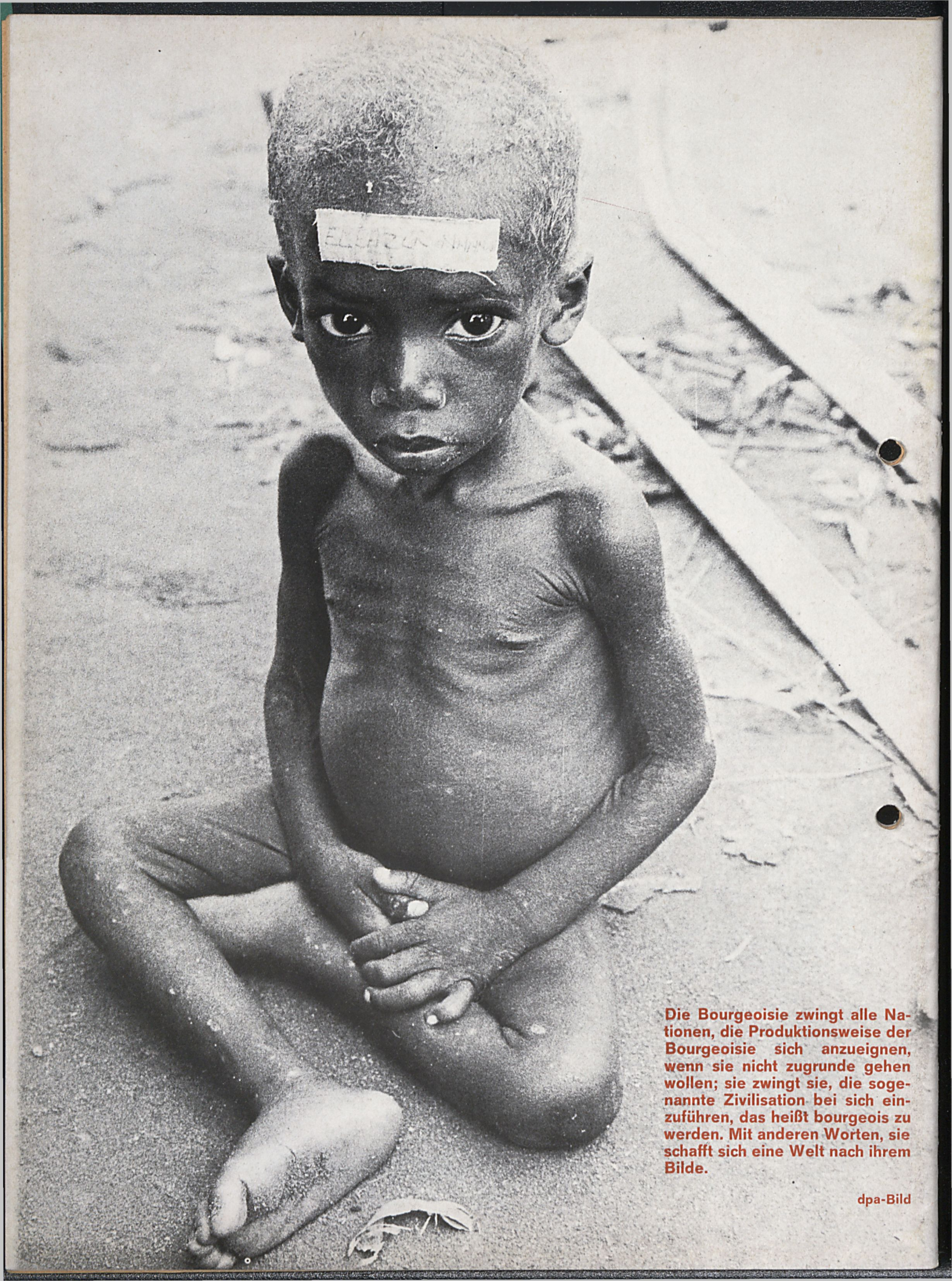
Diese „noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten“ drückte der SPD-Abgeordnete Alwin Brück, der mit einer SPD-Delegation unter der Leitung von Carlo Schmidt im November 1970 im Iran war, nach einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ wie folgt aus:

„Die besondere Sorge der persischen Politiker gilt nach Ansicht der SPD-Abgeordneten der Untergrundarbeit iranischer Studenten in der BRD. Wiederholt hätten die iranischen Gesprächspartner bedauert, daß die BRD nicht gegen dieses Verhalten einschreite.“

Die deutsch-iranischen Beziehungen seien, wie Brück ausführte, befriedigend. Es könne sich für die deutsche Industrie die Möglichkeit eröffnen, in der Erdöl-, Kupfer- und möglicherweise auch in der Uranindustrie mitzuarbeiten.“

Die Konzessionen des Schah-Regimes an die westdeutschen Konzerne sind unzählig. Dafür werden allerdings, wie Brück auch sagt, Gegenleistungen verlangt: Unterstützung des iranischen Geheimdienstes SAVAK durch die westdeutsche Justiz bei der Bekämpfung von Regimegegnern. An erster Stelle der Gegner steht die seit dem 21. 3. 1971 vom Schah verbotene Conföderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin.





**Die Bourgeoisie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen, das heißt bourgeois zu werden. Mit anderen Worten, sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde.**